



10. August 1925

PAUL KAMPFMEYER • DER PRODUKTIONS- GEDANKE IN DEN GEWERKSCHAFTEN

BEI der Erörterung zweier Punkte seiner Tagesordnung wird der 12. deutsche Gewerkschaftskongreß, der am 31. August in Breslau zusammentritt, das große Problem der Produktionssteigerung zu besprechen haben: beim Referat des 2. Bundesvorsitzenden Hermann Müller über die Sozialgesetzgebung in Deutschland und bei den Referaten des Professors D. Hermberg und des Verbandsvorsitzenden Hermann Jäckel über die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Mindestens wäre es notwendig, daß man beide Gegenstände von diesem Gesichtspunkt aus behandelte.

Es wäre eine absolute und durch nichts zu verteidigende Übertreibung, wenn man heute den Satz ausspräche: Das Jahr 1918 hat einen vollständigen Strich unter die frühere Sozialpolitik der Gewerkschaften gemacht. Denn die gewerkschaftlichen Kämpfe um die Regelung der Arbeitszeit, um den Unfallschutz, um die Einführung einer durchgreifenden Fabrikhygiene setzten durchaus nicht mit dem Jahr 1918 aus. Wohl aber sind in diesem Jahr neue große Ziele in den Gesichtskreis der Gewerkschaften getreten. In diesem Sinn sprach der internationale Kongreß für Sozialpolitik in Prag /1924/ von der Geburt einer neuen Sozialpolitik.

Die alte Gewerkschaftsbewegung stellte sich ganz auf den Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Unternehmern ein. Bei irgendeinem Kampf um Erhöhung des Lohns oder Verkürzung der Arbeitszeit untersuchten die Gewerkschaften nicht, ob die wirtschaftlichen Bedingungen eines in den Streik hineingezogenen Arbeitszweigs durch bestimmte gewerkschaftliche Forderungen stark erschüttert oder gar in ihrer Fortentwicklung gefährdet würden, sondern sie betrachteten den Lohnstreik nur als ein Ringen um die Macht zwischen Kapitalisten und Proletariern. Solche "machtpolitische" Betrachtungsweise war auch ganz natürlich und einzig richtig, ehe eine öffentlichrechtliche demokratische Organisation den Charakter der Betriebe umgebildet hatte. Ihr huldigten ja auch die Unternehmer. Sie verhüllten sie aber künstlich und schützten durchweg sachliche, vom reinen Produktionsinteresse eingegebene Einwände gegen die Machtpolitik der Gewerkschaften vor. Die Unternehmer malten den Untergang ihrer Betriebe in den schwärzesten Farben, wenn im Lohnkampf die Arbeiterlöhne auch nur um wenige Groschen heraufgerückt werden sollten. Die Einwände der Unter-

nehmer beruhten in vielen Fällen auf tendenziösen Entstellungen der wirklichen Produktionsbedingungen. Seit 1918 ist nun eine neue Auffassung von den wechselseitigen Beziehungen der Arbeiter und der Unternehmer im Werden. Wohlverstanden: im Werden. Denn bloße Machterwägungen wirken sich auch heute noch in großem Umfang aus.

Eine neue Wertung der produktiven Beziehungen durch den Arbeiter hat eine organisatorische Veränderung in der Stellung des Arbeiters zum Betrieb selbst zur Voraussetzung. Seit 1918 flammt in allen modernen Betriebsländern das Problem der Betriebsräte auf. Die Betriebsräte werden als mitwirkende demokratische Kräfte in der Produktion gedacht, und sie wollen deshalb in der technischen und der geschäftlichen Betriebsführung durch ständige Unterweisungen heimisch werden. Einer industriellen Demokratie ist denn auch von allen Seiten, denen die soziale Umbildung des streng autoritären Herrencharakters der kapitalistischen Privatbetriebe am Herzen liegt, das Wort geredet worden. Von den zahlreichen Anträgen der gewerkschaftlichen Ortsstellen, mit denen die Breslauer Gewerkschaftstagung förmlich überschüttet wird, befassen sich allerdings nur wenige mit der Produktionsfrage. Nur die Ortsstellen des Holzarbeiterverbands in Höchst, Wiesbaden, Kaiserslautern und Gießen stellen sich die Aufgabe die ganze Produktion demokratisch zu unterbauen. Sie legen sich für die Demokratie auf allen Gebieten des öffentlichen, namentlich aber des wirtschaftlichen Lebens ein. Sie deduzieren die Notwendigkeit eines demokratischen Aufbaus der ganzen Gesellschaft aus dem vollständigen politischen Umschwung in Deutschland, aus der Aufrichtung des Volksstaats im Reich und in den Einzelländern. Die Interessen der Arbeiter könnten nun in wirksamer Weise auf allen Gebieten der Wirtschaft wahrgenommen werden. »Diese Tatsache schließt eine grundsätzliche Oppositionstellung der organisierten Arbeiterklasse zum heutigen Staat in der Zukunft aus, sie verpflichtet diese vielmehr nunmehr alle Kräfte im wirtschaftlichen und politischen Tageskampf dafür einzusetzen die Demokratie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, zur vollen Geltung zu bringen.« Die Demokratisierung der Wirtschaft suchen die Ortsstellen des Holzarbeiterverbands in Höchst, Wiesbaden, Kaiserslautern und Gießen vor allem durch Ausbau der Betriebsverfassung mit Hilfe einer Erweiterung des Betriebsrätegesetzes und durch die Schaffung paritätischer Wirtschaftskammern und eines stufenweise aufgebauten Wirtschaftsparlamentarismus zu bewerkstelligen.

Eine durchgeführte Demokratisierung der Wirtschaft würde in der Tat den Zusammenhang der wirtschaftlich-sozialen Lage des Arbeiters mit der Produktion seines Arbeitszweigs völlig klarlegen und das Interesse dieses Arbeiters an einer Steigerung der Produktion erheblich vermehren. Die Arbeiterklasse ist mit Leib und Seele an einer umsichtigen Produktionspolitik beteiligt. Diese Produktionssteigerung suchte die sogenannte Sowjetregierung Rußlands unter Anwendung brutaler Gewaltmittel (andere Methoden sind ihr unbekannt) zu erzwingen. Sie dehnte die Arbeitszeit aus, führte den Arbeitszwang ein und machte die Arbeiter zu staatlichen Industrieuntertanen. In den Gewerkschaften (das zeigen viele Anträge der Gewerkschaftsfilialen) hat die bolschewistische Botschaft noch viele Anhänger. Was sagen diese zu einer bolschewistischen Politik der Produktionssteigerung?

Sie sehen in Deutschland die Gestaltung der wirtschaftlichen Lebenslage des Arbeiters immer nur als ein reines Machtverhältnis an. Sie sprechen immer nur von Lohnstreiks, von Kämpfen um die Arbeitszeit usw., als wenn diese Kämpfe allein die Produktion steigern und damit die Möglichkeit für die Vergrößerung des Arbeiteranteils an dem Produkt schaffen könnten. Dabei sieht heute doch ein jeder, daß der hohe Arbeitslohn in Amerika in ursächlicher Verbindung mit der technisch hochgesteigerten Produktion steht.

Die Gewerkschaftsblätter verteidigen sich heute energisch gegen den Vorwurf der Unternehmerverbände, die Gewerkschaften hätten kein Verständnis für eine Produktionspolitik. So führte die Deutsche Böttcherzeitung im Mai dieses Jahres aus: »Es ist immerhin ein starkes Stück, daß ausgerechnet die Leute, die sich mit Händen und Füßen gegen die Stabilisierung, gegen alle positiven Vorschläge der Gewerkschaften zur Steigerung der Produktion gewehrt haben, die ihre ganze Politik auf Spekulation eingestellt hatten, den Gewerkschaften vorwerfen, daß diese keine Produktionspolitik getrieben haben. . . Wann ist die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit irgendeiner neuen Idee, mit einem durchführbaren wirtschaftlichen Programm hervorgetreten? Sie hat durch Cuno regiert, als die Mark in den Abgrund ging. Alle praktischen Vorschläge zur Hebung der Produktion und zur Stabilisierung der Währung mußten den Unternehmern erst aufgezungen werden, als es schon zu spät war.« Heute weitet sich entschieden der Kreis der Gewerkschaftspolitiker, denen die überragende Bedeutung der Produktionspolitik für die gesamte Lage der arbeitenden Klasse Deutschlands aufgegangen ist. Die Verhandlungen des Breslauer Gewerkschaftskongresses über die deutsche Wirtschaft und die Wirtschaftsdemokratie werden einen willkommenen Anlaß geben das Problem der Produktionssteigerung gründlich zu erörtern. Die neue Arbeitsforschung, die Untersuchungen über das Taylorsystem, die Bestrebungen zur Standardisierung der Produktion, die arbeitspsychologischen Feststellungen über rechtzeitige Arbeitspausen und dergleichen: alle solche und ähnliche Methoden zur Steigerung der Produktion sind eingehend und sachlich auf einem Gewerkschaftskongreß zu diskutieren.

Der Breslauer Gewerkschaftskongreß wird in der Organisationsfrage die stark hervortretende Tendenz zur Bildung von Industrieverbänden planvoll und tatkräftig zu fördern suchen. Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrieverbänden gezogen. Nicht der Betrieb, sondern die Industrie soll den Rahmen für die Organisation bilden. Es ist im Organisationsplan die Gründung von 15 Industrieverbänden vorgesehen: 1. Industrieverband für den Bergbau, 2. Industrieverband für die Eisen und Metall erzeugende und verarbeitende Industrie, 3. Industrieverband für die Holz- und Schnitzstoffindustrie, 4. Industrieverband für das Baugewerbe, 5. Industrieverband für Steine, Glas- und keramische Industrie, 6. Industrieverband für die Chemie, Rohstoffe, für Hoch- und Tiefbau, Fabrikherzeugung und diverse Industriezweige mit vorwiegend ungelerten Arbeitskräften, 7. Industrieverband für das graphische Gewerbe und die papierverarbeitende Industrie, 8. Industrieverband für die Lebensmittel- und Genußmittel- und Getränkeindustrie, 9. Industrieverband für die gesamte Tabakindustrie, 10. Industrieverband der im gesamten Hotel- und Gastwirts-

gewerbe Beschäftigten (Hotels, Restaurants und Cafés), 11. Industrieverband für die Textilindustrie, 12. Industrieverband für die Bekleidungsindustrie, 13. Industrieverband für die Leder herstellende und verarbeitende Industrie, 14. Industrieverband für die Land- und Forstwirtschaft und den Weinbau; 15. Industrieverband für die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe Beschäftigten (einschließlich der Beschäftigten der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen). Man sieht: Die Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden ist in dieser Vorlage mit einer fast rücksichtslosen Energie angepackt worden. Natürlich werden sich da und dort heftige Widerstände regen. Man wird darauf verweisen, daß die Konzentration der Industrie nicht mit der Automobilschnelligkeit vor sich geht, wie vielfach die begeisterten Anhänger der Industrieverbandsgründung annehmen. Die Gewerkschaften werden häufig den Weg gegenseitiger Verständigung einschlagen müssen, um die Organisationsgebiete zweckmäßig abzugrenzen. Jedenfalls wird aber die Vorlage als geeignete Grundlage für die einheitliche Schaffung von Industrieverbänden von dem Breslauer Gewerkschaftskongreß betrachtet werden. Und diese werden die tragfähigen Fundamente für den Bau einer durchdachten Produktionspolitik abgeben.

Überschaut man die zum Gewerkschaftskongreß eingebrachten Anträge der radikalen Ortsstellen, so werden die Anhänger des bolschewistisch sterilen Doktrinarismus manchen Kriegstanz in Breslau aufzuführen suchen. Sie werden aber den realpolitischen Kurs der Gewerkschaften, der sich jetzt in vielen Niederlagen von bolschewistischen Filialen kundtut, nicht mehr abzulenken verstehen. Das drängende Postulat der Produktionssteigerung wird der "kommunistisch" aufgeputzten Unfruchtbarkeit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein Ende machen. Es ist hohe Zeit, daß die Gewerkschaften die bewußten Förderer und energischen Mehrer der Wirtschaft werden.

MAX SCHIPPEL · DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT UND DIE ARBEITER

ALLMÄHLICH lernt man unsere wirtschaftliche Notlage allgemein richtiger sehen. Nämlich nicht nur als Notlage breiter Konsumentenmassen, unter denen die Lohn- und Gehaltsempfänger und zeitweilig Beschäftigungs- und Stellenlosen naturgemäß in erster Linie stehen. Sondern vielmehr als Notlage ganzer großer Produktionszweige und sogar als rapiden ökonomischen Kräfteverfall selbst der hervorragendsten und glückverwöhntesten kapitalistischen Oberschichten, die nach der phantastischen Legendenbildung der Inflationszeit ungeheure Reichtümer aus bloßen Wertverschiebungen dauernd angesammelt haben sollten, ja die sogar nach der Krönung dieses, im ersten Augenblick agitatorisch recht einleuchtenden und wirksamen Legendensystems die Inflation zielbewußt absichtlich herbeigeführt und ins Unendliche gesteigert hätten, um ihre ökonomische Bereicherung und soziale Vorherrschaft aere perennius zu begründen. Was glaubt so ein Klassenkämpfer, gleichviel ob kapitalistischen oder sozialistischen Zuschnitts, nicht alles, wenn es ihm Gelegenheit zu ebenso tiefer wie billiger Entrüstung über die Gegenseite bietet?

Richtig ist, daß die Inflationsperiode eine einseitige Kapitalsverwendung begünstigte und so weit den Anschein einer kapitalistischen Überfülle hinterließ. Die Flucht in die Sachwerte spielte sich, wenigstens was die Industrie anlangt, hauptsächlich in der Form der Anlageerweiterung und -modernisierung, in Bauten, Maschinen und dergleichen, ab, schuf damit jedoch für die folgende Periode des Preis- und Produktionsstillstands eher eine Ursache der Verlegenheit und Schwäche mehr. Der eine Fall Stinnes, dereinst als Musterbeispiel des unerhörten, eine ganz neue Ära eröffnenden Siegeslaufs des deutschen Kapitalismus in zahllosen erstaunlichen Variationen vorgeführt, spricht hier Bände. Wegen etwa 140 Millionen liquider Werte zerfällt heute dieser, aus den Illusionen ununterbrochenen Wertzuwachses erzeugte Riesenkonzern in Bruchstücke, und Reichsbank und Preußische Staatsbank müssen sich alle erdenkliche Mühe geben die Sanierung oder vielmehr Auflösung ohne eine weiterreichende Katastrophe sich leidlich abwickeln zu lassen. Was sonst noch als gipfelnde Verkörperung kapitalistischen Gedeihens geschildert wurde, geht, recht oft in unwürdigster Form und in täppisch ungeschicktester Weise, um Kreditgewährung bei dem selben Ausland betteln, bei dem es fabelhafte Schätze von Devisen als Deckung für alle Zukunft angesammelt haben sollte. Während des ganzen Jahres 1924 vermochte man in Deutschland trotz allem dringenden Geldbedarf nicht mehr Emissionen unterzubringen als sonst in der Vorkriegszeit während eines normalen Monats. Wenn unsere sogenannten Internationalen geistig etwas enger mit der internationalen Wirklichkeit verflochten lebten und deshalb etwas mehr über die Tatsachen und Erfahrungen jenseits unserer Grenzen Bescheid wüßten, würden sie aus dem bloßen Vergleich mit den Vereinigten Staaten und England, mit den britischen Siedelungskolonien und den bedeutendsten südamerikanischen Staaten den weiten Rückstand Deutschlands gegen die verschiedenen anderen Stufen kapitalistischer Entwicklung erkennen. Was die Berliner Industrie- und Handelskammer bei ihrem letzten Jahresrückblick ausführte, gilt heute noch ohne Einschränkung:

»Das Geld, das Betriebskapital fehlte im Großverkehr überall und konnte auch nicht mittels des früher gerade in unserer Volkswirtschaft so sorgfältig ausgebildeten Systems des Kredites beschafft werden, ob man auch Leihentgelte bot, die man früher als wucherische Unmöglichkeiten betrachtet hätte. Diese unerhörte Kapital- und Kreditnot erwies sich je länger je mehr als schärfste Bremse, welche den sausen den Rädern des Wirtschaftslebens nur noch langsamen Umlauf gestattete, manche völlig stillstehen ließ, fast überall durch mangelhafte Ausnutzung der Anlagen, des stehenden Kapitals, schlechte Rentabilität und Leerlauf erzeugte und so die wünschenswerte gesunde Absenkung der Preise vermöge Mehrproduktion hintanhalt. Ganz besonders litt unter der Kreditnot die Bautätigkeit, und damit fehlte die vielseitige, sonst von diesem Gewerbe ausgehende Belebung der Eisenindustrie und der zahlreichen Baustoff- und Hilfsindustrien, welche vornehmlich als Verbraucher der kleineren und unterwertigen Kohlensortimente schätzenswert sind.«¹

SELBST über den vermeintlichen Aufschwung und die zeitweilige Lage der Schwerindustrien beginnt man in Arbeiterkreisen kritischer zu denken. Die Näherbeteiligten fühlen hier längst schon am eigenen Leib, was sie zunächst nicht hören wollten: zum Teil bemühen sie sich bereits Forderungen an das Staatseingreifen und die Staatshilfe zu erwägen und zu stellen, die keineswegs allein die Lohnarbeiterschaft berühren. Über die Verluste der Schwerindustriellen aus der Durchführung der Abmachungen mit der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines, der sogenannten Micumverträge, haben

¹) Siehe den Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für 1924 Seite 4 und 102.

übrigens die deutschen, von der ganzen Wucht unseres Niedergangs getroffenen Bergarbeiterorganisationen stets, wie man anerkennen muß, wesentlich anders geurteilt als unsere, mit keinerlei gewerkschaftlichem Verantwortungsgefühl beschwerten intransigenten sozialistischen Antipoden unserer kapitalistischen Scharfmacher.

Vollkommen ins Wanken geraten ist vollends unsere, seit Anbeginn überaus buntscheckig gemischte "Konsumenten"phalanx gegenüber den landwirtschaftlichen Produktionsinteressen, hinter denen ein dunkelgeblähtes, vor allem aus Händlerkreisen geistig genährtes großstädtisches Halbwissertum jederzeit nichts als Auswucherung und Ausbeutung der Verbrauchermassen heimtückisch lauern sah. Wer noch im Vorjahr, mitten in der schwersten Agrarkrise, jede weitere Lockerung einer Zwangswirtschaft, die sich längst überlebt hatte, als Verrat am Allgemeinwohl brandmarkte, erklärt es heute für eine Selbstverständlichkeit, daß die agrarischen Ausfuhrhemmnisse fallen müßten, die ein Preisanziehen bis zur Höhe des Weltmarktpreises bislang hinderten. Daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren nichts als einen großen Entschuldungsprozeß neben überreichlichen Preisen durchgemacht habe, vernimmt man kaum noch. Die Umbildung der Rentenbank zu einem Sonderinstitut für agrarische Kapital- und Kreditbeschaffung erscheint nicht mehr als ungeheuerlicher oder zum mindesten doch schwerverdächtiger Anschlag; im Gegenteil, alles überlegt und verspricht nunmehr tieferschürfende agrarische Kreditreformen für Zwecke der Produktionsrationalisierung, der Absatzförderung, der Schuldbefreiung, immer mit einem starken Einschlag von positiver Staatshilfe.

Wo man bis vor kurzem nichts als empörendste Steuerdrückebergerei gewahrte, verbürgt man sich heute gar nicht selten bereits für beträchtliche Steueraufhebungen, weil man sich auf die Dauer nicht der Erkenntnis zu entziehen vermag, daß innerhalb der Privatwirtschaft eine willkürliche Überlastung der Unternehmerproduzenten recht bald mit Erdrückung und Einschnürung der Produktion überhaupt zusammenfällt, und daß die Produktion nun einmal innerhalb jeder Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsstufe die tragende und nährenden Grundlage aller im Lauf der Zeiten noch so wechselnden sozialen Klassen, in der Gegenwart gerade in erster Linie der Lohnarbeiter, das heißt der Arbeiterproduzenten, darstellt. Die Klassenkampftheorie, eine der tiefsten Auffassungen der sozialgeschichtlichen Triebkräfte, hat von unseren angeblich Radikalen manche Mißhandlung erdulden müssen; aber die schlimmste aller Verballhornungen war wohl die Vorstellung, daß innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung die Interessen der Unternehmer- und der Arbeiterproduzenten sich glattweg nur in Gegensätzen bewegten, und daß man somit in bequemer Gedankenlosigkeit jederzeit aus dem Schaden und der Benachteiligung des einen Teils den Nutzen und den Vorteil der andern Seite ablesen könnte.

Es ist ein seltsames Spiel des Zufalls, daß die bessere Einsicht neuerdings zuerst auf agrarischem Gebiet sich zu regen begann. Die jüngsten landwirtschaftlichen Erfahrungen und Auseinandersetzungen erklären dies. Zum Teil ist es durch die selben Autoritäten beschleunigt worden, an die sich unsere parteigenössischen Antiagrarien in ihrer Hilflosigkeit anklammerten. Doch gleichviel, der Fortschritt ist unverkennbar, wenn man auch darin heute Max Sering folgt:

»Die erste Forderung ist die Steuer- und Kreditreform... Sodann die Beseitigung des unerhörten Zustandes, der dem Fremden Deutschland als Teilgebiet der Weltwirtschaft öffnet, ihn hier vorteilhafter stellt als den deutschen Produzenten und diesem den Weltmarkt verschließt. Die endgültige Aufhebung der Ausfuhrverbote darf heute wohl als eine Angelegenheit angesehen werden, über die nicht mehr zu streiten ist. Aber damit ist es nicht getan. Soll die künstliche Senkung der deutschen Getreidepreise unter den Weltmarktspiegel durch steuerliche Begünstigung der fremden Ware beseitigt werden, und gestattet es, wie man behauptet, die Technik der Umsatzsteuer nicht die fremde Ware wie die einheimische zu behandeln, so bleiben nur 2 Möglichkeiten: entweder Aufhebung der Umsatzsteuer von notwendigen Lebensmitteln (wenigstens von Brotgetreide) oder die Einführung von Ausgleichszöllen.«²



S wird schwer sein diese recht mühsam gewonnene prinzipielle Übereinstimmung im einzelnen zugleich auf die Industrie anzuwenden. Aber allgemein wird man von unserer Seite ohne Bedenken zugestehen können: Eine Steuerlast, die mehr als bloß vorübergehend, für die einmalige Not des Augenblicks, die Substanz des unentbehrlichen Produktionsapparats mit allen seinen notwendigen Ergänzungen tatsächlich angreift, die das für die Produktionskontinuität und Produktionsrationalisierung unentbehrliche Betriebskapital wegsaugt, während sie zugleich die Neubildung von leihweise heranziehbarem fremden Kapital untergräbt, ist, weil produktionshemmend und produktionsvernichtend, abänderungsbedürftig auch im Sinn der Arbeiterproduzenten, das heißt der gesamten Lohnarbeiterklasse. Es widerspricht in der Tat allen fundamentalen Klassenanschauungen der Arbeiter, daß, wie es aus neueren Äußerungen mitunter herausklang, unter allen Umständen Überschüsse (Mehrwertteile) besser in der Hand des heutigen Staates als in der Hand der heutigen Unternehmerproduzenten aufgehoben seien. Soweit der heutige Staat gegenüber der privaten Wirtschaft den unproduktiven oder selbst nur den indifferenten Partner darstellt, brauchen wir uns einer leidenschaftslosen Nachprüfung der "kapitalistischen" Klagen über produktionslähmende Steuerüberbürdung nicht zu entziehen, und am allerwenigsten offenbart es eine besondere sozialistische Gesinnungstüchtigkeit, wenn man für jede denkbare und vorgeschlagene Steuer, die das Kapital trifft, ohne weitere Einwendungen eintritt. Bebel sprach wahrlich nicht aus Kapitalsinteressen heraus, wenn er vor allem die Schornsteine rauchen sehen wollte und unter den heutigen Verhältnissen ohne Profit keine Möglichkeit hierfür erblickte.

Vollends selbstschädigend und vielleicht selbstmörderisch wäre es, wenn wir durch unser hypnotisiertes Hinstarren auf die mitwirkenden und grundbestimmenden kapitalistischen Triebkräfte jenen großen internationalen wirtschaftlichen Neugruppierungen den Weg verlegten, mit denen das Schicksal Kontinentaleuropas und die Zukunft des ganzen europäischen Kulturkreises gegenwärtig unlösbar verknüpft sind. Den besten Anlauf dazu nahmen die parteiüblichen Kritiken des werdenden deutsch-französischen Montanabkommens, das an sich zu den politisch und wirtschaftlich revolutionärsten Vorgängen der jüngsten Zeit zu rechnen ist, obwohl es, wie fast alle großen Neuerungen, zunächst äußerlich gleichfalls in kapitalistisches Gewand gekleidet erscheint. Mit Genugtuung ist es dagegen zu verzeichnen, daß gerade aus Gewerkschaftskreisen, und zwar aus den allernächst stehenden Kreisen der Bergarbeiterorganisationen heraus, sich ganz andersartige Stimmen geltend machen. In einer sehr beachtenswerten Schrift Georg Bergers, des be-

2) Siehe *Sering Agrarkrisen und Agrarzölle* / Berlin 1925 / Seite 73.

ratenden Volkswirts des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, liest man, nach einem treffenden geschichtlichen Rückblick:

»Der Montanzusammenschluß mit Frankreich liegt in der Ebene der Entwicklung. Quotenrivalitäten hemmen ihn noch; aufhalten werden auch die kleineren und größeren Intrigen der beiderseitigen Schwerindustriellen ihn nicht. Die zollpolitischen Konsequenzen des Aufeinanderangewiesenseins ergeben sich von selbst; es handelt sich darum den Graben, den die neuen Grenzen zogen, nicht durch Zollmauern zur Kluft, über die nur schwer Brücken möglich sind, ausweiten zu lassen. Die Lage unserer Rohstoffversorgung schafft hier klar erkennbare Zwangsläufigkeiten. Prinzipiell gibt es für deren Regelung nur ein Entweder-Oder, entweder durch Gewalt oder durch Vertrag. Die Gewalt hat sich im Wirtschaftsraume, das zeigte der Krieg, das zeigte die Nachkriegszeit und darin zuletzt mit aller Deutlichkeit die Ruhrbesetzung, als steril erwiesen. Es bleibt als einziges das Oder, der Vertrag: der Handelsvertrag, den die Regierungen abschließen, und der ergänzende private Vertrag, den die betroffenen Industrien abschließen. Der Sturmlauf gegen die keimende Montanverständigung im Westen (bis zum Montantrust hat's inzwischen noch gute Weile) sollte doch die gegebenen Rohstoffbedingungen nicht übersehen. Das Interesse unserer Arbeiterschaft an solchen Rohstoffverständigungen ist offenkundig. Solange die uns umgebende Verkehrswirtschaft an kapitalistische Formen gebunden ist, werden auch derart zustande gekommene Regelungen ein kapitalistisches Gepräge zeigen, welcher Umstand aber keinen zureichenden Grund abgibt (wie anders sollte es dann ein Fortschreiten und Umbilden dieses Wirtschaftssystems geben?), um scheltend beiseite zu stehen.«³

Glauben die Arbeiter an ihren Beruf die deutsche Produktion aus ihrem heutigen Verfall höheren Entwicklungsstufen entgegenzuführen, so werden sie zunächst, solange der Kapitalismus noch nicht überwunden ist, von ähnlichen Grundanschauungen ausgehen müssen, die weder, wie vom reinen Konsumentenstandpunkt aus, die Billigkeit um jeden Preis erstreben noch Fortschritte um deswillen ablehnen, weil sie mit kapitalistischen Profitinteressen verbunden oder gar aus diesen heraus entstanden sind.

JULIUS KALISKI · WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE



ES ist dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat an seiner Wiege nicht vorgesungen worden, daß er seinen 5. Geburtstag überstehen würde. Er wurde ins Leben gerufen, um durch Scheinerfüllung einer Forderung, die sich der Herzen und Hirne bemächtigt hatte, Ruhe zu stiften, der immer wieder ausbrechenden Erschütterung des nationalen Lebens mit den Mitteln der Agitation entgegenzuarbeiten, mit den selben Mitteln, von denen man offenbar annahm, daß sie allein die Radikalisierung der Massen bewirkten. Die Regierung saß in Weimar, und der damalige Ministerpräsident Scheidemann hatte just einer Gruppe von Vertretern ausländischer Zeitungen versichert, daß man nicht daran denke eine Räteorganisation zu schaffen, als Tags darauf in Berlin ein Generalstreik ausbrach. Plötzlich war man in Weimar zu der Erkenntnis gekommen, daß der Rätegedanke doch ein brauchbares Instrument der Beruhigung sein könnte, und verkündete die Schaffung von Arbeiterräten, deren Spitze der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wurde und blieb. Seine Existenz ist allein deshalb von Wert, weil er als lebendige Mahnung wirkt das zu erfüllen, was die Notwendigkeit verlangt.

Von denen, für die der Rätegedanke mehr war als ein zeitweilig beliebtes Schlagwort, ist die Stellung des Reichswirtschaftsrats von der ersten Stunde an, als es notwendig wurde Deutschland vor den Gefahren zu retten, die das

3) Siehe Berger Die Rohstoffgrundlage der Wirtschaftsgesundung / Berlin 1925 / Seite 14.

eigene Volk ihm heraufbeschwor, als die oberste Zusammenfassung der gesamten Schaffenskräfte der Nation mit allen Erfordernissen des zu ihm gehörenden Aufbaus umrissen und in stetiger Wiederholung propagiert worden. Was der Reichswirtschaftsrat wurde, ist ein Gebäude ohne Fundamente, das einen breiten Raum für Diskussionen und Resolutionen bietet. Was er sein sollte? Die Krönung des Aufbaus der Wirtschaft, eine Kammer der Arbeit, gebildet aus den Vertretern der einzelnen Gewerbe und Berufe, die zuletzt in sich als Syndikate konstituiert werden müßten. Für diese einzelnen Syndikate war eine paritätische Vertretung vorgesehen, die sich aus den beteiligten Betriebsleitern, Arbeitern und Angestellten zusammensetzen sollte. In diesen Produktionsräten war die Stätte einer ernsthaften und verantwortlichen Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten der Punkt, von dem aus die Durchorganisierung des betreffenden Gewerbes in Angriff genommen werden konnte. Die Produktionsräte sollten die Wahlkörper für die Gesamtwirtschaftsvertretung bilden: in der Gemeinde, im Kreis, in der Provinz, im Land, bis sie schließlich im Reich kulminierte. So getragen von den Schaffenskräften der Nation war den Produktionsräten, von unten aufgebaut und aufbauend, die Aufgabe zuerteilt die Kammer der Arbeit zu gestalten, die dem aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlament gleichberechtigt zur Seite zu stehen hätte. Ein sozialistisches Zweikammersystem, das die Nation einmal als Zusammenfassung der Individuen, dann aber als Schaffensorganismus erfaßt. Für die Lösung der unmittelbaren wirtschaftlichen Aufgaben würden die Produktionsräte der einzelnen Gewerbe sehr weitreichende Befugnisse erhalten. Ihnen müßte nicht nur die Kontrolle der einzelnen Unternehmungen der beteiligten Gewerbe obliegen, sie hätten auch das Recht für die Durchsetzung der Steigerung der Produktivität den erforderlichen Einfluß auf die Geschäftsführung der einzelnen Betriebe zu nehmen, wo sie versagte. Das ginge bis zu der Entscheidung über etwaige Stilllegungen und Abfindungen. Eine weitere Funktion hätten die so gebildeten Syndikate als Steuergemeinschaften auszuüben. Dadurch würde eine wirkliche Reform der Steuerverwaltung ermöglicht werden.

Die Arbeit muß der Prüfstein aller Dinge sein. Um ihr den Einfluß auf das Geschick der Nation zu geben, den Selbsterhaltung gebietet, war und bleibt die Durchorganisierung aller produktiven Kräfte das Mittel. Aber seit dem Jahr 1918 ist für den Aufbau der Produktion nicht nur nichts Neues geschehen, der gegenwärtige Zustand steht auch unter dem Niveau von 1914. Die riesenhaft geschwellten Gebilde der Industrie, aufgeblasen nicht nur durch die Kriegswirtschaft, vielmehr noch stärker in den Jahren nach dem Krieg, die eine Produktionsminderung statt der zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung notwendigen Produktionsverstärkung brachten, bilden den Boden unserer Volkswirtschaft, auf dem ebenso ungesunde Auswüchse des Handels und der Banken wuchsen. Dem Chaos des Jahres 1918-1919 ist ein viel schlimmerer und gefährlicherer Zustand gefolgt. In den Tagen, da der Stinnesbau zusammenbrach, bedarf es kaum einer schärfern Charakteristik der Situation als sie durch diese Tatsache gegeben wurde. Überraschend ist dieser Zusammenbruch eigentlich nur denjenigen Kreisen gekommen, für die ein kommerzieller Erfolg des Tages auch zugleich das Reifezeugnis für das Amt des Wirtschaftsführers bedeutet. Aus der Ideenwelt der Sozialistischen Monatshefte heraus, der auch das hier wieder dargelegte Aufbauprogramm angehört, hat der Verfasser dieses Artikels als Gutachter in

den Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats am 19. April 1921 dem Gang der Stinnesschen Massenzusammenballungen ein Prognostikon gestellt, dessen Hauptteil wiederzugeben wohl heute nicht ohne Interesse sein dürfte:

»Wir haben einen Mann, der ja Mitglied ihres Hauses ist: Hugo Stinnes; der gilt in Deutschland mittlerweile als Nationalheiliger. Er wird zwar bekrittelt von der Linken und ganz Linken, aber auch die Linke treibt seine Politik. Und was imponiert den Leuten an Stinnes so fabelhaft? Er kauft 245 Gesellschaften auf und setzt die 246. darauf. Das ist ein sehr tüchtiger Mann, ganz zweifellos, ein Mann, der ein Ludendorff im Wirtschaftsleben genannt werden kann. Er massiert ganze Fronten: 9 Armeekorps, 32 Armeekorps, 246 Armeekorps. Dann ist es Schluß. Heraus kommt dabei ein sehr respektabler Gewinn, und da bei uns der ebenbürtige Gegenspieler fehlt, ist diese Art der Wirtschaftsführung schrankenlos und wird zunächst bewundert. Und nun gibt es literarische Ratgeber, die erfinden das Wort vom vertikalen Aufbau. Das macht nach außen hin einen starken Eindruck. Selbst unsere Arbeiter, die ich ein Menschenalter kenne, stehen staunend vor solchen Leistungen. [Zuruf des Abgeordneten Kraemer.] Verehrtester Herr Direktor Kraemer, ich staune die Leistungen nicht so an. Sehen Sie, ein amerikanischer Durchschnittstrust ist ein durchorganisiertes Unternehmen. Die Stinnesschen Unternehmen sind nicht organisiert. Da fehlt jede verbindende Einheit. Denn wenn ich heute als Stinnes Siemens in meinen Eisen- und Kohlenkonzern aufnehme und sage: Nun wird er bei mir kaufen, alle seine Aufträge laufen bei mir ein, und ich gebe meine Aufträge an Siemens, so ist das kaufmännisch ganz nett. Aber Zusammenfassung der Kräfte? Nichts, absolut nichts, gar nichts ist damit geschehen, als ein Koloß geschaffen, wie ihn Ludendorff mit der Etappe bis in die vorderste Front auch geschaffen hat, nämlich eine Mechanisierung, die, wie jeder mechanische Apparat, ungewöhnlichen Belastungen gegenüber auch stets versagt. Stinnes kann das noch meistern, obwohl es rein mechanisch ist, weil er ein tüchtiger Mann ist, ein Mann von Format, aber ungeistig. . . Er hat neulich die schwere Anklage gegen die Reichsregierung erhoben, daß sie nichts getan hätte, um den Wiederaufbau durchzuführen. Er sagte: Gedankenlosigkeit, Planlosigkeit, Unwahrhaftigkeit! Absolut recht. Und Sie, meine Herren? Wo sind die Vorschläge, die Herr Stinnes in Ihrem Kreise gemacht hat, und die Sie mit ihm gemacht haben? Wo sind sie? Das ist das, was ich undemokratisch, was ich unverantwortlich nenne, nämlich von den anderen verlangen, daß sie geschickt, tüchtig, klar, klug, tätig sind, während für die eigene Person nur die Pflicht besteht nachträglich Kritik zu üben und zu sagen: Die ganze Richtung paßt mir nicht; ich habe es ja immer gesagt, daß die Regierung nichts getan hat. Wenn Sie gewollt hätten, wäre die Regierung ja nicht da. Ich habe es im Anfang gesagt, wie man mit dem Rätegedanken umgesprungen ist. Man hat geglaubt: Die Sache leimt sich ja doch ganz von selbst zusammen, sabotierte den wirtschaftlichen Aufbau mit Arbeiterräten und kam im letzten Grunde zu den papierernen Bezirkswirtschaftsräten, weil die Regierung eine Schuldverpflichtung aus einem von ihr gegebenen Versprechen einlösen will. Als Wirtschaftler würde ich mich dazu nicht hergeben diesem Spiel zu folgen. Entweder macht man einen wirtschaftlichen Aufbau. Und ich sage noch einmal: . . . Einen andern als ich ihn hier vorgetragen habe, gibt es nicht. Nicht, weil ich diesen Wirtschaftsaufbau Ihnen vortrage, sondern weil er das Gegebene ist, nämlich das, was schon vorhanden war und nur fortgesetzt zu werden verlangt. Es gibt nämlich dabei gar keine anderen Möglichkeiten. Es gilt nun in dem Geiste des Schaffenwollens fortzusetzen, was geworden ist.«

Wenn Hugo Stinnes noch am Leben wäre, hätte der Zusammenbruch seiner Unternehmungen wahrscheinlich äußerlich nicht den katastrophalen Charakter angenommen. Stinnes hätte den Ausverkauf wohl in andere Bahnen geleitet. Aber dieser sinnlos mit den Mitteln der Inflation zusammengebrachte Riesenhaufe von industriellen und kommerziellen Unternehmungen allerwiderrsprechendster Art mußte zusammenstürzen. Mit dem System Stinnes fiel auch das Ergebnis der Tätigkeit und Untätigkeit aller Gruppen und Parteien in sich zusammen, die den Hugo Stinnes zwar bekämpften, aber seiner Praxis nichts entgegengesetzten als Zeitungsartikel und Reden

Mehr noch. Deutschland erstickt in Kohlen. Man prüft und berät, was man zur Überwindung der Anhäufung ungeheurer Kohlenvorräte beginnen kann. Das ist eine der furchtbarsten Anklagen gegen die Wirtschafts- und Außenpolitik aller Parteien von rechts bis links, die das deutsche Volk in den Jahren vorher glauben machten, daß wir ohne unsere Schuld in eine Kohlennot geraten wären, und daß die Lieferung von Reparationskohle uns ewig dazu verdammte ausreichende Kohlenversorgung entbehren zu müssen. Als hier im Jahr 1921 das Märchen von der Kohlennot zurückgewiesen wurde, empörten sich die, die man als Sachverständige anzusprechen pflegt. Ein Berufssachverständigentum solcher Art, das nicht den Willen zur Objektivität hat, führt die öffentliche Meinung irre. Sein überragender Einfluß kann nur durch die Konstituierung der Gewerbe mit unmittelbarer Verantwortlichkeit der Gewerbevertretungen, die sich paritätisch aus den Betriebsleitern und Arbeitern zusammensetzen, überwunden werden. Hier erweisen sich die Schwächen und Unmöglichkeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, in dem ja nicht die Gewerbe sprechen, sondern eine bunt zusammengesetzte Schar von entsandten, präsentierten und ernannten Mitgliedern an Stelle von Vertretern ganz bestimmter Unternehmungen, für die sie auch zu entscheiden haben. Wer von den wirtschaftlichen Dingen überhaupt etwas wußte, konnte und durfte schon 1918 nicht übersehen, daß wir in Deutschland dem schwersten wirtschaftlichen Unheil nur entgehen konnten, wenn wir die Industrie- und Handelsbasis verkleinerten und zugleich unsere landwirtschaftliche Basis nach besten Kräften erweiterten. Alles mußte darauf gerichtet sein die Anzahl der industriellen Unternehmungen zu beschränken, aber die Produktivität der beteiligten Gewerbe mit allen nur erreichbaren Mitteln zu erhöhen. Als ich in den schon erwähnten Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrats Walther Rathenau, der gleichfalls als Sachverständiger geladen war, bat sich zu dieser Frage zu äußern, berichtete er aus seiner Erfahrung über einige Fälle, die heute gegenüber den Gründungsausschreitungen, die wir mittlerweile erlebt haben, nur als bescheidene Entgleisungen anmuten, aber das Problem erhellen:

»Ich erinnere mich, daß im ersten Friedensjahr auf einem ganz kleinen Zweiggebiete der Elektrotechnik, das vorher schon überfüllt gewesen ist, 12 neue Fabriken in einem Jahr entstanden sind. Niemand hat sich darum gekümmert. Ich habe es der Öffentlichkeit bekanntgegeben, niemand wollte davon etwas wissen. Diese Dinge werden mit einem Schlage sich nicht ändern lassen. . . . Wir haben eine Elektrizitätswirtschaft die ganze Zeit gehabt, die sinnlos zersplittert war. Niemand hat es in die Hand genommen auch nur das Problem anzuschneiden. Eine Stadt, die das Kilowatt (ich rede von Vorkriegszeiten) zu 40 Pfennig erzeugte, verbrannte weiter ihre sinnlosen Kohlenmengen, obgleich vor ihren Toren die Netze eines großen Elektrizitätswerks gespannt waren, wo Elektrizität mit 1,5 Pfennig pro Kilowatt erzeugt wurde.«

Bei der gesamten Erschütterung unseres Wirtschaftslebens haben nicht zuletzt unsere Banken absolut versagt. Die Vertreter der stolzen Großfinanz haben in der Inflation wie die kleinsten Gelegenheitsmakler gewirtschaftet, sie haben die Entwicklung nicht einmal für Tage vorausgesehen. Bezeichnend ist, daß die Großbanken noch auf der Höhe der Inflation ihre Bankgebäude mit stürmischem Eifer räumlich erweiterten. Damit erbrachten sie den steinernen Beweis dafür, daß sie wirklich glaubten, die Zustände der Inflation würden bis ins Endlose andauern. Gerade die Direktoren unserer Großbanken haben am eifrigsten die Meinung vertreten, daß alle Unternehmungen ihre flüssigen Mittel in Sachwerten anlegen sollten. Sie haben damit die Übererweiterung unserer Industrie mit treiben helfen, sie haben bis

zuletzt dafür gesorgt, daß alle Betriebsmittel in Maschinen und Gebäuden festgelegt wurden. Sie haben dann weite Kreise des Wirtschaftslebens zu Effektenkäufen ermuntert, die sehr viele Betriebe nach den wiederholten Kursbrüchen lahmlegten, weil die Entwertung sie ihrer letzten Mittel beraubte. Schließlich hat die sehr scharfe Einschränkung der Kredite, wie sie die Reichsbank betrieb, und wie sie schließlich auch im Prinzip gerechtfertigt werden kann, zu Kreditnöten geführt, die am Ende den Banken eine Zinspolitik ermöglichen, die praktisch sich als glatter Zinswucher auswirkt. Kindlich ist die Behauptung, daß durch die Krediteinschränkungen wirklich nur das getroffen wird, was wirtschaftlich minderwertig ist, also was zu beseitigen ohnedies in der Bahn einer Gesundung unserer Volkswirtschaft liegt. In Wirklichkeit findet eine solche Auslese nicht statt. Bestimmte Beziehungen verschaffen volkswirtschaftlicher Minderwertigkeit sehr oft die Überlegenheit über hohe wirtschaftliche Leistung in dem Rennen nach Krediten. Gewiß, die geistige Voraussetzung für die Zügellosigkeit der Wirtschaft, die am Ende von einer entsetzlichen Verantwortungslosigkeit getragen war, war die Auflösung der Vernunft und des Gewissens, eine Frucht des Weltkriegs, die in den Nachkriegsjahren den üppigsten Boden fand. Dieser Vorwurf trifft alle Schichten der Bevölkerung, mindestens alle, die eine Funktion im Produktionsprozeß haben. Auch die Arbeiterklasse darf man davon nicht ausnehmen. Wenn sie den Willen aufgebracht hätte (an Kraft hatte es nicht gefehlt) sich jenen Auflösungstendenzen entgegenzustellen, dann hätte sie heute den entscheidenden Einfluß auf das Schaffen der Volksgemeinschaft, auf den Aufbau der Wirtschaft im Staat ausgeübt, damit auch auf das Reich selbst, das sie hätte hindern können eine Außenpolitik zu treiben, die die Nation aufs schwerste schädigte. Aber die Arbeiterklasse hat gerade in diesen entscheidenden Jahren sich nicht als Trägerin der Produktion gefühlt. In Wahrheit wurde dem Unternehmertum die Aufgabe zugewiesen für den Neubau der Wirtschaft zu sorgen. In den Auseinandersetzungen über Fragen des Lohns und der Arbeitszeit hat es sicherlich nicht an guten Ratschlägen und Ermahnungen an das Unternehmertum von seiten der organisierten Arbeiterschaft gefehlt. Aber was ist von ihr darüber hinaus für die in Zuckungen liegende Wirtschaft durch Neugestaltung des Produktionsorganismus geleistet worden? Vergeblich sucht man danach. Daß das Unternehmertum auch kein höheres Maß der Leistung aufwies, vermag die Unterlassungsschuld der Arbeiterklasse nicht zu mindern. Denn nicht um eine Sache des Unternehmertums handelte es sich sondern um eine Angelegenheit der Nation. Man hat den Plan des Aufbaus der Produktion, die Zusammenfassung der Gewerbe zu Wirtschaftskörpern, die den Unterbau einer Kammer der Arbeit abgeben sollten, sabotiert, ohne ein eigenes Ziel zu verfolgen, ohne einen andern Aufbau zu vollziehen. Die Folgen sind eingetreten. Die Nation hat sie zu tragen.

Vielleicht hat man vergessen, daß der Aufbau der Produktion auch die Grundlage für die Sozialisierung, ja die Sozialisierung selbst gewesen wäre. Denn Sozialisierung bedeutet die Arbeit in den Dienst und unter die Kontrolle der Nation stellen. Allerdings, auf dem Kasseler Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat man das Aufbau- und Sozialisierungsprogramm der Sozialistischen Monatshefte damit abgetan, daß es nicht die "Vollsozialisierung" sei. Mit bequemen Parolen solcher Art ist noch immer der Verzicht auf jedes wirkliche Schaffen begründet worden. Aber sie haben

noch nie die Erfüllung von Notwendigkeiten ersetzen können, und selbst ihre verhindernde Kraft war nur kurzlebig. Auch jetzt wäre es kleinmütig und falsch zu glauben, daß alles endgültig versäumt sei, weil der große Moment nach dem Krieg, da es möglich war eine neue Welt aufzubauen, ungenutzt vorüberging. Nein, jetzt müssen wir erst recht beginnen. Der furchterregende Zustand unserer Wirtschaft muß uns zeigen, daß man die Statuierung einer Wirtschaftsdemokratie nicht von anderen verlangen sondern nur selbst vollziehen kann. Demokratie ist Selbstverantwortung.

In allen Ländern der Alten wie auch der Neuen Welt können wir immer stärker eine Strömung gewahren, die die bloß formalpolitische mechanische Demokratie zu einer wirtschaftlich-produktiven organischen erweitern und umgestalten will. Die von dem Liberalismus alter Schule übernommene Vorstellung von dem einzig demokratischen Einkammersystem weicht einer vertieften sozialistischen Auffassung, die nicht nur den Bedürfnissen und Meinungen der einzelnen Menschen sondern der Produktionskraft der Gemeinschaft selber zum Ausdruck verhelfen will und, um dieser Doppelforderung zu genügen, auf ein neues Zweikammersystem hinstrebt. In Deutschland wird die Umgestaltung des Reichswirtschaftsrats zu einer Kammer der Arbeit von der Vertretung der Landwirtschaft, dem Reichslandtag, gefordert. Auf dem 5. Reichslandtag, am 14. Februar dieses Jahres, sagte der Präsident des Bundes, der Reichstagsabgeordnete Karl Hepp:

»Gerade aus den Erfahrungen der letzten Monate und Jahre glauben wir die Folgerung ziehen zu können, daß die Schaffung eines weitem Parlaments, die Bildung einer weitem Kammer, die alle geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Gruppen des deutschen Vaterlandes und Volkes gebührend vertritt, in der Lage ist die großen Fehler eines rein politischen und Parteiparlamentes wieder gut zu machen.« Diese Forderung fand die Zustimmung des Reichslandtags. Ist das nicht ein Beweis für die Gefährlichkeit einer Kammer der Arbeit, daß die Rechte sie will? Lassalle wußte es besser. Ihm schien es lächerlich auf eine Idee zu verzichten, weil auch die politischen Gegner deren Richtigkeit und Wichtigkeit erkannten. Das ist hier geschehen. Und daß gerade die Vertretung der wichtigsten Urproduktion, eben der Landwirtschaft, dieser produktiven Idee zuneigt, ist nicht mehr als natürlich. Schon in den Tagen von Weimar hat der frühere Staatssekretär und damalige deutschnationale Abgeordnete Clemens von Delbrück die Kammer der Arbeit und ihren wirtschaftlichen Unterbau als die Brücke der Verständigung bezeichnet. In der christlichen Arbeiterschaft war das Verständnis für diese Lösung vorhanden. Selbst das Bürgertum konnte sich der Kraft dieses Gedankens nicht entziehen. Die Industrie hätte nicht gezögert ihren Platz in diesem Aufbausystem einzunehmen, wenn die Vertretung der Arbeiterklasse den Mut gehabt hätte in dieses Neuland zu führen.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Demokratie Gestalt zu geben marschiert. In Frankreich bestand schon vor einigen Jahren die Absicht den Senat in eine Kammer der Arbeit umzuwandeln. Jetzt wird die Bildung eines Landeswirtschaftsrats erwogen. Ähnliche Pläne beschäftigen die englische Innenpolitik. In Italien sind die Vorarbeiten zur Schaffung von Institutionen im Sinn einer Kammer der Arbeit anscheinend schon weit gediehen, wenn auch, infolge der derzeitigen innenpolitischen Verhältnisse, die Sozialistische Partei dort einstweilen abseits steht. Auch in den kleineren (aber für die Zusammenfassung des Kontinents wahrlich nicht un-

wichtigen) europäischen Staaten wird der Gedanke eines Wirtschaftsparlaments von den führenden Köpfen diskutiert und als unbedingtes Postulat einer nahen Zukunft empfunden. In den Vereinigten Staaten von Amerika war es gerade die Gewerkschaftsbewegung, in die er Eingang fand. Gompers hatte sich in den letzten Jahren vor seinem Tod lebhaft mit ihm beschäftigt, und er suchte eifrig Material für seine Durcharbeitung von dessen Trägern in Europa zu erhalten. Auch in deutschen Gewerkschaftsverbänden regt er sich in letzter Zeit mächtig. Mag auch noch viel Unklarheit über die Einzelheiten der zu schaffenden Körper herrschen: die Richtung ist unverkennbar. Die Gelegenheitskonzession von Weimar, dazu bestimmt der Forderung ihre Kraft zu nehmen, hat versagt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird den Weg zur Wirtschaftsdemokratie einschlagen. Die Notwendigkeit spät erkannt zu haben braucht keine Schande zu sein, wenn um so stärkere Anstrengungen gemacht werden ihrem Gebot zu folgen.

LUDWIG QUESSEL · RHEINPAKT, OPTANTENFRAGE UND DEUTSCH - POLNISCHER WIRTSCHAFTSKRIEG

DIE am 22. Juli veröffentlichte Note der deutschen Regierung über die Sicherung des europäischen Friedens wie auch die große Aussprache über den westlichen Garantiepakt im Reichstag am 22. und 23. Juli bestätigen in vollem Umfang, daß, wie hier ausgeführt wurde, der Rheinpakt zu Grabe getragen ist. Der Gedanke, der England bestimmte Deutschland zur Stellung des Friedenssicherungsangebots vom 9. Februar 1925 zu veranlassen, ging dahin bei einem Konflikt Deutschlands mit Polen den Rhein für Frankreich unüberschreitbar zu machen. Es gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, um klar zu erkennen, daß England seine europäische Interessenzone, das Rheinland, nur deshalb auch für eine Exekution des Völkerbunds sperren möchte, um Deutschland freie Hand zu einem Krieg gegen Polen zu verschaffen. Darüber scheint jetzt in London Einmütigkeit zu herrschen, daß der Ostkrieg kommen muß, wenn die Balance of power-Doktrin, das heißt die Oberherrschaft Englands über den Kontinent, nicht vor die Hunde gehen soll. Wie dieser von England diplomatisch vorbereitete Ostkrieg aussehen wird, darüber gibt es verschiedene Meinungen. In Moskau behauptet man, daß er sich in der Form eines Kreuzzugs gegen den Bolschewismus abspielen werde. In Warschau befürchtet man dagegen, daß er die Gestalt eines deutsch-litauisch-polnischen Krieges annehmen werde, der durch das Eindringen deutscher Freischaren in den polnischen Korridor jederzeit selbst gegen den Willen der Berliner Regierung, unter der Fahne eines nationalistischen Aufstands nach dem Vorbild des Ludendorff-Hitler-Putsches, leicht zu entfesseln wäre. Wie die Reden der Kommunisten im Reichstag zeigen, glaubt man in Moskau, daß die Sozialdemokratie unter Hermann Müllers Führung sich für einen Krieg gegen den Bolschewismus gewinnen ließe, wenn die Parole dazu aus London kommt (natürlich nur dann). In Warschau wiederum ist man davon überzeugt, daß die Rechte der Sozialdemokratie wieder einmal "mitmachen" würde, wenn die Wilhelmstraße unter englischer Patronanz gegen Polen loszieht. Richtig ist jedenfalls, daß England auf diese oder jene

Weise, indem es 2 Eisen im Feuer behält, das europäische Staatensystem so umgestalten will, daß die Balance of power-Doktrin wieder gilt. Die Voraussetzung für einen Krieg Deutschlands mit Polen, der den englischen Wünschen wohl besser als ein Kreuzzug gegen den Bolschewismus entspräche, ist aber, daß er isoliert werden kann, was nur durch eine starke Erschütterung der französisch-polnischen Allianz zu erreichen wäre. Darauf sollte nun der Rheinpakt, den England erstrebte, hinauslaufen. Es ist zu bezweifeln, daß die Reichsregierung in Berlin die Absichten Englands jetzt endlich erkannt hat. Angesichts des rührenden Vertrauens, das die Wilhelmstraße der Downing Street entgegenbringt, kann man annehmen, daß Stresemann das unbewußte Werkzeug der Absichten Englands war, als er auf Grund englischer Suggestionen am 9. Februar sein radikal pazifistisches Memorandum betreffend die Herstellung der *tréuga Dei* am Rhein in Paris überreichen ließ. Paris und Warschau waren aber mißtrauisch genug die Absicht der englischen Friedensstörung als den realen Kern der radikal pazifistischen Note zu erkennen. Die Folge war, daß das französisch-belgisch-polnisch-tschechische Militärbündnis zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens neu gestärkt wurde. Insoweit kann man also den englischen Versuch den Frieden des Kontinents zu stören einstweilen als gescheitert ansehen.

Überhaupt läßt sich feststellen, daß das Vertrauen zur englischen Politik, wenn man von Deutschland absieht, überall in Europa so ziemlich auf den Nullpunkt gesunken ist. Ein Beweis dessen ist die Ende Juli in Madrid beschlossene französisch-spanische Kooperation in Marokko, die in London höchst peinliche Empfindungen ausgelöst hat. Nach schwierigen Verhandlungen hat die französisch-spanische Konferenz in Madrid zu einem vollständigen Einvernehmen geführt. Man kann wohl sagen, daß, wenn die Verständigung zwischen Spanien und Frankreich früher hergestellt worden wäre, der Führer der Rifkabylen niemals imstande gewesen wäre einen regelrechten Krieg gegen Spanien und Frankreich zu beginnen, einen Krieg, von dem man weiß, daß er nur so lange möglich ist, als er aus angelsächsischen Geldquellen gespeist wird. So groß nun auch die Bedeutung der militärischen Seite des französisch-spanischen Abkommens sein mag, wichtiger für die Zukunft ist seine politische Bedeutung. Das auf der Konferenz in Madrid erzielte Einvernehmen hat die Grundlagen für das Zusammenwirken der beiden Länder sowohl bei Herstellung als auch bei Erhaltung des Friedens in Marokko geschaffen. Das bedeutet jedoch nicht, wie die englische Presse glauben macht, daß Frankreich und Spanien jetzt Abd el Krim um Frieden bitten wollen. Frankreich und Spanien denken nicht einmal daran Abd el Krim auch nur einen Waffenstillstand anzubieten. Ebenso wenig werden sie darauf eingehen England als Friedensvermittler zuzulassen. Spanien und Frankreich haben sich im Gegenteil darauf geeinigt die Waffen gegen Abd el Krim erst zu senken, wenn dieser sich sowohl gegenüber Spanien als auch gegenüber Frankreich unterworfen hat. Nach einer englischen Friedensvermittlung, die Abd el Krim in die Stellung eines kriegführenden Souveräns erhöhe, hat man in Paris und Madrid durchaus kein Verlangen. Spanien und Frankreich sind sich darüber klar geworden, daß die eigentliche Quelle der Friedensstörung in Marokko England ist. Noch mehr als gegen den Rif ist das spanisch-französische Abkommen daher gegen London gerichtet. Im übrigen ist kein Zweifel daran, daß die franzö-

sische Demokratie, die aus jeder Wahl neu gestärkt hervorgeht, bei dem Abschluß des spanisch-französischen Abkommens genau so von wirklichem Friedenswillen geleitet war wie bei der jetzt vollzogenen Räumung der Ruhr. Überhaupt scheint es dem Kenner marokkanischer Verhältnisse reichlich abwegig die Rifkabylen als die Vorkämpfer marokkanischer Freiheit zu bewundern. Der Nordrand Afrikas hängt seiner Geschichte und Zivilisation nach innig mit dem romanischen Europa zusammen. Aus diesem Grund ist es auch richtiger die Zukunft marokkanischer Freiheit in einer Verstärkung der Autonomie Marokkos im Rahmen des französischen Protektorats als im Separatismus von den romanischen Staaten zu suchen, der doch nur dahin führen könnte, daß britische Agenten maßgebenden Einfluß im Reich des Scherifen zum Schaden Europas gewännen.

Während die auswärtige Politik Frankreichs unter demokratischer Leitung die gerade Linie der Einigung Kontinentaleuropas verfolgt, gerät Deutschland nach englischer Direktive immer mehr und mehr in eine verhängnisvolle Isolierung. Diese drückt sich zurzeit vornehmlich in seinem Verhältnis zu den Oststaaten aus. Mit Polen sind die Beziehungen so gespannt, daß sie eine Gefahr für den Frieden Europas bedeuten. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Warschau haben zum Bruch geführt, und zwar wesentlich aus dem Grund, weil man in Polen annehmen zu müssen glaubt, daß Deutschland nichts unversucht läßt, um Polen zu schwächen. In Warschau denkt man, daß Berlin selbst nicht davor zurückschreckt die Wirtschaft Deutschlands zu schädigen, sofern damit nur das Gebot Englands erfüllt werden kann. Anders weiß man dort die Tatsache nicht zu deuten, daß der deutsch-englische Handelsvertrag (der Deutschland nach der Ansicht von Wirtschaftssachverständigen keine Vorteile gebracht hat) gleichsam über Nacht durch ein Zauberdiktat fix und fertig da stand, während die Wirtschaftsverhandlungen Deutschlands mit Frankreich und nunmehr mit Polen an immer neue Riffe stießen, bis sie ganz scheiterten. Die Polen werfen den Deutschen vor, daß sie niemals bei der Regelung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen den guten Willen gezeigt hätten auch die polnischen Interessen zu respektieren. So habe Deutschland die Handelsvertragsverhandlungen systematisch verschleppt, um zunächst über den 10. Januar hinwegzukommen, der das Ende der vom Versailler Vertrag festgelegten Begünstigungsfrist bezeichnete, dann, um den 15. Juni zu erreichen, der den Abschluß der 3jährigen Frist darstellte, während derer auf Grund der Genfer Konvention von 1922 über Oberschlesien Polen 500 000 Tonnen Kohlen zollfrei nach Deutschland einführen konnte. Am 16. Juni habe Deutschland dann sofort die Einfuhr polnischer Kohle aus Oberschlesien verboten, obwohl die deutsche Propaganda beim Kampf um Oberschlesien den Untergang der ganzen deutsch-schlesischen Industrie für den Fall angekündigt hatte, daß die deutsche Großindustrie in Schlesien Kohle aus dem Ruhrrevier beziehen müsse, weil diese infolge des weiten Transports unerschwinglich teuer sei. Ungeachtet des Kohleneinfuhrverbots habe Polen weiter verhandelt. Bei diesen Verhandlungen versuchte Berlin die gleiche Begünstigung zu erlangen, die Polen seinen Verbündeten, Frankreich und der Tschechoslowakei, zugestanden hatte. Warschau verlangte seinerseits das Zugeständnis 350 000 Tonnen Kohlen monatlich nach Deutschland schicken zu dürfen. Eine Verständigung sei aber nicht zu erzielen gewesen, weil Deutschland nicht nur die Meistbegünstigung sondern auch politische Vor-

teile erstrebte, wie die Einstellung der Liquidation deutscher Güter in Polen und die Aufhebung der Dispositionen, nach denen diejenigen Deutschen in Polen, die für Deutschland optiert haben, verpflichtet sind das polnische Gebiet zu verlassen. In Warschau und Paris ist man überzeugt, daß das Kabinett Luther-Stresemann die Verhandlungen mit dem Hintergedanken scheitern ließ, daß ein allgemeines Einfuhrverbot für polnische Erzeugnisse eine ökonomische Krisis in Polen hervorrufen und die politische Erregung in Warschau bis zur Siedehitze steigern würde. Soweit sich das bisherige Ergebnis des Wirtschaftskriegs zwischen Polen und Deutschland übersehen läßt, scheint eine allgemeine Teuerung für Deutschland die Folge zu sein. Wie der Ruhrkrieg, so wird auch der polnisch-deutsche Wirtschaftskrieg auf Kosten der Arbeiterklasse und des Mittelstands ausgefochten. Andererseits scheint man sich über die ökonomischen Machtmittel gegenüber Polen in einer schweren Täuschung zu befinden. Man übersieht vielleicht, daß Polen heute doch wesentlich anders dasteht als unmittelbar nach Beendigung des Weltkriegs, als es die Hälfte seines Exports in Deutschland abzusetzen gezwungen war. Die Dinge liegen heute so, daß Polen nicht nur eine eigene Industrie entwickelt hat, die eine gute Kundin der polnischen Kohlenenerzeugung ist, sondern sich auch einen ausdehnungsfähigen Markt für landwirtschaftliche Produkte durch seine Handelsverträge mit Frankreich, der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn gesichert hat. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg kann die arbeitenden Schichten in Deutschland härter treffen als die Arbeiter und Bauern Polens.

Mit schmerzlichem Unbehagen beobachtet die europäische Demokratie, die ein möglichst gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen erstrebt, wie unter der Einwirkung des deutsch-polnischen Wirtschaftskriegs auch die Optantenfrage zu einer Quelle wachsender Verfeindung wird. Rein sachlich betrachtet ist die Situation nicht schwierig. Der Wiener Vertrag, der die Optantenfrage regelt, ist nicht ein Niederlassungs- sondern ein Umsiedlungsvertrag. Bis zum August 1925 sollten sowohl die Optanten in Deutschland als auch die Optanten in Polen die Umsiedlung vollzogen haben. Es kommen hierfür 10 000 Polen und 35 000 Deutsche in Betracht. Leider sind die deutschen Optanten in Polen von deutschen Stellen aus dahin belehrt worden, daß ihre Umsiedlung nicht so dringend sei. Die polnischen Behörden hatten aber die Wohnungen deutscher Optanten zumeist zum 1. August schon an polnische Staatsangehörige vergeben, so daß die Umsiedlung auch ohne Ausweisung, wegen Obdachlosigkeit der deutschen Optanten, nicht mehr zu vermeiden war. Jeder Mensch wird diese Vorgänge aufs höchste bedauern. Man wird aber trotzdem nicht sagen können, daß Polen das Wiener Abkommen über die Umsiedlung der Optanten verletzt habe. Solange man es in Deutschland, englisch inspiriert, zuläßt, daß von einer Wiedereroberung des Danziger Korridors und Polnisch Oberschlesiens gesprochen wird, ist es auch unmöglich derartige Probleme wie die Umsiedlung der Optanten im Geist der Versöhnung zu lösen.

Viele Tatsachen sprechen dafür, daß die selbe Kraft, die Deutschland den Ruhrkrieg entfesseln und bis zu seiner vollständigen Niederlage "durchhalten" ließ, nun auch zum Wirtschaftskrieg gegen Polen getrieben hat, dessen erstes Opfer die deutschen Optanten in Polen waren. England weiß, daß der polnisch-deutsche Konflikt sich so wenig "lokalisieren" läßt wie im Jahr 1914 der serbisch-österreichische. Es sollen eben wieder die Staaten

des Kontinents gegen einander gehen (wobei diesmal die angelsächsischen Staaten die Zuschauer bleiben wollen). Aber Frankreich hat aus dem Weltkrieg und mehr noch aus dem Reparationskrieg nach dem Krieg gelernt. Es läßt das von ihm in Angriff genommene Werk der Einigung des Kontinents nicht mehr von England sabotieren. Wir indessen haben uns immer wieder zu fragen, ob denn das deutsche Volk abermals das Opfer der englischen Balance of power-Doktrin werden soll. Denn nur auf dem Rücken Deutschlands werden die Konflikte ausgefochten werden, die Europa entzweien sollen. Der Versuch Englands die werdende Einheit und das Zusammenarbeiten des europäischen Festlands in neue Uneinigkeit und wirtschaftlich-politisches Gegeneinanderarbeiten rückzuverwandeln wird mißglücken. Aber der Leidtragende dieses Versuchs wird Deutschland sein, wenn es fortfährt Englands Pläne dienstwillig zu fördern.

SALLY LACHMANN · PALÄSTINA ALS AUFGABE



GESCHICHTLICHES Geschehen wird von dem miterlebenden Geschlecht nur unvollkommen verstanden. Die Nähe der vielen kleinen Einzelvorgänge trübt den Blick für die großen Zusammenhänge, zu genau sehen wir die einzelnen Steinchen des Mosaiks, um das Bild als Ganzes erfassen zu können. Auch was sich da vor unseren Augen in Palästina abspielt, ist ein Stück Weltgeschichte. Aber nur dann und nur insoweit werden wir seine Bedeutung für den Gesamt- ablauf der menschlichen Entwicklung verstehen, als es uns gelingt die vielen Einzelzüge unter größeren, allgemeineren Aspekten zu sehen.

Will man zunächst den ganzen Vorgang der Neubesiedelung des alten Landes durch die Juden unter ein Schlagwort bringen, so kann man nichts anderes sagen, als daß es sich um ein Stück Völkerwanderung handelt. Ganz richtig hat Richard Lichtheim von einer »Heimkehr« der Juden gesprochen.¹ Natürlich vollzieht sich diese Wanderung heute nicht mehr in den Formen alter Zeiten. Planvoll vorbereitet und geleitet bedient sie sich der Mittel des modernen Verkehrs, sie verzichtet auf gewaltsame Eroberung, stützt sich auf Rechtsansprüche. Das einwandernde Volk braucht auch nicht die Bevölkerung, die es vorfindet, zu vertreiben oder zu unterwerfen, da die bisher außerordentlich dünne Besiedelung Palästinas fürs erste Raum genug für die zu erwartende Einwanderung bietet, in der Folge aber eine immer intensiver zu gestaltende Wirtschaft immer neuen Scharen Lebensbedingungen schafft, ohne daß dabei Lebensnotwendigkeiten früherer Ansiedler gefährdet wären. Der kleine Flächeninhalt Palästinas darf hier nicht als Argument oder als Bedenken verwandt werden. Noch weniger darf man aus ihm deduzieren (und sich damit zufrieden geben), daß Palästina stets nur einen Bruchteil des jüdischen Volkes aufnehmen kann. Gerade die Umgestaltung des Landes ist ja das Ziel der Einwanderung, und für eine schöpferische Siedelung gibt es keine Grenze der Bevölkerungszahl. Es muß allerdings eine Siedelung von Menschen sein, die schaffen, nicht bloß leben wollen. Das muß der Wille der heute nach Palästina einwandernden Juden sein, ganz klar gefühlt, offen ausgesprochen, Maxime alles Handelns. Wenn in den langen Jahrhunderten seit ihrer Vertreibung aus dem Heiligen Land die Juden ihr Recht auf seinen Besitz niemals aufgegeben hatten, so entsprach dem

1) Siehe Lichtheim Die Heimkehr der Juden, in der Zukunft 1920 III Seite 163 und folgende.

aber auch ebenso immer das Bekenntnis zur Pflicht das Land aufzubauen. Das war schon in der engen Verknüpfung der jüdischen Lehre mit dem Land begründet. Das Land ist Gegenstand der Verheißung von Anbeginn der Geschichte Israels als Volk. Alle Drohungen der Propheten malen die Vertreibung als schlimmes Übel. Im Exil und seit der Zerstörung des Tempels klammert sich alles Sehnen an die Hoffnung auf einstige Rückkehr. »Wie sollten wir singen Jahwes Lied auf dem Boden der Fremde? Vergäße ich dein, Jerusalem, möge die Rechte mir schwinden. Es klebe am Gaumen die Zunge mir, wenn ich nicht deiner gedenke.« So heißt es im Psalm, und ähnliche Worte und Bilder findet Jehuda Halewi in seinen berühmten Zionsliedern. Darum konnten alle noch so gut gemeinten Versuche von Philanthropen den unter schwerstem Druck und tiefster Verelendung schmachenden Juden Rußlands neue Wohnsitze in anderen Ländern zu schaffen immer nur vorübergehenden Erfolg haben, darum aber mußte der Gedanke der Rückkehr in die alte Heimat immer mächtiger werden, trotz allem Widerstand der Assimilanten, die um ihre Position in Europa bangten. Anders ist der Widerstand der Frommen zu bewerten, die auf das übernatürliche Eingreifen Gottes warten, der das jüdische Volk, wenn die Zeit erfüllt ist, durch einen Messias in das Gelobte Land zurückführen wird, die daher jede vorzeitige Rückwanderung als Eingriff in den göttlichen Willen ablehnen. Die Unbedingtheit des Messiasglaubens hat dem jüdischen Volk Zuversicht und Zusammenhalt in 2 Jahrtausenden der Zerstreuung gegeben. Man darf behaupten, daß die messianische Idee auch in der zionistischen Bewegung als unterirdische Kraftquelle wirkt. Das Gefühl der Gläubigen wurde nicht überwunden: Das Ziel blieb das selbe, nur der Weg zeigt sich anders.

In den beiden Jahrtausenden, in denen dem jüdischen Volk als einziger nationaler Besitz seine Religion und seine Literatur geblieben waren, hat man sich allzusehr daran gewöhnt das alte Land der Verheißung nur unter dem Gesichtspunkt seines kultischen Mittelpunkts, des Heiligtums in Jerusalem, zu sehen. Man hat vergessen, daß rund um dieses Zentrum doch ein lebendiges Volk gewohnt hat, mit allen Freuden und allen Mühen des Alltags, mit den vielen großen und kleinen Beziehungen von Mensch zu Mensch. Jetzt, da es heißt das alte Gebäude neu zu errichten, dem heute lebenden Volk der Juden eine neue Heimstätte zu schaffen, da kann sich die Entwicklung folgerichtig und natürlich nur so vollziehen: Menschen zuerst, dann die Sorge für produktive Arbeit, endlich die Schaffung geistiger Kultur.

Die Frage der Einwanderung ist von Anfang an zum Gegenstand weitläufiger theoretischer Erörterungen gemacht worden. 2 Auffassungen standen sich gegenüber, die der Öffentlichkeit wohl unter den Namen ihrer prominentesten Vertreter: Davis Trietsch und Arthur Ruppin, am besten bekannt geworden sind. Trietsch redete einer Masseneinwanderung das Wort, Ruppin glaubte die Zahl so weit beschränken zu müssen, wie den Zuströmenden Garantien für ein Existenzminimum geboten werden könnten. Hier ist bereits auf die schweren Bedenken hingewiesen worden, die dieser Ansicht entgegenstehen,² und die Entwicklung hat die hier geäußerten Befürchtungen bestätigt. Am 31. Dezember 1924 zählte man in Palästina 107 746 Juden; rechnete man Touristen, die dann mit Erlaubnis im Land verblieben, hinzu, so kam man auf rund 110 000, gegenüber 703 555 Nicht-

2) Siehe Gutfeld Zum Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 28 und folgende.

juden. Die Juden umfaßten also nur 13,52 % der Gesamtbevölkerung. Am 23. Oktober 1922 hatte das Verhältnis 11,77 % betragen. Der Gesamtzuwachs in mehr als 14 Monaten war also nicht mehr als 1,75 %. Daß es in diesem Tempo nicht fortgehen kann, ist klar. Alle großen Einzelleistungen werden weder in den Augen der Engländer als der Mandatarmacht noch in denen der Araber als alteingesessener Bevölkerung noch endlich in den Augen der übrigen Völker als interessierter Zuschauer lange die Fiktion einer wirklichen Besiedelung des Landes durch die Juden aufrechterhalten können, solange diese selbst darin eine so kleine Minorität darstellen. Man denke nur daran, wie gerade jetzt in vielen Ländern des europäischen Ostens Minoritäten weit größerer Stärke oft vergebens auch nur um angemessene Berücksichtigung ihrer wichtigsten Interessen oder um kulturelle Autonomie ringen. Wollen die Juden sich als die Neukolonisatoren ihres alten Landes ausweisen, so müssen sie dort schleunigst in achtungsgebietender Stärke einziehen. Freilich kann dann nicht mehr jedem einzelnen im voraus garantiert werden, daß er eine auskömmliche Existenz finden werde. Viele werden zugrunde gehen; aber im Dienst der großen Schaffungsaufgabe, die eben jetzt dem jüdischen Volk als ganzem obliegt, und der sich kein einzelner entziehen darf. Wenn aber die jüdischen Massen ohne Rücksicht auf die theoretisch errechneten Möglichkeiten Existenz zu finden nach Palästina strömen, dann wird dieser gewaltige Schaffungswille ganz von selbst alle Berechnungen über den Haufen rennen, neue Möglichkeiten werden erstehen, Aufgaben, die heute als vorläufig zu wenig verheißungsvoll beiseite gelegt wurden, werden dann in Angriff genommen werden. Nicht allmählich und bedachtsam, wie man einen Garten anlegt, wird man das durch jahrtausendelange Vernachlässigung wüst gewordene Land anbauen, sondern überall zugleich werden Not und Produktionswille zusammen dem Einwanderer Rodehacke und Pflug in die Hand zwingen. Was bisher eine solche Entwicklung verhindert hat, ist nicht das Versagen des Volkes, sondern die Furcht seiner Führung vor der Verantwortung. Nur sie konnte es überhaupt dahin kommen lassen, daß Einwanderungsbeschränkungen erlassen wurden. Aber ein wirkliches Hindernis sind auch diese nicht; wäre nur der Wille da, so fielen diese Schranken vor dem ersten Sturmangriff auf sie.

Die Systematisierung, mit der man an das ganze Problem der Besiedelung Palästinas herangegangen ist, hat dazu geführt, daß die unmittelbare Form der Erschließung des Landes zunächst im wesentlichen die Bearbeitung des Bodens ist. Wer heute die alten Kolonien längs der Küste oder südlich des Genezaretsees sieht, wer das Emek, die bekannte Ebene Jesreel, durchwandert und weiß, daß noch vor wenigen Jahren dort unfruchtbares Sumpfland gewesen ist, wo heute blühende Dörfer eine gesunde Bauernbevölkerung ernähren, der wird von dieser Leistung nur in Ausdrücken hoher Achtung sprechen können. Man braucht nicht einmal in erster Reihe daran zu denken, daß ein der Scholle angeblich entwöhntes Volk so schnell den Weg zurück gefunden hat. Die Unterstellung, als wären die Juden immer ein Handelsvolk gewesen, hat schon Flavius Josephus im 1. Buch seiner Schrift gegen Apion widerlegt; er rühmt die Fruchtbarkeit des Bodens im jüdischen Land, mit dessen Bearbeitung sich das Volk hauptsächlich beschäftige. Daß jetzt, bei der ersten Möglichkeit seit vielen Jahrhunderten, Scharen junger Juden sich zum Ackerbau drängen, beweist nur, daß die Wurzeln des Volkes die alten geblieben sind. Unter schwierigen Bedingungen versucht man zudem

die Grundsätze durchzuführen, die altes Erbgut des jüdischen Volkes, jetzt aber in der Form des Sozialismus Gemeingut aller Völker geworden sind. Eigentum an Grund und Boden kann vermöge der ganzen Organisation des neuen Palästinas nicht erworben werden. Aus den Mitteln des Keren Kajemeth, des Jüdischen Nationalfonds, werden Ländereien gekauft und den Bauern in Erbpacht gegeben. Im allgemeinen übernimmt eine Genossenschaft, eine Kewuzah, einen Komplex Boden und legt darauf eine Bauernkolonie an. In gemeinsamer Arbeit wird das Land urbar gemacht. Die erzielten Erträge werden im Interesse der Gesamtheit verwertet. Für die Deckung der Bedürfnisse, die aus der eigenen Produktion nicht erfolgen kann, wird in genossenschaftlichem Einkauf gesorgt. Die Pioniere, die Chaluzim, die es unternommen haben in harter Arbeit den Boden der Kultur zu erschließen, leben unter größten Strapazen und Entbehrungen; sie erkennen sich nicht das Recht zu den eigenen Ertrag über das allerdürftigste Maß hinaus zu beanspruchen, sind aber zu allen Opfern fähig, stellen in freigebigster Weise alles bereit, was für die Kinder der Kolonie, für die Kranken und Schwachen notwendig ist. Jede Kolonie zeigt mit Stolz ihr Kinderheim, in dem der junge Nachwuchs sorglich gehütet heranwächst, ein freies, frohes und starkes Geschlecht. Den Gipfelpunkt erreicht diese Fürsorge für die Kinder, die im neuen Palästina so ganz als Aufgabe der Gesamtheit, der einzelnen Kolonie und des ganzen Volkes, aufgefaßt wird, in dem Kinderdorf bei Balfouria, in Kfar Jeladim. Hier werden 115 ukrainische Waisen in einer eigenen Republik erzogen. Nur 19 Erwachsene befinden sich in dem Dorf, Lehrer und Lehrerinnen, Wächter und einzelne Hilfskräfte für besonders schwere Arbeiten. Alles andere besorgen die Kinder selbst, die von frühester Jugend im Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Mitverantwortung jedes einzelnen für die Gesamtheit heranwachsen. Die älteren Kinder beteiligen sich an der Erziehung und Pflege der jüngeren, wie das ja in kinderreichen Arbeiter- und Bürgerfamilien stets geschehen ist. Ein sorgfältiger Unterricht vermittelt den gesamten Lehrstoff der Volksschule. Daneben geht eine vollständige Ausbildung in allen Zweigen der Landwirtschaft und der damit verbundenen Handwerke einher. Die größeren Kinder haben 8 Stunden täglich Dienst: 4 Stunden Unterricht und 4 Stunden Arbeit. In regelmäßigem Turnus werden sie in allen Zweigen des vielseitigen Betriebs ausgebildet und beschäftigt: in Ackerbau, Viehzucht, Wäscherei, Nähterei, in den Elementen der wichtigsten Handwerke, aber auch in Buchführung und Kalkulation in dem vortrefflich eingerichteten Sekretariat der Kolonie. Der körperlichen Entwicklung wird die größte Aufmerksamkeit zugewandt. An die großen luftigen Schlafräume grenzen breite Terrassen, die bei der hohen Lage des Dorfes vom Seewind bestrichen werden. Alle Kinder können reiten, und die älteren Knaben versehen in Begleitung eines Berufswächters den nächtlichen Wachdienst. Hier wird einmal praktische Sozialpolitik von der Schwungkraft eines reinen Idealismus beflügelt.

Neben diesen Strebungen sozialistischer Gesinnung, deren noch eine Reihe weiterer genannt werden könnte, gibt es in Palästina nun auch Erscheinungen ganz anderer Art. Der Name Tel Awiw ist fast zur Bezeichnung eines Typus geworden. Hier ist 1909 mit Geldmitteln des Nationalfonds im Dünen sand nördlich von Jaffa der Grundstein zu einer Stadt gelegt worden, die heute über 27 000 Einwohner hat und in einem Tempo wächst, das als "amerikanisch" gerühmt wird. Wer nur seit wenigen Jahren Tel Awiw nicht

gesehen hat, findet das Ende der damaligen Stadt heute irgendwo mitten in ihren ältesten Bezirken. Wo man auch im Bereich der heutigen Stadt steht, sieht man sich von Neubauten und Bauplätzen umgeben. Man hat den Eindruck, als würden die Häuser hier nicht von Menschen errichtet sondern wüchsen aus einer ausgestreuten Saat wie die Geharnischten aus den von Kadmos gesäten Drachenzähnen. Hier hat sich nun eine rein bürgerliche Bevölkerungsschicht angesiedelt, und auch die Stadt trägt durchaus den Charakter einer modernen Großstadt mit breiten Straßen, Parkanlagen, guter Wasser- und Lichtversorgung und allen sonstigen Einrichtungen technischer Kultur; freilich auch mit allzu europäischen Berufsarten, so einer umfassenden Bodenspekulation. Bedenklicher ist eine andere Erscheinung: Tel Awiw nimmt von der heutigen Einwanderung, für die ja das benachbarte Jaffa fast das einzige Einfallstor bildet, einen sehr großen Bruchteil auf. Mag man nun Trietsch zustimmen, der meint, jüdische Einwanderungen tendierten überhaupt dahin zu 50 % und mehr sich am Einwanderungshafen niederzulassen,³ oder mag man gar die Angaben der Jüdischen Rundschau vom 8. April 1925 für zutreffend halten, wonach zwei Drittel der Einwandernden schon bisher immer in Tel Awiw verblieben seien, jedenfalls ist klar, daß dieses Filter regelmäßig einen recht großen Bruchteil der nach Palästina Einwandernden zurückhält. Dennoch wird die Gefahr, die hierin für das Land liegt, wohl überschätzt. Auf die Dauer kann ja in größerem Umfang ein ganz unproduktiver Betrieb nicht bestehen bleiben. Jeder Spekulation, zum Beispiel in Häusern oder Terrains, wirkt die sofort beginnende Bautätigkeit und Erschließung anderer Gebiete entgegen, und nur so lange können die hohen Preise gehalten werden, als das Angebot weit unter der Nachfrage bleibt. Schon heute beginnt aber Haifa, das als Hafen weit größere Chancen hat als Jaffa, weil es an einer natürlichen geschützten Bucht liegt, Tel Awiw erfolgreiche Konkurrenz als Anziehungspunkt für einwandernde Kapitalisten zu machen. So wird es auf die Dauer nicht ausbleiben, daß viele von denen, die aus Gründen der Spekulation in Tel Awiw Häuser errichtet haben, sehen, daß sie auch im übertragenen Sinn "auf Sand gebaut" haben. Aber die Gebäude selbst bleiben ja stehen, und so ist der Produktionsaufgabe genügt, auch ohne die Absicht der Produzierenden. Das Kapital aber wird seine Aufgaben in Palästina erkennen lernen müssen; es sind nicht wenige. Ein Land mit so primitiven Produktionsformen und so unzulänglichen Produktionskräften wie Palästina kann sich nicht auf eine rein sozialistische Produktionsweise beschränken, wie es ein Land mit überreif gewordenem Kapitalismus könnte. Hier bleibt vorerst dem Privatkapital ein weites Feld der Betätigung. Kriterium aber und Ziel muß die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für möglichst viele Menschen sein. Noch gibt es sehr viele Möglichkeiten die Erzeugnisse und Bodenprodukte des Landes produktiv zu verwerten und durch Erzeugung hochwertiger Güter den Export und damit den Wohlstand des Landes zu steigern. Noch immer werden zahlreiche Stoffe, die ebensogut im Land erzeugt werden könnten, aus dem Ausland importiert, noch immer verderben viele Landesprodukte, weil sie im Land nicht verbraucht werden können, aber nicht in eine ausfuhrfähige Form gebracht worden sind. Hier muß sich das Privatkapital betätigen, und es wird sich als nützlicher Faktor dem wirtschaftlichen Organismus des Landes einordnen.

3) Siehe *Trietsch Palästinahandbuch* /Berlin 1922/ Seite 218.

Erstaunlich früh, wenn man nur den Maßstab der ökonomischen Entwicklungsstufe anlegt, aber getreu seiner eigenen Tradition und seinen geistigen Bedürfnissen hat das jüdische Volk sein neues Heim mit Stätten der Kunst und Wissenschaft geschmückt. Nicht von den Schulen soll hier gesprochen werden; es versteht sich bei einem Volk, in dem es seit 2 Jahrtausenden kaum Analphabeten gegeben hat, von selbst, daß es seine Kinder auch unter den schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen nicht ohne Unterricht aufwachsen läßt. Aber eben jetzt hat die feierliche Eröffnung der Hebräischen Universität in Jerusalem vor aller Welt bekundet, daß das jüdische Volk Pflicht zur Leistung ebenso für die geistige wie für die materielle Produktion anerkennt. Wenn auch, wie von einzelnen Blättern mit etwas hämischem Beiklang betont worden ist, der kleine Komplex von Instituten, der sich bis jetzt auf dem Skopus befindet, noch nicht als ganze Universität bezeichnet werden kann, so bildet er doch einen Grundstock, an den sich alles Weitere organisch angliedern wird. Vollkommen fertig und mit den besten Einrichtungen ausgestattet ist das Chemische Institut unter Leitung Fodors, dem man auch in weit höherem Maß, als es der breitem Öffentlichkeit bekannt ist, die planvolle Durchführung der gesamten Anlage dankt. Mit dem Chemischen Institut hängen die Abteilungen für Biochemie und Kolloidchemie zusammen, während das eben erst im Entstehen begriffene Institut für Mikrobiologie unter Leitung Felix' den Übergang zur Medizinischen Fakultät zu bilden berufen ist. Zum Physikalischen Institut ist der Grundstein gelegt. Ein Lehrstuhl für Mathematik wird voraussichtlich binnen kurzem besetzt werden. Zu arbeiten hat auch schon die Fakultät für die Wissenschaft des Judentums begonnen, wenn sie auch in Ermangelung eigener Räume bisher im Chemischen Institut zu Gast sein mußte. Auch für diese Disziplin sind Lehrer und Forscher von Ruf gewonnen. Das Technikum in Haifa und das Institut für Landbau und Bodenkultur unter Leitung Warburgs stehen in engem innern, wenn auch nicht in räumlichem Zusammenhang mit der Universität.

Bei der feierlichen Eröffnung der Universität am 1. April dieses Jahres haben viele Besucher wohl zum erstenmal gehört, wie die hebräische Sprache im Gesang klingt. Die Chöre aus Haydns Schöpfung erklangen in der Sprache ihrer ursprünglichen Texte. Noch mehr Erstaunen aber erregte es bei allen Teilnehmern aus den alten Ländern, als sie erfuhren und sich zum großen Teil selbst überzeugen konnten, daß auch große Opern in hebräischer Sprache aufgeführt werden. Der unermüdlichen organisatorischen Tätigkeit Golimkins ist es zu danken, daß im Lauf des letzten Winters schon mehrere Opern in Jerusalem und in Tel Awiw herausgebracht werden konnten. An Schauspielen wurde der auch in Berlin aufgeführte Beltschazar wiederholt mit großem Erfolg dargestellt.

Es hieße Wunder erwarten, wollte man annehmen, daß so verschiedene Prozesse des Werdens und Wachsens, wie sie das heutige Palästina charakterisieren, widerspruchslos und reibungslos neben einander verlaufen könnten, und das bei einem Volk, das kritisch zu denken und seine Kritik furchtlos zu äußern gewohnt ist. Es wurde schon erwähnt, daß die Art, wie Tel Awiw wächst, mit großen Bedenken angesehen wird, weil man davon eine Korruption des Wirtschaftslebens befürchtet. Aber auch die Gründung der Universität wurde nicht ohne Widerstand hingenommen. Es gab Kreise unter den Kolonisten, und sie bestanden nicht aus ihren schlechtesten Ele-

menten, die meinten, ein so junges Land mit so großen Schwierigkeiten von außen und von innen habe noch kein Recht seine Mittel auf derartige reine Kulturaufgaben zu verwenden. Seine einzige Aufgabe müsse sein und bleiben: Boden zu erwerben und Kolonisten auf ihm anzusiedeln. Nun befindet sich unter den Kolonisten eine große Anzahl von Akademikern, die Studium und Anwartschaft auf Beruf und gesellschaftliche Stellung hingegeben haben, um in Reih und Glied mit ihren Brüdern dem Land zu dienen und seine Wüsten in Fruchmland zu verwandeln. Vielleicht waren, wie immer, diese Apostel oder Renegaten die radikalsten Verfechter der Lehre von dem Luxuscharakter der Wissenschaft und ihrer Pflögestätten. Man muß dieser Auffassung aber eines entgegenhalten: Gewiß soll die Bearbeitung des Bodens nicht unterschätzt werden. Noch weniger darf sie etwa als Arbeit "mindern" Ranges den Angehörigen anderer Völker überlassen werden. Die unabweisliche Pflicht zur Produktion in allen ihren Zweigen verlangt, daß das jüdische Volk auch und in erster Reihe den Boden seines Landes in eigener Arbeit erschließt und zu höchstem Ertrag bringt. Aber dennoch stellt das nur eine unter vielen anderen Aufgaben dar. Daß sich der Jude auf diesem Gebiet bewährt, ist unabweisbares Postulat, und es ist nicht im mindesten zweifelhaft, daß ihm genügt werden wird. Durch die Ausführung der materiellen Urproduktion wird aber noch nicht die Pflicht zu geistigem Schaffen aufgehoben, zur Arbeit also auf dem Gebiet geistiger Produktion, auf dem gerade die Juden eine jahrtausendelange Bewährung und Schulung aufweisen können, weshalb man besondere Leistungen von ihnen verlangen und erwarten muß. Daher ist es, trotz allen Gegenwartssorgen der Kolonisation, richtig auch dieses Gebiet so bald wie möglich anzubauen.

Einwände ganz anderer Art richten sich aus der alten Heimat gegen das Gesamtproblem der Erschließung des Landes auf der Grundlage wirtschaftlicher Produktion. Ihre Quelle liegt, wie oben erwähnt, in dem Kreis frommer Juden, die in Palästina nur die Stätte des einstigen Heiligtums sehen, das wegen der Sünden des Volkes zerstört wurde und nur durch Gott selbst und seine Boten wiederhergestellt werden darf. Hier bildet ein Dogma die Grundlage der Anschauung, das nur innerhalb der Religionsgemeinschaft selbst Gegenstand der Diskussion sein kann. Die Lebensführung und Auffassung der Chaluzim in den Kolonien weicht allerdings in allen Fragen der Religion von dem, was im Judentum im Lauf seiner Entwicklung bis zur Gegenwart traditionelle Übung geworden ist, weit ab. Die weitere Zukunft wird zeigen, ob hier Ansätze zu einem neuen und vielleicht tiefern Verständnis alter Satzungen vorliegen. Streng durchgeführt ist überall in Stadt und Land die völlige Arbeitsruhe am Sabbat; aufgegeben aber ist die minutiöse Beobachtung aller der vielen Einzelvorschriften, die rabbinische Deutung aus dem Sabbatgebot abgeleitet hat. Martin Buber hat den Unterschied zwischen Religion und Religiosität dahin definiert, daß Religion die »Summe der Bräuche und Lehren, in denen sich die Religiosität einer bestimmten Epoche eines Volkstums ausgesprochen und ausgeformt hat,« ist, aber »Religiosität beginnt neu mit jedem jungen Menschen, den das Geheimnis erschüttert.«⁴

Seit rund 13 Jahrhunderten ist, mit kurzen Unterbrechungen zur Zeit der Kreuzzüge, Palästina im Besitz der Araber. Auch heute denkt niemand daran der ansässigen arabischen Bevölkerung ihr Eigentum streitig zu

4) Siehe Buber Vom Geist des Judentums /Leipzig 1916/ Seite 49 und folgende.

machen. Trotzdem bekämpfen die Araber mit Energie und Zähigkeit die jüdische Ansiedlung und sind vorläufig nicht davon zu überzeugen daß die Errichtung der jüdischen Heimstätte für sie keine Gefahr bedeutet. Es handelt sich heute nicht mehr um die Rechtsfrage: Der Völkerbund hat die Balfourdeklaration gebilligt und damit geltendes Recht geschaffen. Wenn und soweit man aber das Recht an ein Land diskutieren soll, kann es nicht aus dem bloßen Besitz abgeleitet werden. Recht kann immer nur in Gemeinschaft mit Pflicht existieren. Die Pflicht einem Land gegenüber besteht aber nicht darin wie Fafner auf dem Hort zu liegen und zu besitzen sondern zu schaffen und zu leisten, wie ja nach jüdischer Auffassung selbst der Garten Eden dem ersten Menschen nicht als Schlaraffenland gegeben wurde, sondern »um ihn zu bebauen und zu bewachen«. Die oberflächlichste Betrachtung Palästinas lehrt schon, was in diesen Jahrhunderten versäumt und damit gesündigt ist. Das arabische Volk ist nicht willens und darum auch nicht imstande gewesen seine Pflicht dem Land gegenüber zu tun. Es ist zwar ein orientalisches Volk, aber es hat die Entwicklung der technischen Kultur, die zur Intensivierung der Produktion befähigt, verschlafen. Aber auch ein europäisches Volk hätte nicht ohne weiteres die Eigenschaften, die Palästina zur Höchstleistung bringen könnten. Denn ihm fehlte eben die seelische Einstellung zum Land, jenes Heimatgefühl, das über alle Nöte und Schwierigkeiten hinweghelfen kann, die Liebe des Bauern zu seiner Erde, des Hirten zu jedem einzelnen Stück seiner Herde. Soll also Palästina nicht ein Gegenstand der Exploitation durch irgendeine europäische Macht werden, so ist allein das jüdische Volk, beseelt von tiefer Liebe zur alten Heimat und geschult durch seine schweren Lehrjahre in Europa, befähigt und damit auch berechtigt die Kultur Palästinas wieder in seine Hand zu nehmen und das Land seiner Leistung im Rahmen der allgemeinen Produktionsaufgabe der gesamten Menschheit zuzuführen. National sein heißt von seinem Volk das Höchste verlangen, was es für die Gesamtheit leisten kann. In diesem Sinn soll Palästina zu einer »nationalen Heimstätte für das jüdische Volk« werden, wie es in der Balfourdeklaration heißt. Ein solcher jüdischer Nationalismus steht keiner andern Nation im Weg. Er kann und wird auch neben dem Volk der Araber und in schöner Gemeinsamkeit mit ihm bestehen.

DAVID LUSCHNAT · DAS GOTTESBUCH

EIN Mann hat ein Buch in der Hand, das er durchblättern soll. Von außen ist kein Titel sichtbar. Aber er ahnt, daß sich Dinge von hoher Wichtigkeit seinem Blick erschließen werden, wenn er das Buch aufschlägt. Er klappt den Deckel um. Das Titelblatt ist weiß, ohne Schriftzeichen. Das 2. Blatt scheint etwas zu enthalten; als er aber genauer zusieht, ist auch dort nichts. Auf dem 3. Blatt zeigt sich beim Umblättern ein farbiges Bild. Kaum hat er jedoch seine Augen darauf gerichtet, ist es schon zerflossen. Er nimmt das 4. Blatt. Wieder zerrinnt ein Bild, ohne daß er erfassen kann, was es darstellte. Er sucht fieberhaft weiter. Mit jedem neuen Blatt werden die Bilder leuchtender und schöner, aber niemals vermag er auch nur die geringste Tatsächlichkeit zu erkennen. Wie schimmernder Nebel hebt es sich von den Blättern und schwebt auseinander.

Er blättert und blättert. Endlich, auf der vorletzten Seite, scheint es ihm, als ob 2 Augen ihn angesehen hätten. Auch an ein Lächeln glaubt er sich zu erinnern. Dann ist wieder nur das leere Blatt da.

Wie wunderbar schrecklich das war und wie schmerzhaft schön! Er fühlt noch den Blick der Augen, wie man ein Lied tief in sich fühlt, wenn der letzte Ton verklungen ist.

Er klappt das Buch zu. Das letzte Blatt aufzuschlagen versagt er sich. Er hat eine Scheu davor.

Nun geht er in den Garten hinaus, um Wind und Sonne zu fühlen. »Daß Gott so aussieht«, murmelt er kopfschüttelnd, »das hätte ich mir niemals träumen lassen. Oder vielleicht war Gott erst auf dem letzten Blatt? Ob ich wohl noch einmal nachsehe?«

RAPHAEL SELIGMANN · GEISTIGE VORBEREITUNG DES BOLSCHEWISMUS



UR Zeit des Zarismus konnte man sehr oft sowohl in der russischen publizistischen Literatur als auch in den Äußerungen und Kundgebungen der russischen Öffentlichkeit dem geflügelten Wort von einem zwiefachen Rußland begegnen, dem Rußland der "reaktionär" gerichteten autokratisch-bureaokratischen Gesellschaftsklassen und dem Rußland der "fortschrittlich" gesinnten Bevölkerungsschichten wie auch der breiten Volksmassen. So orientierend und mitunter auch zutreffend diese Gegenüberstellung politisch-gesellschaftlich sein mochte, so wenig kennzeichnete sie die russischen Verhältnisse der damaligen Zeit geistig und moralisch. Im Geistigen und Moralischen stand weder das reaktionäre autokratische Rußland dem russischen Volkstum so fern, noch das fortgeschrittene Rußland diesem Volkstum so nah, wie man es gemeiniglich in der russischen Publizistik darzustellen beliebte. Ein zwiefaches Rußland gab es wohl, aber nicht in dieser erwähnten Ebene. Vordrhand jedoch ein paar Bemerkungen literarischer Natur.

Jedem Kenner der russischen Literatur und ihrer Geschichte muß es auffallen, daß zwischen den markantesten Trägern des russischen Gedankens und dem sogenannten fortgeschrittenen Rußland in dessen überwiegender Mehrheit ein recht starker Antagonismus von jeher bestand. Bei aller Anerkennung, die das fortgeschrittene Rußland den Repräsentanten der russischen Geisteskultur äußerlich zollte und zu zollen nicht umhin konnte, wühlte doch in dessen Innern eine dumpfe Animosität ihnen gegenüber, die mitunter auch durchbrach. Ein paar Beispiele: Wissarion Bjelinskij schleuderte um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein beleidigendes Pamphlet gegen den genialen Nikolaj Gogol, anläßlich einer Schrift, die dieser an der Neige seiner Tage unter dem Titel Briefwechsel mit Freunden veröffentlicht hatte. Das Pamphlet verbreitet sich rasch unter allen fortschrittlich gesinnten Elementen der russischen Gesellschaft und findet lebhaften Anklang. Iwan Turgenjew wird von der gesamten fortschrittlich gerichteten Jugend mit scheelen Blicken angesehen und muß fortwährend auf harten Widerstand ihrerseits stoßen. Gerade die ausgereiftesten und herrlichsten Schöpfungen dieses lebenswürdigsten und feinsten aller russischen Dichter und Schrift-

steller: Neuland, Frühlingsfluten, Lied der triumphierenden Liebe, werden von der zeitgenössischen Kritik wegen nicht genügender Fortschrittlichkeit bemäkelt und verschrien. Der scharfblickende Verfasser des Oblomow, Iwan Gontscharow, stand während der ganzen Zeit seines literarischen Schaffens in üblem Ruf wegen seiner angeblich fortschrittsfeindlichen Gesinnung. Fjodor Dostojewskij und selbst Lew Tolstoj wurden als notorische Reaktionäre verfemt; speziell gegen Tolstoj richtete der unter der Jugend gefeierte russische Publizist Nikolaj Michajlowskij scharfe Angriffe. Auch der so beliebte Antonij Tschechow genoß kein rechtes Vertrauen. Dabei habe ich mit Absicht jene Reihe russischer Schriftsteller unerwähnt gelassen, die von dem gesamten fortgeschrittenen Rußland wie auf Kommando totgeschwiegen oder verunglimpft wurden, weil sie in der Tat eine gewisse Anlehnung an das autokratische Regime suchten und mitunter auch zur Schau trugen. Zu diesen gehörten der äußerst fruchtbare Romandichter Alexej Pissenskij, der bedeutende Novellist und Romandichter Nikolaj Ljesskow, der geistreiche Publizist Konstantin Leontjew und manche andere. Aus ähnlichem Grund ließ ich auch die sogenannten Slawophilen unerwähnt, weil sie sich nämlich in einen offensichtlichen Gegensatz zu gewissen fortschrittlichen Tendenzen der russischen Gesellschaft setzten, was die Gegnerschaft gegen sie zu rechtfertigen scheint. Diese Slawophilen brachten aus ihrer Mitte ganz hervorragende Persönlichkeiten hervor, wie die Gebrüder Aksakow, Konstantin und Iwan, den Dichter und Publizisten Alexej Chomjakow, den tiefgrabenden Kulturhistoriker Iwan Kirejewskij und andere, vielleicht minder bekannte, aber nicht minder bedeutende Schriftsteller und Gelehrte. Dies alles konnte natürlich nicht von ungefähr sein. In dem allen war System. Vom gesellschaftlich-politischen Gesichtspunkt aus ist ein derart beharrlicher Antagonismus zwischen den Vertretern der russischen Geistigkeit und dem fortschrittlich gesinnten Rußland lange nicht zu erklären. In vielen Fällen, wenn nicht in den meisten, war hier der Vorwurf einer fortschrittsfeindlichen Gesinnung die Frucht eines tiefen Mißverständnisses und einer parteimäßigen Borniertheit. Aber auch dort, wo er mehr oder weniger zutraf, mußte man sich doch schließlich fragen, was denn eigentlich den vornehmlich geistigen Menschen zu jener Zeit dazu bewegen mochte dem gesamten sogenannten fortschrittlichen Rußland den Rücken zu kehren. Die Neigung zum autokratischen Regime im alten Rußland war es gewiß nicht, wenigstens in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht. Unwillkürlich gelangen wir hier zu der Schlußfolgerung, daß in der geistigen Physiognomie dieses fortschrittlichen Rußlands etwas gewesen sein mußte, was tiefer veranlagte Naturen unangenehm berührte. Ein kurzer Blick auf dessen kulturellen Zustand seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts wird uns vielleicht zu einem nähern Verständnis dieser Situation verhelfen.

Die Epoche der sechziger Jahre, die als die Epoche der großen Reformen in Rußland bezeichnet wurde, hat viele tiefere Schichten der russischen Bevölkerung, die bisher abseits von der Landstraße westeuropäischer Zivilisation gestanden hatten, in einen recht engen Kontakt mit abendländischen Anschauungen und Gedankengängen gebracht. Es war dies die Epoche in der Geschichte des russischen Volkes, in der der Kapitalismus auf russischem Boden feste Wurzeln zu fassen anhebt. Die bisher patriarchalischen Verhältnisse fingen an in recht raschem Tempo einer modernen Lebensgestaltung Platz zu machen. Industrien wurden gegründet, Eisenbahnnetze an-

gelegt, es entfaltet sich ein recht lebhafter Warenaustausch mit dem Ausland, und die Bauernschaft wird in Bewegung gebracht; denn mit der Aufhebung der Leibeigenschaft und den neu geschaffenen Verdienstgelegenheiten in den Städten beginnt eine lebhaftere Wanderung vom Land nach der Stadt. Es versteht sich ohne weiteres, daß eine so tief greifende Revolutionierung der alten Lebensweise und des ganzen Habitus zu einer Annäherung an abendländische Lebensformen hin nicht ohne einschneidenden Einfluß auf Gemüt und Geist der Menschen bleiben konnte. Der Durchschnittsruße fängt sehr schnell an sich westeuropäische Denkgepflogenheiten und westeuropäische Geistesart anzueignen. Dabei erweist sich, daß er für eine gewisse Art abendländischer Ideen und Auffassungen hervorragend empfänglich ist, und zwar gerade für solche, die in besonders grellem Gegensatz zu seiner frühern Denk- und Lebensweise standen. Das lag in der Natur der Sache: Die mehr oder weniger radikale Revolutionierung der Lebensweise mußte auch zu einer mehr oder weniger radikalen Umgestaltung der ihr entsprechenden Denk- und Gefühlsweise führen. Dabei erhielten sich freilich auch viele gedankliche Residuen aus früheren Lebensperioden und einer frühern Lebensauffassung, um so mehr, als ähnliche Residuen aus der Vergangenheit auch die abendländischen Anschauungen noch stark durchsetzten und sich in ihnen recht energisch behaupteten. Derartige Überbleibsel mischten sich den neu übernommenen Vorstellungen bei, ohne sich jedoch mit ihnen zu einem einheitlichen Bild zu verweben; vielmehr ergab sich aus diesen beiden Vorstellungsreihen ein sehr verworrenes und widerspruchsvolles Gemenge. Es ist daher nicht leicht sich in dem Lebensbild des aufgeklärten Russen nach der Periode der sechziger Jahre zurechtzufinden. Es lassen sich jedoch aus diesem schillernden Bild einige charakteristische Punkte herausgreifen, die sich mit relativer Beharrlichkeit wiederfinden:

1. Es tritt deutlich die allgemeine Tendenz hervor alles, was irgendwie mit dem Innenleben zusammenhängt, von äußerlichen Faktoren und Agentien bedingen und bestimmen zu lassen. Das Seelenleben der Einzelperson wird durchweg von irgendwelchen äußeren Eindrücken abgeleitet; ihr geistiges und moralisches Leben, also der ganze Inbegriff ihrer Anschauungen, Neigungen, Anlagen, Triebe, Gewohnheiten und Gepflogenheiten, wird auf irgendwelche Einwirkungen des umgebenden gesellschaftlichen Milieus zurückgeführt. Das geistige und moralische Leben von Gesellschaften und Gemeinschaften, also der Inbegriff aller sozialen Beziehungen, Einrichtungen und Institutionen wiederum wird von Erscheinungen äußerer Natur, klimatischen, geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abgeleitet. Dabei wird vorausgesetzt, daß sich die Grenze zwischen "Äußerm" und "Innrem" genau angeben und fixieren läßt.
2. Es macht sich allgemein die Neigung bemerkbar in den dumpfen Trieben, Willensregungen, Instinkten und Bedürfnissen der Masse das Kriterium für das zu suchen, was als logisch wahr und moralisch gut gelten soll. Es wird allgemein angenommen, daß die Masse in ihren Bestrebungen und Ahnungen sich fast niemals irrt und fast immer das Richtige sieht. Zugleich und im selben Atem wird aber behauptet, daß diese Masse infolge von Unwissenheit und Aberglauben, falschen Vorstellungen, Vorspiegelungen und Deutungen zuweilen auch irregeleitet werden kann. Die Aufgabe der Intelligenz bestehe eben darin die Massen über deren eigene Interessen aufzuklären. Die Aufgabe des Künstlers, Schriftstellers, Denkers und geistigen Menschen über-

haupt konzentrierte sich darin den dumpfen Drang und die unklaren Tendenzen der Masse aufzuspüren und zu klarem Bewußtsein zu bringen. Wie es möglich sein soll, daß die unwissende, urteilslose Masse das Richtige erkennt, und daß der an sich unselbständige geistige Mensch als Lenker und Berater der Masse auftritt, auftreten darf und muß: über diesen krassen Widerspruch wird ruhig hinweggegangen. In engem Zusammenhang mit diesem Glaubenssatz steht folgender Punkt:

3. Es waltet allgemein ein förmlicher Kult des Lebens in dessen einfacher biologischer Bedeutung. Das "Leben" wird allgemein als höchstes Prinzip und unfehlbare Richtschnur für alles Denken, Wollen und Handeln, für alles Tun und Lassen proklamiert. Was lebensfähig ist, gilt als gut sowohl in moralischer wie geistig-intellektueller Hinsicht, was lebensunfähig ist, als schlecht in moralischer und geistig-intellektueller Hinsicht. Zugleich wiederum und in einem Atemzug brandmarkt man ausbeuterische Tendenzen, und man tadelt aufs entschiedenste "reaktionäre" Formen des gesellschaftlichen Lebens. Dieser schreiende Widerspruch, wie überhaupt die ganze Zumutung, die darin liegt, das völlig unbestimmte, allen Werturteilen gegenüber indifferente, rein biologisch aufgefaßte Leben als Richtschnur für menschliches Tun und Lassen zu nehmen: das alles wird übersehen oder ignoriert. In engem Konnex damit steht auch folgender Punkt:

4. Es wird allgemein angenommen und geglaubt, daß alles, was sich in seinem Dasein behauptet und durchsetzt, eo ipso als wertvoll, hingegen alles, was sich im Kampf ums Dasein nicht behaupten und durchsetzen kann, eo ipso als wertlos zu gelten habe. Bedeutend sind die Parteien, die den stärksten Einfluß haben und über die meisten Anhänger verfügen; ob sie Gerechtigkeit und Einsicht auf ihrer Seite haben, ist Nebensache. Daseinsberechtigt und wertvoll sind die Theorien, Systeme, Konzeptionen und Anschauungen, die die gegnerischen Theorien, Systeme usw., gleichviel durch welche Mittel oder Umstände, aus dem geistigen Kampfplatz verdrängt haben und verdrängen; ob sie auch richtig sind, ist Nebensache. Gut sind die Bücher, die von den meisten Menschen gelesen werden. Große Männer sind solche, die es zu "Berühmtheit" oder wenigstens zu "Bekanntheit" gebracht haben; auf welchem Weg dies erreicht worden ist, ob durch wirklich bedeutende Verdienste oder durch Schwindel und Reklame, ist gleichgültig. Zugleich wird wieder zugegeben, daß sich durch "Aufmachungen" große Erfolge erzielen lassen. Auch hier übergeht man den Widerspruch, der darin liegt.

Alle diese hier aufgezählten Denkelemente, die in ihrer Zusammenfassung und ihren logischen Konsequenzen eine nihilistisch gefärbte Lebensauffassung ergeben, galten innerhalb der überwiegenden Majorität der russischen "fortschrittlichen" Intelligenz im alten Rußland als feststehende Dogmen, an denen beileibe nicht gerüttelt werden dürfte. Von der eigentlichen Intelligenz übertrug sich dieser Glaube auf die große Masse der Halbgebildeten und Zivilisierten, aus der sich die sogenannte gebildete Gesellschaft zusammensetzte. Keiner von jenen Punkten war ursprünglich russisches Produkt, keiner entstand auf russischem Boden und innerhalb des russischen Volkstums, sondern alle wanderten aus dem westlichen Europa durch irgendwelche Kanäle nach Rußland hinüber und vereinten sich hier zu einem einzigen Strom. Ursprünglich russisch war hier nur der fanatische Glaube, mit dem diese ganze nihilistische Lebensanschauung aufgenommen wurde.

Einer besondern Popularität und Verbreitung erfreute sich der 3. Punkt dieses Programms. Die Verhimmelung des Lebens in dessen einfacher biologischer Bedeutung wuchs sich hier zu einer förmlichen Abgötterei aus. Jedermann aus den sogenannten fortschrittlichen Kreisen setzte seinen Stolz darein voll von Lebenslust und Lebensfreude zu erscheinen; Lebensgier und Lebensdurst galten als höchste Tugenden, Lebensverachtung als eines der verwerflichsten Laster. Kein noch so phlegmatischer Patron, der nicht vorgegeben hätte nach dem unmittelbaren Leben zu dürsten und dieses Leben bis zur Neige auskosten zu wollen; kein noch so liederlicher Laffe und Schwächling, der sich nicht gerühmt hätte von Lebenskraft zu strotzen; nur finde er leider keinen geeigneten Angriffspunkt für seine Kräfte, die sich, o Jammer, in Untätigkeit verzehren müssen. Optimismus bildete ein offizielles Merkmal der fortschrittlichen Gesinnung. Pessimistisch durfte man nur für die Gegenwart sein, die so unendlich viel zu wünschen übrigließ. Grundsätzlicher Pessimismus jedoch galt als Kennzeichen der Reaktion.

Darin ist nun der Ursprung des Mißverstehens zwischen dem sogenannten fortschrittlichen Rußland und den bedeutendsten und ursprünglichsten originellsten Repräsentanten der russischen Kultur seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu suchen. Zwischen dem ganz veräußerlichten und simplistischen Lebensbild des vermeintlich fortschrittlichen Rußlands und der innerlich vertieften Lebensauffassung jener großen Künstlernaturen, die die klassische Literatur Rußlands schufen, konnten unmöglich Sympathie und Verständigung walten. Hier war ein zwiefaches Rußland gegeben. Es gehört deshalb zu den schwersten Irrtümern des westlichen Europas in der klassischen russischen Dichtung irgendwie den literarischen Ausdruck für die geistige Physiognomie der fortschrittlichen russischen Intelligenz zu sehen. Diese klassische russische Dichtung wurde viel gelesen und kommentiert, aber nicht miterlebt und beherzigt. Bei weitem charakteristischer für die Physiognomie des fortschrittlichen Rußlands waren die periodische russische Literatur und die russische literarische Kritik. Hier wird auch die Stellung der fortschrittlichen russischen Intelligenz gegenüber dem geistigen Rußland deutlich, scharf gezeichnet. Tendenziöse Verflachung und, wo dies nicht anging, banale Polemik waren hier an der Tagesordnung.

Dies alles bereitete den geistigen Boden für den Bolschewismus vor.

Über den Bolschewismus wird in der europäischen Presse und Literatur seit geraumer Zeit nicht wenig gestritten. Hin und wieder wird dabei etwas Richtiges zutage gefördert, bei weitem häufiger jedoch Falsches und Verkehrtes. Der Grundfehler aller dieser abendländischen Beurteilungen des Bolschewismus liegt darin, daß sie ihn ausschließlich unter politischem und gesellschaftlichen Gesichtswinkel betrachtet wissen wollen, während die Bedeutung des Bolschewismus eher in moralisch-geistigen Zusammenhängen zu suchen ist. Der Bolschewismus ist der Hauptsache nach eine kulturologische Erscheinung oder, wenn man will, ein kulturologisches Problem. Er ist der Ausdruck einer Negation der seelischen und moralischen Werte, die sich die Menschheit im Lauf ihrer Entwicklung erworben hat. Das Schicksal wollte es, daß der Bolschewismus an sozialistische Losungen anknüpfte, da der abendländische Sozialismus kraft gewisser geschichtlicher Momente, in Reaktion auf einen schädlichen Scheinidealismus, sich dem Materialismus verschworen zu haben schien: Erbsünde und wundester Punkt des Sozialismus.

Nun schleudern von den kastellgleichen Klippen
 Felsraben ihre stolzen schwarzen Segel,
 Wildpferde wiehern und schütteln ihre Mähnen
 Und traben zur Weide zurück.
 Der Pirol beginnt zu zwitschern.
 Alle scheuen Dinge schauen atemlos
 Die dünnen weißen Röcke der Dämmerung,
 Der Tänzerin des Himmels,
 Die den rosenfarbigen Berg zierlich herabtrippelt
 Und ein goldenes Bassin leert.
 Ein Rotvogel, in Sonnenaufgang getaucht,
 Knallt von der Spitze einer Pappel
 Seine frohlockende Peitsche über eine silberne Welt.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Deutschland: Die erste Regierung der deutschen Republik, in der die Deutschnationalen vertreten sind, zeigt keine der positiven oder negativen Erstaunlichkeiten, die man einer solchen Regierung glaubte voraussagen zu müssen. Immerhin hat ihre Haltung einige Merkmale, die sie sehr stark von den bisherigen Kabinetten unterscheiden. Sie macht sich viel mehr als selbst die Regierung der Ermächtigungsgesetze praktisch vom Parlament frei; natürlich nicht in einer verfassungsrechtlich greifbaren Art sondern nur durch stärkere und weitergehende Ausnutzung ihrer Mehrheit. Das ist um so bemerkenswerter, als diese Mehrheit von der Teilnahme des Zentrums abhängig und dadurch jedenfalls weniger tragfähig ist als manche früheren, mit denen weniger erreicht worden ist. Völlig neu ist das politische und parlamentarische Tempo, in dem die Regierung nach allerdings sehr langen Vorarbeiten ihre großen wirtschaftspolitischen Gesetze durchbringt. Der Reichstag läßt sich von ihr sein Tagespensum ziemlich genau vorschreiben, und die Opposition betreibt die Pflichterfüllung ebenso eifrig wie die Regierungsmehrheit. Seine Stärke verdankt das Kabinett der Tatsache, daß es, gemessen an den früheren Erfahrungen, wenigstens in einigen Punkten die Aufgabe einer Regierung: zu führen, wirklich übernommen hat. Dabei kann in diesem Zusammenhang ununtersucht bleiben, welche außerparlamentarischen Kräfte auf die Regierung bestimmend einwirken. Die gesamte Verwaltung wird auf Grund

eines schon in den ersten Lesungen nur sehr unvollkommen geprüften, wiederum als Notetat angenommenen Haushalts geführt. Die Aufwertungs-, die Zoll- und die Steuergesetzgebung werden abgeschlossen. Damit sind die wichtigsten innenpolitischen Folgerungen wirtschaftlicher Art aus der Annahme des Dawesplans gezogen, und zwar nach den Wünschen derer, die heftig gegen diese Annahme agitiert haben, während die Sozialdemokraten, die sie sogar einer Volksabstimmung zu unterwerfen bereit gewesen wären und sie aufs stärkste betrieben haben, bei allen Versuchen die Wirkung dieser Außenpolitik zu regeln und ihre Lasten zu verteilen oder abzuwälzen sich in unproduktiver Opposition befinden.

Sozialdemokratie und Regierung

Der Reichskanzler Luther hat die Arbeitsperiode, die nach den rasch aufeinanderfolgenden Wahlen und Krisen mit der Reichspräsidentenwahl vom 26. April begonnen hat, am 29. April mit einer Rede vor dem Industrie- und Handeltag eingeleitet. Er entwickelte dabei ein Produktionsprogramm, weder sehr neu noch sehr eingehend, aber klar in seinem Ziel der Produktionsordnung und Produktionssteigerung. Die Absichten und Maßnahmen der Regierung sind weder innenpolitisch nach dem Schema Reaktion gegen Fortschritt, noch wirtschaftspolitisch nach dem Schema Konsumenten gegen Produzenten zu erledigen. Da sich die Opposition der größten Partei des Parlaments wesentlich an solche einfachen Formeln der Wahlagitiation gebunden fühlte, konnte sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Denn daß sie jetzt ausgeschaltet ist, liegt nicht nur an dem abgekürzten Verfahren, das die

Regierungsparteien in Nachahmung der Regierungsmethoden jetzt anwenden, indem sie an den Debatten nicht teilnehmen und die Opposition niederstimmen. Vielmehr fehlt für Kritik und Gegenvorschläge fast immer der feste Ausgangspunkt. Wenn der Sozialismus aus Bequemlichkeit mit freihändlerischen Argumenten arbeitet, wenn eine Partei, deren eigentliches Programm die schöpferischen Kräfte der Wirtschaft aufruft, ihre Anhänger nur als Güterverbraucher und nicht als Gütererzeuger zu behandeln wagt; dann muß sie ihre Helfer und Zeugen schließlich in den Reihen der einst geschmähten bürgerlichen Nationalökonomien suchen, obschon sich diese zu einem ganz andern Beweisthema vernommen glauben; dann muß sie sich in eine Opposition gegen alle Produktionspolitik hineinmanövrieren, wobei es schließlich den Anschein gewinnt, als sei sie grundsätzlich, wo sie taktisch sein will, und taktisch, wo es um Grundsätze geht. Es ist kein Zufall, daß die parlamentarischen Ereignisse diesen Eindruck verstärkt haben. Die beiden sichtbarsten und eindrucksvollsten Absagen bekam die Regierung Luther von den Sozialdemokraten in Gestalt eines Mißtrauensvotums bei der Beratung des Etats des Auswärtigen und der Verweigerung der Zustimmung zu den Sicherheitsverhandlungen. Beide Male nicht aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die Politik, die Stresemann, von England inspiriert, treibt (gegen sie kann die Sozialdemokratie nicht sein, da sie ja unter dem selben englischen Einfluß steht wie die gesamte deutsche Linke), sondern aus innenpolitischer Gegnerschaft.

Volksblock Als am wenigsten gebunden an Form und Inhalt seiner Wahlagitation hat sich unter den deutschen Parteien wieder das Zentrum erwiesen. Schon die Tagung des Reichsparteivorstands am 14. Mai bereitete bei rückblickender Würdigung der Zusammenarbeit im Volksblock die stärkere Annäherung an die Rechtsparteien vor, die sich seitdem wiederholt vollzogen und jedesmal den Abschluß gesetzgeberischer Kämpfe gebracht hat. Dieser Entwicklung gegenüber haben sich die Versuche den Volksblock in irgendeiner Form zu erhalten als völlig vergeblich herausgestellt. Weder die Zusammenfassung erheblicher Kräfte aus der Jugend der 3 Volksblockparteien im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold noch der Versuch des Republikanischen Reichsbunds die Republikaner in neuer Form

zusammenzufassen haben die Konstellation irgendwie beeinflußt. Die Gruppierung großer Parteien zu einer Art Zweiparteiensystem, die sich in den Reichspräsidentenwahlen angedeutet hatte, war die Folge einer bestimmten augenblicklichen Spannung, nicht der Ausdruck einer Entwicklungstendenz, was sich übrigens auch aus den bis zur Ununterscheidbarkeit einander angeglichenen Wahlprogrammen beider Gruppen erkennen ließ. Das Zentrum gegen jeden Schutzzoll festlegen zu wollen war ein aussichtsloses Unterfangen. (Daß man nun, da es naturgemäß mißlungen ist, von sozialdemokratischer Seite gegen das Zentrum loszieht, ist das Allerverkehrteste; die Situation ist wirklich nicht derart, daß man sich diese Partei vollends entfremden dürfte.) Auch die Sozialdemokratie hätte nicht intransigent antizöllnerisch sein dürfen, wenn schon aus keinem andern Grund, so zum mindesten deshalb, weil das Ziel einer kontinentaleuropäischen Zollunion, zu dem sie sich ja auch bekannt hat, doch nur durch differenzierende Zollpolitik zu erreichen ist. Jedenfalls ist nun nichts weiter erreicht worden, als daß der Zollkompromiß den Volksblock zerschlagen hat.

Aufwertung Es ist in diesen Monaten fortgesetzter parlamentarischer Kämpfe in Deutschland, die allerdings in einen Solokriegstanz der Opposition ausgeartet sind, nicht möglich über abgeschlossene Einzelheiten zu berichten. Zustande gekommen sind nur die Aufwertungsgesetze. Aber auch damit ist die verhängnisvolle Aufwertungsagitation, der fatale Rest des Inflationsbetrugs, nicht beendet. Denn schon rüsten sich die Verbände der Enttäuschten zum Volksentscheid. Wenn es auch in einem riesigen Wahlkörper wie Deutschland nicht gerade wahrscheinlich ist, daß die nötigen Mittel und die nötigen Massen aufgebracht werden, unmöglich ist es nicht. Damit ist neue Unsicherheit über alle gebracht. Bei Annahme der Aufwertungsgesetze haben die Völkischen durch ihren Antrag die Verkündung gemäß Artikel 72 der Reichsverfassung für 2 Monate auszusetzen einen solchen Volksentscheid schon vorbereitet. Denn ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid schon dann zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel (gegen sonst ein Zehntel) der Stimmberechtigten es beantragt. Dieser Erfolg ist auch nicht dadurch ver-

loren gegangen, daß der Reichstag die Gesetze für dringlich erklärt, und der Reichspräsident sie daraufhin sofort verkündet hat. Im Sinn des Artikels 73 der Reichsverfassung müssen immerhin noch fast 1½ Millionen Stimmberechtigte den Antrag auf Herbeiführung des Volksentscheids unterzeichnen.

Frankreich: Herriot hat bei Übernahme des Kammerpräsidiums am 23. April sich selbst einen Nachruf gehalten. Was er seinem Nachfolger als Programm des Linkskartells übergab, war zum Teil zugleich die Verlustliste seiner eigenen Regierungszeit. Denn viele Programmpunkte sind unerfüllt geblieben, die das Kabinett des Linkskartells im ersten Schwung wohl hätte erreichen können. Das Moment seiner Schwäche bildete die Außenpolitik, in der er sich erst allmählich von Illusionen über England freigemacht hat. Schließlich hat er aber doch den Boden für Briand bereitet, der nun, da er England seit Cannes kennt, eine konsequente Außenpolitik treiben kann. Bei der Beurteilung der Gesamtleistung Herriots muß man sich auch erinnern, daß schon im Kabinett Herriot die Sozialisten sich der unmittelbaren Beteiligung an der Regierung enthielten, ein Umstand, der zur Krise des Kabinetts Herriot beigetragen und jetzt die Verschiebung der Mehrheit für Painlevé bewirkt hat. Das neue Kabinett hat den großen Vorteil über seine innenpolitischen Schwierigkeiten mit außenpolitischen Erfolgen oder Notwendigkeiten hinwegkommen zu können. Der Notenwechsel zwischen England und Frankreich über den Sicherheitspakt zeigt die Stärke der französischen Stellung. Dieser Erfolg hat der französischen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung ihres Landes so viel Prestige gegeben, daß sich für ihre Gesamthaltung immer eine parlamentarische Mehrheit gebildet hat. Dazu kamen die nationalen Erfordernisse des Marokkokriegs, dessen Entstehung hier unberücksichtigt bleiben kann. Seine maßvolle Führung jedenfalls hat die Sozialisten zum Abwarten genötigt, die bürgerlichen Parteien aber gewonnen und so eine Regierungsmehrheit gesichert. Nur auf dem Hintergrund der außenpolitischen Verhältnisse ist die innenpolitische Lage zu verstehen. Denn ohne die Einwirkung jener wäre die Tatsache, daß das Linkskartell in der Abstimmung zerfallen ist, nicht ohne Einfluß auf die Zusammensetzung, ja auf den Bestand des Kabinetts Painlevé geblieben.

Am 3. Mai fanden Kommunalwahlen statt. Sie haben dem Linkskartell Erfolge, vor allem aber den Kommunisten und Nationalisten Mißerfolge gebracht. Am stärksten sind die Veränderungen in der Zusammensetzung der Verwaltungskörper im Elsaß, wo nun auch überall die Sozialisten eingezogen sind. Am 19. Juli wurden dann noch Generalratswahlen vorgenommen. Auch sie zeigten die gleiche Stimmung in der Wählerschaft.

Belgien: Am 5. April fanden in Belgien die Wahlen zur Kammer statt. Die Katholiken und Christlichen Demokraten erhielten 78 (1921 80) Mandate, die Sozialisten gleichfalls 78 (68), die Liberalen 23 (33), die Flämischen Nationalisten 6 (4), endlich die Kommunisten 2 Mandate. Die Sieger des Wahlkampfes waren danach ganz klar die Sozialisten. Infolgedessen wurde Vandervelde mit der Kabinettsbildung beauftragt. Er hatte keinen Erfolg. Nun begann eine Regierungskrise, wie sie langwieriger auch in Deutschland, das wegen parlamentarischer Kinderkrankheiten verschrien ist, nicht vorgekommen ist. Der Katholik Van de Vyvere nahm den Auftrag nicht an, da es ihm nicht gelang in seiner Partei die Zustimmung zum Zusammengehen mit den Sozialisten zu bekommen. Nun versuchte man es mit einem Kabinett der nationalen Einigung unter überparteilicher Führung; de Brocqueville, der vor dem Krieg und im Krieg Ministerpräsident gewesen war, erhielt den Auftrag. Aber die durch den Wahlkampf verschärften Gegensätze: zwischen Katholiken und Sozialisten, zwischen Liberalen und Katholiken, waren noch nicht zu überwinden. Nun nahm Van de Vyvere den Auftrag an. Aber sein Kabinett blieb bei der Programmklärung wegen der Haltung der Liberalen in der Minderheit. Dementsprechend erhielt nun der liberale Abgeordnete Max, Oberbürgermeister von Brüssel, den Auftrag; auch nur, um ihn zurückzugeben, nachdem er vergeblich versucht hatte eine Art Beamtenkabinett mit Parteideckung und begrenztem Programm zusammenzubringen. Nunmehr wurde der frühere Professor Prosper Poulet beauftragt. Da sich inzwischen die Parteien in den wochenlangen Verhandlungen einander wieder genähert hatten, gelang es ihm die demokratischen Elemente der Katholiken und die Sozialisten zusammenzubekommen und die Liberalen durch Aufnahme zweier Vertrauensmänner ins Kabinett zur Unterstützung zu gewinnen.

Seine wichtigsten Mitarbeiter sind die Sozialisten Vandervelde als Außenminister, Huysmans als Kultusminister, Wauters als Arbeitsminister und Anseele als Eisenbahnminister, die Klerikalen Janssen als Finanzminister, Tschoffen als Justizminister und Van de Vyvere als Landwirtschaftsminister. Den Grund der Schwierigkeiten bildeten eigentlich nicht die Stimmverhältnisse der Parteien, sondern das flämische Problem und die Zusammensetzung der Katholischen Partei, in deren Reihen eine ganze Anzahl streng konservativer Politiker die Zusammenarbeit mit den Sozialisten ablehnt, während ein starker linker Flügel sie begrüßt.

Serbisch-kroatische Einigung Es ist dem schweren Druck und seinem rechtzeitigen

Nachlassen, wie Paschitsch beides gegen die Kroaten angewandt hat, doch gelangen die Raditschpartei zur Zusammenarbeit mit den Radikalen bereit zu machen. Die selbständigen Demokraten sind dafür aus der Koalition ausgeschieden und wie die Slowenen zu einer schärferen Opposition getrieben worden. Aber die Regierung verfügt jetzt über eine starke Mehrheit, innerhalb deren sie die Kroaten weiter unter Druck halten kann. Der Inhalt der Vereinbarung, auf Grund derer nach langen Verhandlungen die Kroaten sich am 13. Juli zur Regierungskoalition mit den Radikalen bereit gefunden haben, ist im wesentlichen: volle Anerkennung der Staatsverfassung durch die Kroaten, Revision nur auf gesetzlichem Weg, aber Unantastbarkeit der Monarchie, Unteilbarkeit des Staatsgebiets und Einheit des jugoslawischen Staats. Das bisherige Kabinett Paschitsch demissionierte am 16. Juli. In der neuen Regierung blieb Paschitsch Ministerpräsident, Nintschitsch Außenminister, Stefan Raditsch' Neffe Paul trat als Minister für Agrarreform ein. Im ganzen erhielten die Kroaten von 16 Ministersitzen 4, dazu einige Staatssekretärposten. Die neue Regierung hat mit 201 von 315 Stimmen am 25. Juli das Vertrauen erhalten. Stefan Raditsch ist amnestiert worden, nachdem er zur Erleichterung der Verhandlungen schon vorher aus der Haft entlassen war. Die Partei der Kroaten ändert völlig ihr Verhalten, die Regierung völlig ihren Kurs. Man braucht sich bei den taktischen Finessen dieses Vorgangs nicht aufzuhalten. Dahinter steht die endliche Einigung der beiden wichtigsten Völker Jugoslawiens. Sie gibt diesem Staat neue Bedeutung für Europa.

Totenliste Am 5. Mai starb in Stockholm der Finanzminister und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei *Fredrik Wilhelm Thorsson*, im Alter von 60 Jahren. Er war einer der ersten sozialdemokratischen Abgeordneten im schwedischen Reichstag. Von Beruf Schuhmacher, hatte er sich in Finanzfragen so einzuarbeiten verstanden, daß er 1914 zum Mitglied des Direktoriums der Schwedischen Reichsbank gewählt wurde. 1917 und 1920 wurde er Finanzminister. Die Sozialdemokratie Schwedens verlor durch seinen Tod (doppelt schmerzlich so bald nach Brantings Ende) nicht nur den Parteivorsitzenden sondern auch den letzten bedeutenden Führer aus den Anfängen der Bewegung.

Am 11. Mai starb in Bukarest der frühere rumänische Ministerpräsident *Alexander Marghiloman*, 71 Jahre alt. Er hatte in Frankreich studiert, war von 1879 bis 1883 Staatsanwalt, wurde 1884 konservatives Mitglied der Abgeordnetenkammer, 1888 zum erstmalig Minister. Er suchte vergeblich die Neutralität Rumäniens zu erhalten. Nach dem Frieden von Bukarest war er während der deutschen Okkupation vom März bis zum November 1918 Ministerpräsident.

Am 18. Juni starb der Senator für den Staat Wisconsin *Robert Marion La Follette*, 60 Jahre alt. Er war der Sproß einer französischen Familie in Primrose. Seine politische Tätigkeit ging eigene Bahnen. Als leidenschaftlicher Anhänger der direkten Demokratie war er den bestehenden Parteien Amerikas gegenüber sehr kritisch, wenn er auch Mitglied der Republikanischen Partei blieb. Erst im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1924 führten ihn seine Gedanken über Neuorganisation der Parteien und mögliche Verfassungsänderungen dazu ein selbständiges Vorgehen zu versuchen. Er kandidierte außerhalb der Parteien. Er wollte keine eigene Partei gründen, aber er hoffte durch die Gunst der Verhältnisse Erfolg zu haben und dann im Sinn seines Plans für die Schaffung zweier großer Parteien, einer fortschrittlichen und einer konservativen, und ihre Reinigung von den Mängeln des bestehenden Systems wirken zu können.

Am 29. Juni starb auf seinem Gut Köfering *Hugo Graf Lerchenfeld*, früher stimmführender Bevollmächtigter Bayerns im Bundesrat, vom November 1884 bis zum November 1918 bayrischer Gesandter in Berlin. Er ist 82 Jahre alt geworden.

Am 26. Juni starb in Dayton *William Jennings Bryan*, 3mal: 1896, 1900, 1908, erfolgloser Präsidentschaftskandidat der Demokraten, unter Wilson Staatssekretär bis 1915, da er als Gegner des Krieges mit Deutschland zurücktrat, ein selten eigenwilliger, zäher, gesinnungsstarker Mann. Er wurde am 19. März 1860 in Salem /Illinois/ geboren, lebte als Advokat in Jacksonville. 1891 kam er in den Kongreß. Seit 1900 gab er in Lincoln /Nebraska/ seine Zeitschrift *Commoner* heraus. Sein Name gehört der Geschichte des Völkerrechts an; als überzeugter Pazifist schloß er etwa 30 Schiedsverträge ab, die unter dem Namen Bryanverträge für die Entwicklung des Schiedswesens wichtig geworden sind und noch auf die Fassung der Völkerbundsatzung eingewirkt haben. In den Auslassungen deutscher Blätter über den sogenannten Affenprozeß ist Bryan unrecht geschehen. Es ist kein schönes Zeichen, daß echter, wenn auch fanatischer Glaube nur Gespött findet. Was gegen Bryan vorgebracht worden ist, war meist abgestandene Aufklärung. Seine Kritiker haben für das, was sie zu wissen meinen und doch auch nur glauben können, weniger Kraft, dafür aber um so mehr Gründe konventioneller Bildung. Freilich machte der Mangel an Verständnis und Duldsamkeit bei Bryan es schwer ihm gerecht zu werden; er war vielleicht auch eine Ursache seiner politischen Mißerfolge.

Kurze Chronik In den *holländischen* Wahlen am 28. Juni erhielt die Katholische Staatspartei 30 (1922 33), die Antirevolutionäre Partei 13 (16), die Christlichhistorische Partei 11 (11), die Sozialdemokratie 24 (20), die Freisinnig-Demokratische Partei 7 (5), der Freiheitsbund 9 (10), der Bauernbund 1 (2), die Kommunistische Partei 1 (2) Sitze. Mit der Kabinettsbildung beauftragte die Königin den bisherigen Finanzminister H. Colijn. ◊ Das *griechische* Kabinett Michalakopoulos ist durch den General Pangalos am 25. Juni gestürzt worden. Der Militärputsch, dessen rascher und unblutiger Verlauf die in Griechenland vorhandene Übung für diese Art des Regierungswechsels erkennen läßt, war nicht etwa gegen den Bestand des Staates gerichtet. Er galt vielmehr dem wirksamen Schutz der Republik nach innen und außen, den das letzte Kabinett den Generalen nicht zu verbürgen schien. ◊ Die *Bevölkerung des Deutschen Reichs* beträgt nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 63,25 Millionen.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Fischer † Edmund Fischer ist tot. Der deutsche Sozialismus hat einen seiner tapfersten

Werkleute verloren. Stets war Fischer sich dessen bewußt, daß die Idee wenig ist, wenn ihr die Tat nicht folgt. Immer wieder schärfte er den Genossen ein, daß heute und in jedem Augenblick die Zeit für den Sozialismus da ist oder aber nie kommen wird.

Über den äußern Verlauf seines Lebens werden hier in der Rundschau Sozialistische Bewegung (in diesem Band Seite 498) die notwendigen Angaben gemacht. Fischer war seinem innersten Wesen nach Evolutionist und Revisionist, aufs engste verwachsen mit den Sozialistischen Monatsheften. Besonders wichtig waren ihm daher alle Ansätze zum Sozialismus innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft. So war es natürlich, daß er nach dem Tod unseres unvergessenen Wilhelm Schröder die Bearbeitung der Rundschau Staatssozialismus hier übernahm. Er hat sie 8 Jahre hindurch, von 1914 bis 1922, durchgeführt. Die publizistische Durcharbeitung dieses Gebiets machte ihn dann für die Praxis der Sozialisierung besonders geeignet, als sich nach dem Novemberumsturz des Jahres 1918 Möglichkeiten für sie ergaben. Er wurde in die Nationalversammlung gewählt, legte aber sein Mandat nieder, als er in den sächsischen Staatsdienst berufen wurde. Ursprünglich bearbeitete er im Ministerium des Innern Fragen der Gemeindeverfassung; dann kam er in die Landesstelle für Gemeinwirtschaft, deren Leitung er Ende 1922 als Nachfolger Max Schippels übernahm. Seine Arbeit an dieser Stelle, der er sich mit voller Hingabe widmete, gilt es hier zu würdigen. Was von Fischer hier geleistet worden ist, wird einem deutlich, wenn man seine Arbeit Die Entwicklung der Gemeinwirtschaft in Sachsen /Dresden, Zahn & Jaensch/ aus dem Jahr 1920 (die Schlußseiten dieser Schrift betrachtete Fischer stets als sein Programm) mit dem von ihm verfaßten Jahresbericht der Landesstelle für Gemeinwirtschaft 1924 vergleicht. Man hat erreicht, daß die Gemeinwirtschaft in Sachsen ein Ausmaß annahm wie in keinem andern deutschen Land. Der Landesstelle ist es zu danken, daß es heute in Sachsen kein privates Elektrizitätswerk mehr gibt, daß in keinem Land die unentgeltliche Totenbestattung einen so großen Umfang erreicht hat wie in Sachsen, daß der sächsische Staat

als erster der Erde an der Gasversorgung des Landes führend beteiligt ist. Auch das öffentliche Bankwesen nimmt in Sachsen immer mehr den Charakter einer modernen Allmende an. Die Wohnungsbeschaffung untersteht der öffentlichen Wirtschaft; die Kommunalisierung des Hebammenwesens und die Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe beginnen sich herauszubilden. An allen diesen Erfolgen hatte die Landesstelle für Gemeinwirtschaft hervorragenden Anteil. Fischer hatte der sächsischen Regierung eine Denkschrift über den Ausbau der Gasversorgung in der Zukunft überreicht. In einer weitem Denkschrift beschäftigte er sich mit der Regelung der Milchversorgung auf hygienisch-gemeinwirtschaftlicher Basis. Im 7. Heft der von Max Schippel geleiteten Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft /Dresden, Zahn & Jaensch/ befaßt sich Edmund Fischer mit der Sozialisierung der Wasserwirtschaft in Sachsen, im 12. Heft mit der Sozialisierung des Wohnwesens und der Baustoffproduktion. Eine reiche Fundgrube für Theorie und Praxis der Gemeinwirtschaft stellt schließlich das Hauptwerk Fischers *Das sozialistische Werden /Leipzig, Veit & Co./* dar. Der Wille der jungen Generation, der zur Tat und Erfüllung drängt, nicht auf neue Barrikadenkämpfe wartet, ist in Edmund Fischers *Leben und Werk* zu wirklicher Gestaltung gelangt.

Deutschland: Zu den reichseigenen Unternehmungen, die den Privatindustriellen mißfielen, gehörten vor allem auch die *Deutschen Werke*. Vom März bis zum Mai dieses Jahres standen sie im Mittelpunkt heftiger Interessenkämpfe. Die im Jahr 1919 errichteten Deutschen Werke übernahmen die 14 großen Militärwerkstätten aus dem Besitz der ehemaligen Militärverwaltung (Spandau, Haselhorst, Kiel, Friedrichsort, München, Amberg, Ingolstadt, Dachau, Kassel, Rüstingen, Lippstadt, Hanau, Erfurt und Siegburg) und hatten die schwierige Aufgabe diese Werke auf Friedensproduktion umzustellen. Sie wurden also aus einer Zwangslage heraus gegründet. Wenn man überlegt, was es bedeutet in Fabriken, die für die Herstellung von Kanonen oder Granaten eingerichtet waren, Motoren, Automobile, Spinnereimaschinen usw. zu bauen, und wenn man berücksichtigt, daß den Deutschen Werken keinerlei Organisationen für den Absatz zur Verfügung standen, wird man sich

nicht wundern, daß sie von Anfang an mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. 4 Werke (Dachau, Rüstingen, Kassel, Lippstadt) mußten stillgelegt werden, das Erfurter Werk wurde in eine Gesellschaft eingebracht, München schränkte seinen Betrieb erheblich ein. Die Werke in Ingolstadt, Siegburg, Amberg, Hanau und vor allem in Haselhorst (Motorräder) haben sich dagegen gut rentiert. Die Kieler Werfbetriebe gerieten in Not, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiter nicht wundernehmen kann. Kurz, die Deutschen Werke würden, wenn alle Betriebe rentabel werden sollten, 50 Millionen Mark neues Kapital brauchen. Daraufhin unternahm die Privatindustrie einen heftigen Sturm gegen sie. Sie forderte, daß sie privatisiert würden, und zwar aus rein industriepolitischen Gründen. Die Betriebsmittelnöte bei den Werken war nicht so groß, daß sie ihre Zerschlagung gerechtfertigt hätte. Man hinderte aber das Reich ihnen die 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Inzwischen ist es zu einer Umgründung gekommen. Die bayrischen Betriebe wurden in selbständige Gesellschaften, unter Beteiligung des bayrischen Staates, umgewandelt, die Kraffradfabrikation der Deutschen Werke in ein eigenes Unternehmen, Deutsche Kraftfahrzeuge, eingebracht. Diese Aktiengesellschaft übernahm sämtliche Geschäfte, die bisher das Werk Haselhorst in Spandau geführt hatte. Das Aktienkapital bleibt in den Händen des Reiches, ebenso die Werkanlagen, die an die neue Gesellschaft nur verpachtet werden. Aber die Privatinteressenten haben doch erreicht, was sie erreichen wollten: Der geplante Serienbau billiger Kleinautomobile kann aus Mangel an Kapital vorläufig nicht aufgenommen werden. So wie die Dinge jetzt liegen, kann an die Verbilligung und Erweiterung der Automobilproduktion, das Ziel der Deutschen Werke, nicht herangegangen werden. Wurden die Werke auch vor einer Auslieferung an die Privatwirtschaft bewahrt, so sind sie leider doch organisatorisch zerschlagen worden. Die Dachgesellschaft für die Unternehmen, die sich im Besitz des Reiches befinden, stellt die Aktiengesellschaft *Vereinigte Industrieunternehmungen* (in der seit einigen Jahren grassierenden, wegen der zunehmenden Undeutlichkeit sich hoffentlich bald totlaufenden Abkürzungsmanie *Viag* genannt) dar. Sie wurde 1923 errichtet. Die Deutschen Werke bilden nur einen, allerdings

wichtigen Teil von ihr. In ihrer Goldbilanz wird das Aktienkapital der Deutschen Werke mit 28 Millionen aufgeführt, während die übrigen Reichswerke ein Aktienkapital von 260 Millionen verkörpern. Davon sind 200 Millionen im Besitz der Vereinigten Industrieunternehmungen, das heißt des Deutschen Reichs. Unter den dazugehörigen Unternehmungen befinden sich die Reichskreditgesellschaft (60 Millionen Mark Aktienkapital), eine Anzahl großer elektrowirtschaftlicher Betriebe, vor allem die Aktiengesellschaft Elektrowerke mit 60 Millionen Mark Goldkapital, die ganz dem Reich gehört. Erst kürzlich haben die Elektrowerke eine 3. Hochspannungsleitung nach Berlin gelegt. Die Obligationen, die sie aus Anlaß einer vor kurzem aufgenommenen amerikanischen Anleihe von 5 Millionen Dollars ausgegeben haben, stehen heute höher im Kurs als zur Zeit ihrer Emission, während es bei den Anleiheobligationen der Privatindustrie umgekehrt steht. Ein Zeichen, daß diese in der Tat sehr rentabel arbeitenden Werke sich auch der Wertschätzung des Auslands erfreuen. Ebenso befriedigt der Geschäftsgang der in den Vereinigten Industrieunternehmungen zusammengefaßten Aluminiumindustriebetriebe, die die deutsche Aluminiumindustrie monopolartig beherrschen. Das gleiche gilt für die Stickstoffwerke. Sie stützen sich hauptsächlich auf die Ausnutzung der billigen Wasserkräfte. Das Goldkapital der Aluminiumwerke wurde mit 34, das der Stickstoffwerke mit 38 Millionen Mark in die Bilanz eingestellt.

Zu den Reichsbetrieben, die der Privatindustrie zum Opfer fielen, gehört auch die *Deutsche Margarinefabrik*. Die für das Werk erforderliche Zuluße von 30 000 Mark pro Monat ist nicht bewilligt worden. Damit ist es den 2 Großkonzernen der Margarineindustrie, die augenblicklich um das Preismonopol auf dem deutschen Markt kämpfen, gelungen einen gefährlichen Außenseiter aus dem Weg zu räumen.

Deutsche Reichsbahn

Ende März dieses Jahres veröffentlichte die Reichsbahn Zahlen, die interessante Aufschlüsse darüber geben, wie sich ihre Rentabilität seit der Umstellung gestaltet hat, die auf Grund des Dawesplanes bei ihr vorgenommen worden ist. Die Entwicklung entsprach bisher tatsächlich den Schätzungen der Eisenbahnverwaltung für das laufende Betriebsjahr, das 15 Monate umfaßt

(vom 1. Oktober 1924 ab). Sie rechnete mit 5,4 Milliarden Betriebseinnahmen und 4,4 Milliarden Betriebsausgaben. Wenn man bedenkt, daß die Einnahmen vor dem Krieg in 12 Monaten nicht voll 3 Milliarden Mark betragen, so ist heute eine enorme Steigerung zu konstatieren. Die Ausgaben sind aber gegenüber der Vorkriegszeit in noch höherem Maß gewachsen. Um mehr als das Doppelte sind heute die persönlichen Ausgaben gestiegen. Während sie vor dem Krieg 1,05 Milliarden ausmachten, betragen sie jetzt 2,3 Milliarden. Pro Kopf (770 000 Angestellte gegenüber 690 000 vor dem Krieg) beträgt die Steigerung allerdings nur etwas über 50%. Der Grund für diese Erhöhung der persönlichen Ausgaben liegt vor allem darin, daß der Reichsbahnetat heute große Pensionslasten, insbesondere auch durch den Beamtenabbau, zu tragen hat. Diese Verhältnisse haben in den letzten Monaten zu erregten Angriffen gegen die Reichsbahngesellschaft geführt. Man verstieg sich dabei zu der Behauptung, das Reich sei zur Bewirtschaftung eines so großen Unternehmens überhaupt nicht geeignet. Natürlich handelt es sich auch hier hauptsächlich um einen Kampf des Privatkapitals gegen die öffentlichen Unternehmungen. Doch darf dieser Umstand den Sozialisten nicht veranlassen sich der sachlichen Prüfung der Vorwürfe zu entziehen. Die Steigerung der persönlichen Ausgaben zeigt in der Tat, daß der staatliche Betrieb nicht durchweg oder vorwiegend durch das Produktionspostulat bestimmt wird. Hier muß man gründlich Wandel schaffen, will man nicht der Gegnerschaft gegen den Staatsozialismus den Schein der Berechtigung verschaffen oder lassen.

Sachsen

Im Zusammenhang mit dem Kohlenabbauplan des sächsischen Staates soll jetzt auch der bei Leipzig gelegene Harthwald in ein Kohlenfeld verwandelt werden. Die Leipziger Bevölkerung, das heißt der Leipziger Bürgerbund und die ihm nahestehenden privatkapitalistischen Kreise, wenden sich mit allen Mitteln gegen den geplanten Harthabbau, während der demokratische Finanzminister Peter Reinhold entschieden für ihn ist. Dieser Kampf zwischen Reinhold und der Stadt Leipzig um die Harth stellt einen Kampf zwischen Staats- und Privatwirtschaft dar, so sehr Leipzig auch versichert lediglich die sozialen Interessen der Großstadt vertreten zu wollen. Die Angelegenheit lenkt

den Blick auf die staatssozialistische Betätigung Sachsens, deren fortwährende Erweiterung der Privatindustrie immer größere Sorge bereitet. In Sachsens staatswirtschaftliche Unternehmungen fällt vor allem die Kraftversorgung. Im Osten und Westen des Landes besitzt der Staat riesige Braunkohlenfelder. Er hat eine Anzahl von Kraftwerken erworben und neu geschaffen. Darüber hinaus existieren staatliche Kraftverkehrs- und Industriebetriebsgesellschaften, die sowohl das Speditionsgewerbe betreiben als auch den Verschleiß von Automobilen in die Hand genommen haben. Ferner gibt es auch ein staatliches Kohlenhandelsgeschäft (Handels- und Kohlenvertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung) und ein gewisses Installationsgeschäft. In der im Frühjahr 1924 auf Grund eines Landesgesetzes gegründeten Aktiengesellschaft Sächsische Werke ist der ganze staatliche Besitz an Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen zusammengefaßt: die gesamten staatlichen Elektrizitätswerke, das staatliche Steinkohlenwerk in Zauckerode und die staatlichen Braunkohlenwerke in Hirschfelde und Böhlen. Eine große Anzahl privater Unternehmungen steht ferner mehr oder weniger stark unter dem Einfluß der Sächsischen Werke. An der Aktiengesellschaft Elektra in Dresden sind die Sächsischen Werke mit 79,93 % beteiligt. Unter dem Einfluß beider Gesellschaften stehen die Kraftwerke Westsachsen in Zwickau, die Sächsische Elektrizitätslieferungsaktiengesellschaft in Crimmitschau, die Landkraftwerke Leipzig in Kolkwitz und die Elektrizitätswerkbetriebsgesellschaft in Riesa. Die Elektra ist endlich an 12 weiteren Unternehmungen beteiligt, unter andern an dem Kraftwerk Freital, an der Gasversorgung Mittelsachsen, an der Sächsischen Elektrizitätswerk- und Straßenbahngesellschaft in Plauen und an der Geraer Elektrizitäts- und Straßenbahngesellschaft in Gera. Von der staatlichen Verkehrsverwaltung werden 26 Unternehmungen kontrolliert, die sich vorwiegend im Kraftverkehr, im Luftverkehr, in der Erdölgewinnung und auch im Automobilverkauf betätigen. Im ganzen umfaßt die sächsische Staatswirtschaft also 43 Unternehmungen. Es steht zu hoffen, daß sie sich weiter kräftvoll entwickelt, und alle Angriffe der Privatindustrie abgewiesen werden. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen den Finanzminister Reinhold wurde am 2. Juli dieses Jahres ab-

gelehnt. Reinhold bestritt in seiner Rechtfertigungsrede nicht, daß es Grenzgebiete gäbe, wo sich Staat und Privatwirtschaft konkurrierend treffen, wies andererseits aber auf den Nutzen hin, den die Privatwirtschaft durch die Staatsaufträge hätte, die im Lauf dieses Jahres allein 40 bis 60 Millionen Mark ausmachten. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Staatswirtschaft auf Kosten der Steuerzahler gehe, wies er auf die Tatsache hin, daß der Staat aus seinenwerbenden Unternehmungen (allerdings einschließlich der Forsten) bereits 21 Millionen Mark Gewinn erzielt und dadurch Steuererhöhungen verhindert habe. Zu bemerken ist noch, daß die Sächsischen Werke einen amerikanischen Kredit von 60 Millionen Mark aufgenommen und sich damit eine erhebliche Zinslast aufgebürdet haben.

Arbeiterbank Die am 31. Mai 1924 von den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften gegründete Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten gab ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1924 heraus. Es ist verfrüht auf Grund dieses ersten Berichts die Finanzpolitik dieser jungen Bank einer Kritik zu unterziehen. Die Tatsache, daß sie sich im ersten Entwicklungsstadium befindet und als öffentliche Institution unter der Gesundungskrise, die im Gefolge der Inflation auftrat, besonders heftig zu leiden hatte, nötigte die Bank sich vorwiegend in den Dienst der privatkapitalistischen Wirtschaft zu stellen. Aus ihrer Bilanz ersieht man, daß sie am 31. Dezember 1924 zirka 9,42 Millionen Goldmark, die ihr im wesentlichen von den Gewerkschaften übergeben worden waren, zur Bewirtschaftung besaß. Davon standen 3,94 Millionen in laufender Rechnung, während rund 5,48 Millionen Kapital war. 5 Millionen flossen als Nostroguthaben den privatkapitalistischen Banken zu, 4,5 Millionen wurden als kurzfristige Kredite an Privatkapitalisten wie auch an Konsumgenossenschaften, soziale Bau- und Siedelungsgenossenschaften, Kommunalverbände, soziale Versicherungsanstalten und dergleichen ausgeliehen. Leider erfährt man aus dem Vorstandsbericht nicht, in welchem Prozentsatz privatkapitalistische, in welchem soziale Unternehmungen der genannten Art an diesem Leihkapital beteiligt waren, woraus

allein man einen bündigen Schluß auf die Kapital- und Finanzpolitik der Bank hätte ziehen können. Es wird nur mitgeteilt, daß die Verwaltung ihre Hauptaufgabe darin sieht das von der Arbeiterschaft zusammengetragene Geld den sozialen Interessen der gleichen Bevölkerungsschicht zugute kommen zu lassen. Es bleibt abzuwarten, wie sich 1925 die Kapitalpolitik unserer jungen Arbeiterbank gestalten wird. Zur Skepsis liegt vorerst kein Grund vor. Um so weniger, als sich die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1924 im Anteil der Handlungsunkosten an dem Generalertrag sehr wesentlich von den einer privatkapitalistischen Bank unterscheidet. Während im allgemeinen bei den privatkapitalistischen Großbanken 80 % des Generalertrags von den Handlungsunkosten aufgesogen werden, wurden bei der Arbeiterbank nur etwa 40 % des Generalertrags von den Handlungsunkosten verschlungen.

Hoffen wir, daß die Berliner Arbeiterbank sich bewußt völlig in den Dienst der gemeinwirtschaftlichen Produktionspolitik stellt. Die von den österreichischen Arbeiterorganisationen gegründete Arbeiterbank hat gezeigt, was mobilisiertes Arbeiterkapital leisten kann.

Tagungen

Am 15. und 16. Mai fand in München der 5. *Deutsche Bauhütten* tag statt.

Über die Entwicklung des Verbandes Sozialer Baubetriebe gab der frühere preußische Finanzminister Hermann Lüdemann folgendes an: Im Geschäftsjahr 1924 hatte der Verband 181 Betriebe mit 21 000 Arbeitern und Angestellten, 3 Millionen Goldmark Eigenkapital, 2 Millionen Stammkapital, 8 Millionen fremdes Kapital, 11 Millionen Anlage- und Umlaufsmittel, 36 Millionen Gesamtumsatz. 80 % des Umsatzes fällt auf den Kleinwohnungsbau. Der Verband Sozialer Baubetriebe wurde am 16. September 1920 gegründet. Seit ihrem Bestehen haben die Bauhütten insgesamt 52 000 Wohnungen hergestellt. Der Verband hat sich 41 eigene Baustoffbetriebe (Zementfabriken, Ziegeleien, Sägewerke, Steinbrüche usw.) angegliedert. Außerdem besitzt er 150 Spezialnebenbetriebe (Tischlereien usw.).

Anfang Juli fand in Wiesbaden die diesjährige Hauptversammlung des *Verbandes deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten* statt. Besonders breiten Raum nahm in den Verhandlungen das Projekt der Deutschen Rentenbankkreditanstalt ein, deren Gründung bekanntlich

Mitte Juli beschlossen wurde. Die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten fordern Einfluß auf das Geschäftsgebahren der Rentenbankkreditanstalt und bei der Verteilung der Kredite eine Bevorzugung derjenigen öffentlich-rechtlichen gemeinnützigen Kreditanstalten, zu deren Aufgaben die Gewährung landwirtschaftlichen Kredits gehört.

Kurze Chronik Der Steuerausschuß des deutschen Reichstags beschäftigte sich am 10. Juni

mit der Frage der *Besteuerung der öffentlichen Betriebe*. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Steuerfreiheit für sämtliche öffentliche Unternehmungen forderte, wurde abgelehnt. Es bleibt also bei dem Grundsatz, der in § 2 des Gesetzentwurfs zur Körperschaftssteuer festgelegt ist: Steuerpflicht der öffentlichen Betriebe mit Ausnahme der sogenannten Versorgungsbetriebe (Gas, Strom, Wasser) sowie der Unternehmungen für gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke. \diamond In *Frankreich* wird eine systematische Ausnutzung der vielen bis jetzt ungenutzten Wasserkräfte, vornehmlich Südfrankreichs, vorbereitet. Hauptsächlich soll dadurch der französischen Landwirtschaft eine billigere und zugleich intensivere Bodenbewirtschaftung ermöglicht werden. Von der starken Kohleneinfuhr hofft Frankreich sich dann allmählich zu einem großen Teil freimachen zu können; eine Tendenz, der größte Beachtung zukommt. \diamond Die öffentlichen Betriebe spielen auch in der *Schweiz* eine immer größere Rolle. Fast alle Elektrizitätsunternehmungen der Kantone sind in Aktiengesellschaften umgewandelt worden, hinter denen aber nicht das Privatkapital sondern Staatseigentum steckt. Es hat sich erwiesen, daß die öffentlichen Elektrizitätsgesellschaften besser und billiger elektrische Energie liefern können als die früheren privaten Betriebe. Trotzdem haben sie erhebliche Überschüsse abgeworfen. \diamond Die staatlichen Kraftwerke *Schwedens* haben auch in diesem Jahr, wie in den vorhergehenden, einen beträchtlichen Überschuß, nämlich von 10,9 Millionen Kronen, erzielen können. Die Einnahmen betragen 20,21, die Ausgaben 9,31 Millionen Kronen. \diamond Der Reichsbahndirektionspräsident *Julius Dorpmüller* ist zum Direktor der Deutschen Reichsbahngesellschaft und zum Ständigen Stellvertreter des Generaldirektors Oeser ernannt worden. Dorpmüller baute im Dienst der chinesischen Regierung 1908 die Staatsbahn Tientsien-Pukow.

Literatur In seiner Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung /Bonn, Kurt Schroeder/ behandelt *Hans Ritschl* das Wesen der Staatswirtschaft, um dann eine Theorie der Besteuerung zu entwickeln. Das Ziel der Staatswirtschaft liegt für ihn in dem Grundsatz der wirtschaftlich verhältnismäßigen Deckung von Gesamtheits- und Individualbedürfnissen: beschlossen. Daraus ergibt sich ihm für die heutige Wirtschaft »der Grundsatz der wirtschaftlich verhältnismäßigen Kürzung der den Individualitätsbedürfnissen gegenüberstehenden Mittelbestände zugunsten wichtigerer Gesamtheitsbedürfnisse durch die Steuer«. Nicht in der Gerechtigkeit sondern in der Wirtschaftlichkeit sieht Ritschl das gestaltende Prinzip der Besteuerung. »Die wirtschaftliche Steuer ist so weit und so lange gerecht, wie diese Ordnung als gerecht erscheint. Auf keinen Fall kann sie eine Gerechtigkeit herbeiführen, die der unterlagerten Volkswirtschaft fehlt, denn sie ist durch diese Wirtschaftsordnung bedingt und in ihrer Ausgestaltbarkeit durch sie begrenzt.« Das Buch, das in einem schönen und strengen Stil geschrieben ist, stellt zweifellos eine bedeutende Erscheinung auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft dar. ◊ Das Buch *Franz Meisels* Britische und deutsche Einkommensteuer, ihre Moral und ihre Technik /Tübingen, J. C. B. Mohr/ untersucht die englische und die deutsche Einkommensteuer daraufhin, wie die verschiedene Technik in beiden Ländern die Steuermoral hebt oder verringert. Sein Ziel ist die Entwicklung der wahren Einkommensteuer zu fördern. Nach seinen vergleichenden Untersuchungen, die leider zum Teil aus abgeleiteten Quellen schöpfen, kommt Meisel zu folgenden Forderungen für die Ausgestaltung der deutschen Einkommensteuer: Man solle an den deutschen Prinzipien, an dem mitteleuropäischen Einkommensteuertypus festhalten, der sich in der Logik seines Aufbaus bewährt hat. Die hohen Erträge der englischen Einkommensteuer erklären sich nach Meisel weniger aus dem englischen Quellenprinzip (im Gegensatz zum Empfängerprinzip in Deutschland), als daraus, daß die britischen Steuerbehörden von geschäftsmäßigen, die Deutschen von rein formaljuristischen Grundsätzen ausgehen. In Deutschland sollte deshalb der Typus des englischen Steuerbeamten ausgebildet werden, der den Wirtschaftszweig genau kennt, für den er die Steuern einzuziehen hat, und

geschäftliches Verständnis besitzt. Meisel ist prinzipiell gegen den Steuerabzug an der Quelle, da er der wahren Verkehrsfreiheit widerspreche. »Ob der Lohnsteuerabzug aufrecht bleiben soll, erscheint mir als administrativ-technischer Punkt nur dann wünschenswert, wenn die Erfahrung gelehrt hat, daß mit ihm die Steuerbelastung der Arbeiter endgültig und befriedigend gelöst würde. Die Wirkungen müssen statistisch mit den Lebens- und Folgeerscheinungen erwogen werden.« Für das materielle Einkommenssteuerrecht fordert Meisel Gerechtigkeit und Ausschluß aller Nebenzwecke aus sozial- oder finanzpolitischen Gründen. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist er gegen das Kinderprivileg als Normaltitel für den Steuernachlaß. »Glaubt man ernst, daß mit der Zahl der Familienglieder die steuerliche Leistungs- und Tragfähigkeit sinkt, daß die Gleichheit zerstört wird, so besteuere man die Alleinstehenden mit einem steigenden Zuschlag.« Dagegen sei eine besondere Supertax nach englischem Muster einzuführen. Man muß dem Verfasser Dank dafür wissen, daß er endlich einmal eine gründliche vergleichende Untersuchung dieser Art angestellt hat. Sie wird bleibenden Wert für die Finanzwissenschaft behalten. Leider ist das Buch im Aufbau nicht gut gegliedert, auch nicht immer exakt in der Beweisführung. ◊ Die Tochter des bekannten schwedischen Nationalökonom Gustaf Cassel, *Margit Cassel*, schrieb ein Buch Die Gemeinwirtschaft, ihre Stellung und Notwendigkeit in der Tauschwirtschaft /Leipzig, A. Deichert/. Das Werk baut sich auf der Preistheorie (Kostenprinzip) auf, die Cassel in seiner Theoretischen Sozialökonomie entwickelt hat. Margit Cassel will das Werk ihres Vaters ergänzen, indem sie diejenige Wirtschaft betrachtet, die wegen ihres kollektiven Charakters nicht durch die Preisbildung bestimmt wird. Sie sieht also die Gemeinwirtschaft von der Tauschwirtschaft aus. Die unteilbare Natur bestimmter Güter und die soziale Nachfrage stellen für sie die Gründe für die Gemeinwirtschaft dar. ◊ In *Bruno Zschätzsch'* Schrift Die Gemeinwirtschaft als gesellschaftliches Verfassungssystem /Greiz, Verlag Die Gemeinwirtschaft/ ist die gute Absicht des Verfassers anzuerkennen, der eine theoretische Fundamentierung der gemeinwirtschaftlichen Praxis geben will. Er bringt wohl auch verschiedene entwicklungsfähige Gedanken, daneben aber viele Plattheiten und Unrichtigkeiten.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Fischer † Was Edmund Fischer für die deutsche Sozialdemokratie und für die Entwicklung zum Sozialismus überhaupt bedeutete, hat Eduard Bernstein in seinem schönen Gedenkartikel (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 387 und folgende) dargelegt. In dieser Rundschau muß nun noch seine Bedeutung für die Praxis und die Theorie einer sozialistischen Kommunalpolitik kurz erwähnt werden. Seinem vor 15 Jahren hier veröffentlichten Aufsatz *Der Gemeindesozialismus* (1910 I Seite 181 und folgende) hat Fischer viele Studien folgen lassen, die sich mit den Fragen des Wirkens in der Kommune und der Selbstverwaltung im allgemeinen beschäftigen. Stets sind seine Darlegungen dadurch ausgezeichnet, daß in dem Werden des scheinbar Kleinen die große Linie der Entwicklung gesehen wird. Nicht nur publizistisch, auch unmittelbar praktisch hat Fischer sich auf kommunalem Gebiet betätigt; zuerst als Gemeindevorstand in Briesnitz bei Dresden, dann als Mitglied der Dresdener Stadtverordnetenversammlung, deren 2. Vorsitzender er später wurde. Er redigierte auch bis zu seinem Tod die Sächsische Gemeindezeitung. Als Direktor der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat er dann mehrfach Gelegenheit zu Leistungen gehabt, die wesentlich in den Wirkungskreis der Kommune eingreifen. Über manche von ihnen ist in dieser Rundschau berichtet worden, wengleich der Name Edmund Fischer dabei nicht ausdrücklich genannt wurde; zuletzt noch wurde hier (in diesem Band Seite 165 und folgende) die Einrichtung der unentgeltlichen Totenbestattung eingehend dargestellt. Die lange Reihe der Publikationen Fischers sind eine reiche Quelle, aus der jeder, der sich mit den Fragen der Kommunalisierung beschäftigt, mit großem Nutzen schöpfen wird. Nüchternheit und Sinn für das Wirkliche, die Erkenntnis, daß sich aller Fortschritt im Völkerleben nur langsam vollzieht, zeichnen alle seine Untersuchungen aus. Die Partei hat niemals Überfluß an Männern gehabt, die durch unermüdlige Arbeit in der Praxis der Verwaltung das Material gewinnen, aus denen sie dann in wissenschaftlicher Arbeit die Quadern für den Zukunftsbau der Gesellschaft schichten. In Fischer vereinigten sich in glücklicher Weise der Politiker und der Forscher.

Finanzausgleich Die Beratungen über den Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes im Steuerausschuß des Reichstags haben zu schweren Zusammenstößen zwischen den Vertretern der Länder und des Reiches, speziell dem Reichsfinanzminister geführt. Über den Regierungsentwurf ist bereits in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 354 und folgende) berichtet worden. Die Regierung hatte nun in Verhandlungen mit den Regierungsparteien in ihrem Entwurf eine wesentliche Änderung vorgenommen. Sie wollte das Zuschlagsrecht der Gemeinden bis zum 1. April 1927 vertagen, damit zunächst durch eine statistische Untersuchung Unterlagen für einen neuen Finanzausgleich geschaffen würden. Der Anteil der Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftssteuer sollte unverändert bleiben. Von den Vertretern der Länder wurde die neue Regelung aufs schärfste bekämpft, und man warf dabei der Reichsregierung vor, daß sie ohne Rücksprache mit den Ländern in Verhandlungen mit den Regierungsparteien eine ganz andere Grundlage für den Finanzausgleich geschaffen habe. Nach dem ursprünglichen Entwurf konnten die Länder damit rechnen, daß sie vom 1. April 1926 ab selbständig Zuschüsse zu der Reichseinkommensteuer würden erheben können, und daß sie bis zur Einführung dieses Zuschlagsrechts mit den bisher erhaltenen Überweisungssummen beteiligt sein würden. Die von den Regierungsparteien vorgenommene Neuregelung mache dies unmöglich. »Seine Annahme wird«, wie der preußische Finanzminister ausführte, »es den Ländern und Gemeinden unmöglich machen ihre Haushaltspläne ins Gleichgewicht zu bringen, wenn sie nicht die Realsteuern in einem für die Wirtschaft unerträglichen Maße anspannen wollen. Der Antrag nimmt ihnen den Rest der finanziellen Selbständigkeit.« Die Einwände der Länder, die gleichzeitig die Interessen der Gemeinden vertreten, zerfallen in 2 Gruppen. Die 1. Gruppe behauptet, daß die vorgeschlagene Regelung für die Bedürfnisse der Gemeinden finanziell unzulänglich sei, während die Reichsfinanzverwaltung vom Gegenteil überzeugt ist. Der Reichsfinanzminister schätzt das Halbjahrseinkommen an Einkommensteuer auf 1000 Millionen Mark für das 1. Halbjahr 1925, 90 % davon sind 900 Millionen Mark. Für das 2. Rechnungshalbjahr 1925 wird es auf 1100 Millionen Mark geschätzt. 75 % davon ergeben 825 Mil-

lionen Mark. Die Differenz von 75 Millionen Mark soll dadurch ausgeglichen werden, daß die Länder an dem auf 750 Millionen Mark geschätzten Halbjahrseinkommen an Umsatzsteuer mit 30 % statt mit 20 % beteiligt werden. Diese Zahlen weichen von den in dieser Rundschau bereits wiedergegebenen Angaben der Begründung zur Regierungsvorlage wesentlich ab. Ob in der Tat die Länder und Gemeinden mit den Summen, die ihnen die Regierungsvorlage zuweisen wollte, auskommen können, wird sich schwer entscheiden lassen, da es an den finanzstatistischen Unterlagen zur Entscheidung der Frage fehlt. Übrigens hatte schon die Regierungsvorlage mit einem Ausfall von 75 Millionen Mark und die preußische Regierung allein für Preußen mit einer Mindereinnahme von 377 Millionen Mark gerechnet. Nach neueren Schätzungen des Reichsfinanzministeriums vermindert sich dieser Betrag nicht unbedeutend. Immerhin bleibt auch nach dieser Korrektur ein Fehlbetrag von 248,6 Millionen Mark im Etat für 1925, der durch andere Reserven höchstens auf 200 Millionen Mark herabgemindert werden kann. Die preußische Regierung hatte daher auch bereits dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung der preußischen Steuernotverordnung usw. vorgelegt. Danach sollte die Hauszinssteuer, die durch Verordnung vom 28. März 1925 bereits auf 700 % der Sätze vom Grundvermögen erhöht worden war, vom 1. August auf 850 und vom 1. Oktober 1925 auf 1000 % erhöht werden. Daraus geht auf jeden Fall hervor, daß die preußische Regierung davon überzeugt ist mit den vom Reich zur Verfügung gestellten Summen nicht auskommen zu können. Die Begründung zu dem erwähnten Gesetzentwurf hebt dann weiter noch hervor, daß auch der Bedarf der Gemeinden für 1925 in Höhe von mindestens 175 Millionen Mark selbst dann ungedeckt bleibt; wenn sich ihre Werktarife und Realsteuern auf der Höhe des Rechnungsjahrs 1924 halten. Hieraus erklärt sich auch die bedauerliche Tatsache, daß die Abschlüsse zahlreicher Gemeinden das Gleichgewicht im Etat nur dadurch erreichen könnten, daß sie die Gewerbesteuern, die Grundvermögenssteuer und die Werktarife noch höher belasteten. »Die Not ist besonders in den Gemeinden groß, die unter den Auswirkungen des Friedensvertrages und der feindlichen Eingriffe gelitten haben. Die steuerliche Belastung durch

Realsteuern hat hier eine solche Höhe erreicht, daß die Weiterführung vieler Betriebe in Frage gestellt ist, und die zahlreichen Arbeitnehmer durch Stilllegung und Entlassung bedroht werden, wenn diesen Gemeinden nicht geholfen wird.«

Die Herabsetzung der Anteile der Länder und Gemeinden an der Reichseinkommensteuer von 90 auf 70 % war in der Regierungsvorlage dadurch etwas ausgeglichen, daß beiden Körperschaften das Recht der Zuschläge vom 1. April 1926 ab gegeben werden sollte. Das ist nunmehr durch den Kompromiß zwischen Regierung und Regierungsparteien auf den 1. April 1927 vertagt worden. Bis dahin kann aber noch viel Wasser den Berg hinablaufen, so daß die Empörung der Länder zu verstehen ist. Die Einkommensteuer hat sich bisher immer als eine Steuer erwiesen, die steigende Beträge abwarf. Das würde auch in der Zukunft, wenn die schweren Krisenjahre der nächsten Zeit überwunden sind, wieder so sein. Es ist daher begreiflich, daß das Reich seinen Wunsch aus dieser Quelle mehr als bisher zu schöpfen energisch durchzusetzen sucht, da es sich stärker fühlt als die Länder. Schließlich muß wohl auch der Bedarf des Reiches allerdings nur mit Rücksicht auf die auswärtige Politik und die daraus sich ergebenden Verpflichtungen gedeckt werden. Wenn aber seinerzeit das Reich sich mit den 10 % begnügte, so tat es dies nicht der schönen Augen der Länder und Gemeinden wegen, sondern weil es damals einen großen Teil der Inflationlasten, die eine Folge der Reichspolitik gewesen waren, auf Länder und Gemeinden durch die 3. Steuernotverordnung abwälzte. Einen Ausgleich dafür sollten die Länder und Gemeinden in der hohen Beteiligung an der Reichseinkommensteuer, in den Anteilen an der Umsatzsteuer sowie an der Hauszinssteuer finden. Die Praxis hat nun gezeigt, daß die überwiesenen Beträge nicht ausreichen, um die Lasten zu decken, so daß also der Fehlbetrag durch eine Anspannung der Realsteuern eingebracht werden mußte. Wird nun die Reichseinkommensteuer gekürzt, statt daß vielmehr auf anderem Weg ein Ausgleich geschaffen wird, so muß die Lage der Gemeinden noch wesentlich schlechter werden als früher. Haben die Finanzbedürfnisse des Reichs wohl in erster Linie den Anlaß zu den Vorschlägen der Reichsregierung gegeben, so haben doch noch andere Einwirkungen von außen sich geltend ge-

macht, deren hier in Kürze gedacht werden muß. Die organisierten Unternehmer führen seit der Revolution einen planmäßigen Kampf gegen die Gemeinden und haben dabei vielfach die Unterstützung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen gefunden. Die Gemeinden waren aus ihren und der Gemeinschaft Bedürfnissen heraus Anhänger einer Gesetzgebung, die ihnen die Möglichkeit zu stärkerer Ausdehnung ihrer Regie bieten wollte, ohne daß sie jeden Schritt teuer hätten bezahlen müssen. Damals aber suchten die Unternehmer durch die Bekämpfung der Kommunalisierung auch sich und ihre Betriebe vor der Enteignung zu schützen. Später, als in den Zeiten der Inflation es für die Gemeinden außerordentlich schwer wurde sich die nötigen Betriebsmittel zu schaffen, wenn sie sich nicht rücksichtslos zur Ausgabe von Notgeld entschlossen, sich also neben der großen Notenpresse der Reichsbank eine eigene kleine Notenpresse zulegten, glaubten die Unternehmer bereits die Götterdämmerung für die Gemeinden gekommen; sie hofften sich in den Besitz aller lukrativen kommunalen Unternehmungen setzen zu können, deren schlechte Betriebsführung und Unrentabilität sie nicht genug in düsteren Farben schildern konnten. Die Stabilisierung hat diese Hoffnungen getäuscht, da sie den Unternehmern die Betriebsmittel nahm, und ihr Kredit und ihre Fähigkeit Geld zu beschaffen nunmehr keineswegs größer waren als die der Gemeinden. Ihr Angriffspunkt verschob sich von den kommunalen Werken auf die kommunale Besteuerung. Steuer-scheu ist ein ausgeprägtes Charakteristikum des deutschen Unternehmertums. Die schweren politischen Nachteile, all die Not und das Elend, die sie über Deutschland gebracht hat, können hier nicht geschildert werden. Während der Inflationszeit waren die Unternehmer in der glücklichen Lage überhaupt keine Steuern, also auch keine Gemeindesteuern zahlen zu müssen. Mit der Stabilisierung wurde das anders. Nun mußten wieder Goldsteuern gezahlt werden, und die Gemeindesteuern waren hoch. Sie konnten es auch gar nicht anders sein, da all die ungeheuren Lasten des verlorenen Krieges, die ganze Fürsorge für die Verarmten mit ungeheurer Wucht auf den Gemeinden ruhten. Nunmehr begann ein Steuerfeldzug gegen die Gemeinden. Diesen wurde ohne Unterschied Verschwendung der öffentlichen Mittel durch überflüs-

sige Luxusausgaben, durch eine verschwenderische, angeblich nur von Rücksichten der Parteipolitik geleitete Personalpolitik, durch unbegründete Aufnahme neuer Aufgaben usw. vorgeworfen. Der Refrain des Liedes war immer: Die Gemeinden müßten sparen, damit die Steuern niedrig sein können, und da die Gemeinden dies nicht von selbst in ausreichender Weise tun, so müssen sie eben durch das Reich dazu gezwungen werden, das heißt, das Reich muß den Gemeinden die Mittel sperren, damit sie sparsam wirtschaften. Es sind bereits früher hier die Äußerungen der Begründung angeführt worden, und sie sollen hier noch einmal wiederholt werden: »Der vorgeschlagene Finanzausgleich ist nicht deshalb als fehlerhaft anzusehen, weil sich die Gemeinden Beschränkungen auferlegen müssen, um mit der geringen Beteiligung am Steueraufkommen auszukommen.«

So haben wir es hier beim Finanzausgleich im Grunde mit einem Kampf zwischen Ländern und Gemeinden auf der einen und der Steuerscheu des Unternehmertums auf der andern Seite zu tun. Man mag diesem noch so oft, wie das zum Beispiel der Berliner Oberbürgermeister Böß in einem sehr schönen Artikel Zur Finanzpolitik der Gemeinden in der Kölnischen Zeitung vom 9. Juli 1925 tut, auseinandersetzen, welches die Aufgaben der Gemeinden sind, und mit Zahlen nachweisen, wie gering der Aufwand für diese tatsächlich ist, es wird doch unermüdlich das alte Sprüchlein von der verschwenderischen Ausgabe-wirtschaft und der unnötigen Erweiterung des Arbeitsgebiets weitergete-

Reich gegen Selbstverwaltung Es ist nicht nur die Unzulänglichkeit des Finanzausgleichs der Länder und Gemeinden, die Länder und Gemeinden auf den Kriegspfad geführt hat. Reichsfinanzminister und Reichstagsausschuß wollten die Gelegenheit benutzen, um die kommunale Selbstverwaltung, die sie bei Festen nicht hoch genug preisen können, noch mehr unter die Botmäßigkeit des Reichsministers und seiner nachgeordneten Behörden, der Finanzämter, zu bringen. Daß die Landesregierungen die Reichssteueranteile der Gemeinden sollen herabsetzen dürfen, wenn ihre Ausgaben gegenüber denen der Vorkriegszeit unter Berücksichtigung der Teuerung, die inzwischen eingetreten ist, eine Steigerung von mehr als 10 % aufweisen, ist geradezu ungeheuerlich. Wie sollen denn die Gemeinden ihren Haus-

halt führen, wenn es jederzeit vom Ermessen der Staatsaufsichtsbehörde abhängt, ob sie ihnen die erforderlichen Mittel von heute auf morgen sperren will oder nicht? Jede Staatsaufsichtsbehörde strebt aber kraft ihres Wesens danach ihre Macht den ihr unterworfenen Gemeinden zu zeigen und ihre Auffassung durchzusetzen. Das Landesrecht ordnet daher die finanziellen Rechte der Gemeinden durch Gesetz und schafft durch Gesetz Stetigkeit und Sicherheit für ihre Einkommensquellen.

Und dazu noch die wesentliche Erweiterung der Kontrollrechte des Reichsfinanzministeriums über die Gemeinden. Diese sollen dem Reichsfinanzminister oder den von ihm beauftragten Behörden, das heißt den Finanzämtern, allmonatlich Übersichten über die monatlichen Einnahmen der Gemeinde an Reichseinkommensteuer, Landessteuer und Gemeindesteuer einreichen, und die Finanzämter sollen über alle Einnahmen und Ausgaben der Kommunen Auskünfte einfordern, auch in der Form aufgestellter Fragebogen; schließlich sind ihnen die Haushaltspläne und die Jahresrechnungen der Gemeinde laufend einzureichen. Das Programm, das Wilhelm Markull in seinem Kommentar zum Gesetz über den Finanzausgleich in seinen Bemerkungen zu § 69 aufgestellt hat, soll also jetzt zur Durchführung kommen. Nach § 69 dieses Gesetzes ist der Minister der Finanzen befugt von den Ländern und Gemeindebehörden Auskunft über die Landes- und Gemeindesteuern einzufordern und Einsicht in die Haushaltspläne und Jahresrechnungen (dieses aber nur zur Durchführung der Lastenverteilung) zu verlangen. Markull hat in seinem Kommentar bereits ausgeführt, daß die Bestimmung »zur Durchführung der Lastenverteilung« ohne Zweifel eine Einschränkung des Auskunftsrechts bedeuten sollte. Er hatte aber dazu bemerkt, daß, wenn auch diese Worte wohl ursprünglich als Einschränkung gedacht seien, man sie gleichwohl vernünftigerweise unbeachtet lassen müsse. Und er hat weiter noch hinzugefügt: die bloße Auskunft über den Stand der Steuereinnahmen genüge so wenig wie die Einsicht in die Haushaltspläne und Jahresrechnungen, es gehe ums Ganze, um sämtliche Einnahmen und sämtliche Ausgaben. Nun soll der Traum Markulls Wirklichkeit werden. Der Oberbürgermeister Mitzlaff hat durchaus recht, daß es sich nur um eine Machtprobe des Reichsfinanzministeriums gegen die Län-

der und Gemeinden handelt, und daß die Prüfung der Haushaltspläne und der Einnahmen und Ausgaben der Kommunen durch die Finanzämter nichts anderes bedeute als nutzlose Papierarbeit, Dilettantismus und Doppelarbeit. Die Länder, die bisher die Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden durch einen sorgfältig ausgebauten Beamtenapparat geführt haben, werden beiseite geschoben, und die Gemeinden sollen der Finanzaufsicht der Finanzämter unterworfen werden, die von der Kommunalpolitik der Kommunen auch nicht die geringste Ahnung haben. Heillosen Bürokratismus und Dilettantismus, der sich in endloser Papier- und Verwaltungsarbeit und bürokratischen Streitereien auswirkt, müssen nach Mitzlaff die notwendige Folge sein. Wir haben einige 70 000 Gemeinden in Deutschland. Und nun sollen die Finanzämter, die schon so mit Arbeit überhäuft sind, daß sie die Veranlagung der Reichseinkommensteuer für 1924 immer noch nicht haben durchführen können, allmonatliche Übersichten über die monatlichen Einnahmen der Gemeinden an Steuern doch wohl nicht nur einfach entgegennehmen sondern auch prüfen. Denn wozu sollten sie sonst Auskünfte auch in der Form aufgestellter Fragebogen einfordern? Und sie sollen doch wohl auch die Haushaltspläne und die Jahresrechnungen durchsehen. Denn wozu sollten diese sonst laufend eingereicht werden? Angesichts derartig absurder, von einer geradezu ungeheuerlichen Unkenntnis der kommunalen Verhältnisse zeugender Beschlüsse muß man zu der Ansicht kommen, daß das dringende Erfordernis für die Sanierung unserer Verwaltung und Finanzen ein rücksichtsloser Abbau des Reichsfinanzministeriums ist.

Es liegt ganz im Wesen dieser Reichsfinanzpolitik, daß sie Ländern und Gemeinden große Teile der Reichseinkommensteuer nimmt und sie neben der Umsatzsteuer auf die Hauszinssteuer verweist, die auf die Dauer nicht bleiben kann. In höherm Grad als bisher sollen Länder und Gemeinden das Recht haben die Hauszinssteuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zu verwerten. Sie dürfen aber in Zukunft nicht weniger als 20 % und nicht mehr als 30 % der Vorkriegsmiete für diesen Zweck verwenden. Geht die Miete über die Vorkriegsmiete hinaus, so soll nach den Beschlüssen der Regierungsparteien höchstens ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf beansprucht werden. Für

den Wohnungsbau müssen in den nächsten 2 Jahren jährlich mindestens 15 bis 20 % der Vorkriegsmiete zur Verfügung gestellt werden. Diese soll am 1. April 1926 erreicht werden. Bei einem Baukostenindex von 170 bis 180 % im Vergleich zu 1913 ist trotzdem dann nur wenig für die Steigerung der Bautätigkeit gewonnen. Wenn daher vor dem 1. April 1928 geprüft werden soll, ob die Steuer weiter zu erheben ist, so wird diese Prüfung ohne Zweifel zu einer Bejahung führen. Denn daß in den nächsten 2 Jahren auch nur eine irgendwie ins Gewicht fallende Vermehrung des Wohnungsbestands eintreten wird, werden wohl nicht einmal die Antragsteller selbst glauben.

Tagungen Der *Reichsstädtebund*, die Spitzenorganisation von 1300 deutschen Mittel- und Kleinstädten, hat vom 2. bis zum 4. Juli in Koblenz seine 15. Mitgliederversammlung abgehalten. Die Tagung beschäftigte sich vor allem mit der städtischen Wirtschaftspolitik. Eine Resolution verlangte ferner, daß den Städten höhere Steuerüberweisungen und das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer zugestanden werde.

Der *Deutsche Sparkassen- und Kommunalbankentag*, der am 10. Juli mit etwa 2000 Teilnehmern in Köln stattfand, brachte ein Referat des Beigeordneten Seipel /Essen/ über die Zusammenhänge zwischen kommunalen Finanzen und Sparkassen sowie ein Referat des Generaldirektors Bel /Düsseldorf/ über die Stellung der öffentlichen Sparkassen in der deutschen Wirtschaft. In einer besonders Resolution wurde von der Reichsbank die Gleichstellung der Sparkassen mit den Banken verlangt.

Totenliste Am 23. Mai starb in Berlin der sozialdemokratische Stadtrat *Albert Taubmann*. Er war von Beruf Buchdrucker und schloß sich frühzeitig der Gewerkschaft und dem damaligen Arbeiterbildungsverein an. Seine Haupttätigkeit lag auf kommunalpolitischem Gebiet. Schon im alten dörflichen Weißensee hatte er sich als Gemeindevertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung angenommen. Nach der Umwälzung wurde er 1909 besoldeter Schöffe der Gemeinde Weißensee und 1921 Stellvertretender Bürgermeister des 18. Verwaltungsbezirks. Ebenfalls in Berlin starb Ende Juni der Stadtälteste und ehemalige Stadtrat

Leopold Kalisch, 83 Jahre alt. Er hat 40 Jahre hindurch im Dienst der Verwaltung seiner Vaterstadt Berlin gearbeitet, zuerst als Armenkommissionsvorsteher, dann als Bezirksvorsteher, als Stadtverordneter, als Stadtrat, als Vorsitzender der Armenkommission, als Magistratskommissar für Militärangelegenheiten, als Mitglied der Waisen-deputation, der Parkverwaltung und des Kuratoriums der Handwerkerschulen.

Kurze Chronik An der Universität Berlin wurden mit einer kleinen Bibliothek verbundene Räume für *kommunalwissenschaftliche* Übungen unter der Leitung des Professors Walter Norden eröffnet. ◊ Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht die Bevölkerungszahlen von 21 *deutschen Großstädten* nach der Zählung vom 16. Juni. Mit Ausnahme von Barmen, Elberfeld und Wiesbaden haben alle zugenommen. Die stärkste Zunahme hatten Köln (89 823) und Düsseldorf (70 788); ihnen folgen Essen, Frankfurt am Main, Duisburg und Hannover. ◊ Der *französische* Ministerrat hat die Ernennung eines besondern Regierungskommissars zur Bekämpfung der Wohnungsnot beschlossen. Das Amt wurde dem Pariser Abgeordneten Levasseur, der sich seit Jahren hauptsächlich mit Wohnungsfragen beschäftigt hat, übertragen. ◊ Die Stadt *Berlin* konnte im Juni, während der Berliner Turn- und Sportwoche, der Allgemeinheit ihren neugeschaffenen Volkspark Tempelhofer Feld übergeben. Eine Spielwiese ist vorhanden, die im Winter in eine Rieseneisenbahn umgewandelt werden kann, ferner eine Rodelbahn. Auch eine große Freilichtbühne fehlt nicht; auf ihr plant man griechische Tragödien und alte Volksspiele aufzuführen. ◊ Der Senat der Stadt *Hamburg* hat auf Anregungen aus der Bürgerschaft hin 50 000 Mark zur Unterstützung Hamburger Künstler ausgesetzt. In erster Linie kommt die Erteilung von Staatsaufträgen in Betracht, ferner der Ankauf einzelner bereits ausgeführter künstlerischer Arbeiten, für die Verwendung besteht. Es fragt sich nun, wenn die Beurteilung in der Durchführung der Künstlerhilfe anvertraut, ob sie in die Hände des Senats gelegt oder einem Kunstkollegium mit dem Direktor der Hamburger Kunsthalle an der Spitze übertragen werden sollte. ◊ Die Städtischen Bühnen der Stadt *Frankfurt* schlossen das Geschäftsjahr 1924-1925 mit einem Fehlbetrag von 750 000 Mark.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Haenisch † Im 1. Heft des Sozialistischen Akademikers, des Vorgängers der Sozialistischen Monatshefte, am 1. Januar 1895, erschien ein Aufsatz, der Eine Gewalttat überschrieben ist. Er erzählt das Schicksal eines damals 19jährigen jungen Mannes, der von seiner hochkonservativen Familie und deren Helfershelfern mit beinahe mittelalterlichen Torturmethoden drangsaliert und gehetzt wurde, weil er, der Abkömmling von Großbourgeois und Aristokraten, sich schon als Primaner zum Sozialismus bekannte. Mit einem Gesinnungsgenossen, einem jüdischen Mitschüler, zusammen wurde er vom Gymnasium entfernt. Sein Freund, der keine Möglichkeit des Fortkommens sah, nahm sich das Leben. Konrad Haenisch aber, denn er war jener Jüngling, gelang es schließlich sich von seinen Verwandten unabhängig zu machen und den Weg einzuschlagen, auf den ihn Gefühl und Denken gewiesen hatten: des Kämpfers für die Entrechteten der Gesellschaft. Heute scheint es uns kaum mehr glaubhaft, daß es noch 1895 möglich war einen Menschen wegen seiner sozialistischen Weltanschauung für geisteskrank auszugeben. Aber umgekehrt gehört bei uns auch jener schöne Typus des idealistischen Bourgeoissohns aus jener Epoche fast schon der Vergangenheit an, der sich in reiner Hingabe an die sozialistische Idee der Arbeiterbewegung weihte. Denn heute ist die Sozialdemokratische Partei selbst eine gleichberechtigte Staatsbürgerin geworden, deren Dienst kaum mehr Entsagung und Not einträgt. Es liegt im Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung, daß die Revolution von gestern zum Alltag von heute wird. Aber wir dürfen wohl den sozialistischen Revolutionären der achtziger und neunziger Jahre, die in leidenschaftlichem Empfinden ihr Leben für ein großes Ziel eingesetzt haben, den Dank sagen, der jedem Ideenkampf gebührt.

Haenisch war einer der Reinsten aus jenen Reihen. Wie ihn mitleidendes Gefühl zum Proletariat hintrieb, so blieb er zeitlebens in seinem Wirken in erster Linie von seinem warmen Gefühl bestimmt. Durch die erwähnten Erlebnisse aus der akademischen Bahn geworfen, trat er 1898, also 22 Jahre alt, in die Redaktion der Pfälzischen Post in Ludwigshafen, 1 Jahr darauf in die des Dresdener Parteiblatts ein; 1900 übernahm er die Leitung der Dortmunder Arbeiterzeitung, die er mit kurzer Unter-

brechung bis 1911 fortführte. Dann übertrug man ihm die Leitung der Flugblattzentrale des Parteivorstands, und von 1915 bis 1919 redigierte er die von Parvus ins Leben gerufene Glocke. Die besondere Vorliebe, die Haenisch stets für Kultur- und Schulfragen gehabt hatte, betätigte er auch im preußischen Abgeordnetenhaus, dem er seit 1913 angehörte. Sie veranlaßte wohl hauptsächlich seine Berufung als preußischer Minister für Unterricht, Kunst und Volksbildung nach der Revolution von 1918. Als solcher arbeitete er für die Anpassung der Schulen an den Geist der neuen Zeit, begegnete allerdings damit außerordentlichen Widerständen, die zu brechen ihm nicht ohne weiteres gelang (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, in diesem Band Seite 419 und folgende). 1921 trat Haenisch von diesem Amt zurück und wurde 1923 Regierungspräsident im Bezirk Wiesbaden. Parteipolitisch nahm Haenisch, vor dem Krieg "radikal", im Krieg durch sein ausgesprochen nationales Empfinden der Parteilinken entfremdet, in den letzten Jahren keine ausgeprägte Stellung mehr ein. Seine zahlreichen Schriften behandeln fast durchweg literarische und geistig-kulturelle Probleme. Sein größtes, hier seinerzeit in der Rundschau Dichtkunst angezeigtes Buch führt den Titel Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk / Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, eine andere Schrift Schiller und die Arbeiter /Dortmund, Gerisch & Co./. Kurz vor seinem Tod erschien noch sein Buch der Freundschaft zu Parvus, der ihm im Tod vorangegangen war (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 236). Auch der Jugendbewegung widmete Haenisch die lebhafteste Teilnahme; er sprach und schrieb außerordentlich gern für die Jugendlichen.

Haenisch, der am 14. März 1876 in Greifswald geboren war, starb am 28. April in Wiesbaden an einer Venenentzündung, die sich stark verschlimmert hatte, weil er sich in der Agitation vor der Reichspräsidentenwahl keine Schonung gönnte. Seine Herzengüte und seine Gesinnungsechtheit wurden auch von seinen Gegnern anerkannt.

Fischer † Durch den Tod Edmund Fischers verlor die moderne Arbeiterbewegung wiederum einen sehr schwer ersetzbaren Kämpfer, verloren die Sozialistischen Monatshefte einen hingebenden und tief überzeugten Mitarbeiter. In seinem Leben, und man möchte in diesem Fall

beinahe sagen; auch in seinem selbstgewählten Tod, spiegelt sich die bestimmte Epoche der deutschen Sozialdemokratie, deren einheitliche Kraft in ihrer spätern, freilich notwendigen Verbreiterung und Entheroisierung kaum mehr zu finden ist.

Edmund Fischer entstammte einer süd-deutschen Proletarierfamilie. Er wurde am 9. Januar 1864 in Darmstadt geboren. Nach beendeter Schulzeit wandte er sich einem, allerdings höchstqualifizierten Arbeiterberuf: der Holzbildhauerei, zu, ging dann auf die Wanderschaft, die ihn auch nach Paris führte. Schon früh organisierte er sich in der Sozialdemokratie, und er trat so schnell in der Bewegung hervor, daß ihm schon 1892 die Redaktion der Frankfurter Volksstimme übertragen wurde. Im folgenden Jahr bereits wurde er Redakteur des Dresdener Parteiorgans, der Sächsischen Arbeiterzeitung, die er bis 1898 leitete. Darauf lebte er eine Reihe von Jahren als freier Schriftsteller. Von Dresden aus, wo er eine neue Heimat fand, folgte Fischer seinem tiefen Drang nach Propagierung seiner sozialistischen Ideen im Proletariat. Um die armen Proletarier der Umgegend aufzuklären, schuf er für die Lausitzer Weber den Armen Teufel, für den Freiburger Bezirk den Armen Konrad. Als Vertreter des sächsischen Wahlkreises Zittau kam Fischer auch in den Reichstag. Er gehörte ihm von 1898 bis 1906 und dann von 1912 bis 1918 an. Nach dem Novemberumsturz trat er in Sachsen in die Regierung ein, bis er bald darauf als Nachfolger Max Schippells die Leitung der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft übernahm.

Fischer gehörte nicht zu den vielen in der Partei, die sich daran genügen ließen die scheinbar einfache "marxistische" Lehre von einem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft zu übernehmen und alles, was dazu nicht passen wollte, von sich zu schieben. Er sah die Wirklichkeit der Dinge und hatte Verantwortungsgefühl genug an ihr die überkommene Theorie zu messen. So wurde er Revisionist, das heißt, es formte sich in seinem Geist allmählich eine neue Betrachtungsweise vom Werden der sozialistischen Gesellschaft. War doch der Grundgedanke des Revisionismus identisch mit der aus seiner eigenen politischen Erfahrung geschöpften Idee, daß die Arbeiterklasse sich nicht auf einen kommenden Umsturz einzurichten habe, vielmehr für jede ihrer politischen Handlungen der Aus-

blick auf den Aufbau einer neuen sozialistischen Welt bestimmend sein müsse. So wurde Fischer ein eifriger Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, in denen er schon 1904, während der Hochflut der parteioffiziellen Angriffe gegen die in ihnen propagierten neuen Anschauungen, einen in seinen wesentlichen Punkten jetzt von Bernstein wiedergegebenen Artikel über die neueste Revision unserer Theorie und Taktik schrieb. Von dieser Zeit an erschien fortlaufend eine große Reihe von Arbeiten Fischers in dieser Zeitschrift, Arbeiten, die Themen aus den verschiedensten Gebieten umfassen: kulturellen, schul-, sozial-, kommunal-, allgemeinpolitischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Inhalts. Die letzte Arbeit Fischers war ein Bericht über die Tätigkeit des Gemeinwirtschaftsamts, dem er vorstand. So wenig all diese Themen mit einander zu tun zu haben scheinen, so entstammt das Interesse an ihnen allen doch jenem einen durchgehenden Zug in Fischers Geistescharakter: Ihn beschäftigt bei sämtlichen Erscheinungen des politisch-sozialen und kulturellen Lebens die allgemeine Aufgabe die Wege zu finden, auf denen wir aus der Not des Heute in eine freiere und gerechtere Zukunft vordringen können. Nie aber begeht Fischer dabei den Fehler, der in der Sozialdemokratie so oft begangen worden ist: die Augen vor dem wirklichen Sein zu verschließen und statt positiver, in dem jeweiligen historischen Moment anwendbarer Verbesserungsvorschläge verschwommene Weiterneuerungspläne aufzustellen. Ja, so drängend ist in seinem Kopf die Furcht, vor einem revolutionären Wollen könnten wir die Macht des Gewordenen unterschätzen, daß er, der sonst im Seienden immer das werdende sah, in einem Punkt quasi zum Verfechter des Alten wurde; in der Frage einer Neugestaltung des Frauenlebens. Die Diskussion dieses Themas, die die Sozialistischen Monatshefte im Jahr 1905 begannen und dann viele Jahre hindurch fortführten, wurde mit einem Artikel Fischers eröffnet, der gegenüber den allgemein hier vertretenen Meinungen wie eine Fanfare des Rückschritts wirkt, der aber das Verdienst hat eine gründliche, undogmatische Erörterung des Frauenproblems bewirkt zu haben. Diese Fischerschen Ausführungen, die innerhalb der gesamten bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung zu lebhaften theoretischen Auseinandersetzungen führten, sind dann 1½ Jahr-

zehnte später zusammen mit anderen Artikeln jener Serie der Sozialistischen Monatshefte von der Bearbeiterin dieser Rundschau in einem besondern Buch Sozialismus und Frauenfrage /Berlin, Paul Cassirer/ wieder herausgegeben worden, da die Frage so bald nichts von ihrer Aktualität verlieren kann.

Von 1914 bis 1922 bearbeitete Fischer auch die Rundschau Staatssozialismus in den Sozialistischen Monatsheften. Die Ergebnisse der jahrelangen Untersuchungen und kritischen Betrachtungen dieser Rundschau sind es hauptsächlich, die seinem weithin bekanntgewordenen Buch Das sozialistische Werden /Leipzig, Veit & Co./ zugrunde liegen, wie denn Edmund Fischers Wirken im ganzen unauflöslich an die Sozialistischen Monatshefte gebunden bleiben wird. (Es mußte deshalb eigentümlich berühren, daß in dem Nachruf auf den verstorbenen Genossen im Vorwärts vom 12. Juni 1925 dieser Zusammenhang übersehen, jedenfalls nicht erwähnt wurde.)

Edmund Fischer bereitete seinem tätigen Dasein selbst ein Ende, weil er glaubte, daß seine Kraft den selbstgesteckten Aufgaben nicht mehr gewachsen sei. Die sächsischen Parteistreitigkeiten und manche sonstigen trüben Erlebnisse mögen zu diesem Entschluß mit beigetragen haben. Sein Tod ist für uns nicht nur ein persönlicher Schmerz. Wir trauern um den unermüdet suchenden Arbeiter im Dienst eines neuen Menschheitswerdens.

Baader †

Nun ist auch Ottilie Baader tot, neben Emma Ihrer, Pauline Staegemann, Marie

Hofmann eine der historischen Erscheinungen aus der Entwicklungszeit der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland. 1922 wurde sie 75 Jahre alt, und ein weiter Kreis treuer Freunde und Genossen vereinigte sich um die damals noch Tat- und Lebensfrische, um ihr den Dank für ihre unermüdete Arbeit im Dienst der sozialistischen Idee darzubringen. Diese Geburtstagsfeier ist denen, die an ihr teilnahmen, unvergesslich. Sie weckte noch einmal die Erinnerung an die schönen Jahre des Werdens und Wachsens in der Partei, in denen der Kreis der politisch Interessierten im weiblichen Proletariat noch klein, der Geist aber unter diesen Wenigen lebendig und hoffnungsfroh war. Ottilie Baader, von 1899 bis 1908 (bis zu dem Jahr, in dem das neue Reichsvereinsgesetz auch den Frauen das Recht gab sich politisch zu organisieren) "Ver-

trauensperson der Genossinnen Deutschlands", war das Zentrum, um das sich die agitatorisch tätigen Frauen in der Partei scharten. Von ihrem Bureau aus liefen die Fäden, die die Propaganda unter den Frauen in ganz Deutschland verknüpften.

Ottilie Baader wurde am 30. Mai 1847 in Frankfurt am Main geboren. Sie war früh mutterlos. Als Kind hatte sie kaum die Zeit sich das dürftigste Wissen anzueignen. Sie wurde Fabrik- und Heimarbeiterin und lernte alle Nöte des Arbeiterinnenlebens der damaligen Tage kennen. Der Vater, mit dem sie lange in inniger Gemeinschaft lebte, regte sie freilich schon in jungen Jahren zu sozialem Denken an. Mit ihm las sie Bebel's berühmtes Buch, das auch sie zur Sozialistin machte, und besuchte Versammlungen. Als sie sich in einer Versammlung, die von den Hirsch-Duncker'schen einberufen war, einmal zum Wort gemeldet hatte, trieb es sie immer mehr zu öffentlicher Stellungnahme. Bald erwarb sie sich Ruf als Agitatorin und Rednerin, und so wurde sie auf den Posten als weibliche Vertrauensperson berufen. Auch nachdem sie dieses Amt niedergelegt hatte, blieb sie die immer eifrige Propagandistin. Wohin sie kam, wirkte sie durch die Kraft ihrer schlichten starken Natur und ihrer menschlichen Gesinnung. Ottilie Baader hat ein Bändchen Lebenserinnerungen hinterlassen und eine große Zahl kleinerer Arbeiten zu Fragen des Arbeiterinnenlebens, meist für die Gleichheit, geschrieben. Sie starb am 23. Juli in einem Berliner Krankenhaus.

Internationale Angesichts der langwierigen internationalen Diskussion des Sicherheitspakts oder der allgemeinen Friedenssicherung überhaupt sah sich die Sozialistische Internationale ebenfalls zur Stellungnahme veranlaßt. Für den 22. bis zum 27. August dieses Jahres ist ein internationaler Kongreß nach Marseille einberufen, der als Hauptpunkt der Tagesordnung Die internationale sozialistische Friedenspolitik vorsieht, das Problem also vor dem internationalen Plenum behandeln lassen will. Die Exekutive war am 9. und 10. Mai in Paris versammelt, Damals lag aber noch keine Antwort der französischen und der englischen Regierung auf das deutsche Sicherheitsangebot vor. Deshalb trat am 4. Juli jetzt in London das Bureau (der engste Kreis nach dem Statut der Internationale) unter Hendersons Vor-

sitz zusammen. Als stimmende Mitglieder waren neben ihm Renaudel, Wels, de Brouckère, Bauer, Dan und Adler anwesend; die Tschechoslowakei hatte Soukup und Czech gesandt; doch hatten diese wie einige andere Delegierte nicht beschließende sondern nur beratende Stimme.

Die Schwierigkeiten einer internationalen Stellungnahme entrollten sich diesmal bei der Diskussion der Fragen recht deutlich. Es zeigte sich wieder, wie im und nach dem Krieg, daß in ganz bestimmten politischen Diskussionen die nationalen Interessen der Arbeiterklassen unter Umständen ebenso weit auseinanderfallen können wie die der betreffenden Nationen überhaupt. Die englische Arbeiterpartei hatte schon im Unterhaus erklärt, sie müsse einen Sicherheitspakt ablehnen, der den englischen Arbeitern eventuell die Verpflichtung auferlegen könne für die Sicherheit Deutschlands und Frankreichs in den Krieg zu gehen; solche Verpflichtung könnte sich leicht aus der englischen Garantie der Westgrenze zwischen Deutschland und Frankreich ergeben, sofern nicht ein allgemeiner Garantie- und Abrüstungsvertrag gleich dem Genfer Protokoll die europäische Kriegsgefahr mildere. Die Vertreter der Kontinentalstaaten forderten umgekehrt, daß die englischen Arbeiter sich gemeinsam mit ihnen für den Sicherheitspakt einsetzen, solange keine Aussicht bestehe, daß etwas Ähnliches wie das Genfer Protokoll von der englischen konservativen Regierung angenommen werde. In dem eigentlich umstrittenen Punkt: der auch jetzt in der deutschen Antwortnote erhobenen Forderung, daß für die zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei zu errichtenden Schiedsgerichtsverträge nicht eine bloß französische sondern eine internationale Garantie festgelegt werde, waren sich alle Arbeiterdelegierten einig. Und damit zeigte das Sozialistische Bureau, daß es, durch internationalen Formalismus eingeengt, den Kern der Sache nicht sieht oder sehen will. Schließlich brachte man eine Resolution zustande, die das 1. strittige Problem offen läßt und im übrigen besagt: 1. Die Internationale werde sich für das Zustandekommen eines weitern Sicherheits- und Abrüstungspakts nach Art des MacDonald-Herriotschen Genfer Protokolls einsetzen und dafür wirken, daß in den jetzt diskutierten engern Sicherheitspakt nichts dem Entgegenstehenden aufgenommen würde. 2. Sie fordere die

oben erwähnte allgemein internationale Garantie für die östlichen Sicherheitsverträge. Es wurde endlich über die beiden anderen aktuellen außenpolitischen Konflikte: den Marokkokrieg und die chinesische Krise, debattiert und abgestimmt. Bei der Marokkofrage zog man es vor die Entscheidung der französischen Partei allein zu überlassen; die scheinradikalen Delegierten unter Führung des österreichischen Genossen Bauer mahnten nur die französischen Sozialistenführer in einer besonderen Erklärung ihrer sozialistischen Gesinnung eingedenk zu bleiben und sich gegen jeden "Imperialismus" in ihrem Vaterland zu wenden. Charakteristisch genug, herrschte absolute Einigkeit eigentlich nur in der chinesischen Frage. Da traten alle bedingungslos für die Befreiung der »erwachenden chinesischen Arbeiterklasse« aus der Knechtung durch den europäischen wie den chinesischen Kapitalismus ein. Es ist eben sehr viel einfacher für China den Beschluß internationaler Solidarität zu fassen als für das eigene Land, in dem konkrete Interessen in Frage kommen. Die bolschewistische Internationale forderte wieder einmal zu einer »gemeinsamen Hilfsaktion« für China auf; nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist jetzt die Sozialistische Internationale glücklich so weit derartige Hilfsaktionen für den Bolschewismus abzulehnen, freilich immer noch mit der Begründung, daß die Solidaritätsbekundungen aus Moskau doch nicht ernst gemeint seien. Besser stände es wohl der Internationale an die Bolschewisten endlich offiziell als das zu behandeln, was sie sind: als Feinde des Sozialismus.

Auf dem Marseiller Kongreß soll außer dem Thema der sozialistischen Friedenspolitik unter anderm noch über die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und die Arbeitslosigkeit sowie über die Konvention von Washington und den Achtstundentag und in einer besonders zwanglosen Besprechung über die Agrarfrage diskutiert werden.

Die Julikonferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus zeigte (und das gibt ihr eine symptomatische Bedeutung), daß sich auch in der Sozialistischen Internationale allmählich die Konturen zweier Komplexe abzuheben beginnen: des amorpheren Internationalismus alter Schule, der faktisch alles beim alten läßt und der britischen Suprematie über Europa dient, und des werdenden kontinentaleuropäischen Gedankens, der die Völkergemeinschaft

organisch gestalten will. Zwar handelt es sich da noch keineswegs um eine bewußte konstruktive Politik; daher kommt es auch hier immer wieder zu einem Rückfall in das Gewohnte. Aber die innere Notwendigkeit der Dinge hat bereits begonnen auch die Sozialistische Internationale zu beeinflussen. Der europäische Sozialismus wird daher auf den Weg gezwungen, den er eigentlich selbständig und führend gehen sollte.

Belgien

Die Neuwahl der belgischen Kammer (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 484) brachte der Sozialistischen Partei einen außerordentlichen Erfolg. Sie hat mit ihren 78 Mandaten jetzt die Katholiken erreicht. In weitem Abstand erst folgen die Liberalen, die es nur auf 23 Abgeordnete brachten. (Die Kommunisten haben ganze 2 Sitze bekommen; für die sozialistische Bewegung Belgiens sind sie ohne Belang.) Mit diesem Wahlergebnis war die alte Regierung gestürzt, und es erstand die Frage, aus welcher Partei oder Parteienkoalition das neue Ministerium hervorgehen solle. Die Sozialisten beriefen zum 23. April einen besondern Parteitag nach Brüssel, der eine Entscheidung treffen sollte, soweit sie überhaupt in der Hand der Sozialdemokratie lag. Das Problem war: Ist eine rein sozialistische Regierung, oder ist eine Koalitionsregierung zu bilden? Der Bergarbeiterführer Delattre und der Brüsseler Abgeordnete Meysmans traten für ein sozialistisches Ministerium ein, andere, wie Wauters, wiesen warnend auf die bösen Erfahrungen der Minderheitsregierung MacDonald hin. Auch Vandervelde trat schließlich auf die Seite der Gegner eines sozialistischen Ministeriums, für das in Belgien der Boden noch nicht so vorbereitet sei wie etwa in Dänemark und Schweden. Mit über 416 000 gegen rund 173 000 Stimmen wurde endlich eine Resolution Destrée, Wauters, de Brouckère und Huysmans angenommen, die sich gegen eine sozialistische Regierung aussprach und die Verantwortung für die Fortdauer der Krise den bürgerlichen Parteien zuschob. Auch der Mai brachte noch keine Lösung. Anfang Juni trat ein neuer sozialistischer Parteitag zusammen, nachdem Pouillet, der inzwischen mit der Kabinettsbildung beauftragt worden war, zugesagt hatte bei eventueller Unterstützung durch die Sozialisten und stärkster Beteiligung der Partei innerhalb des Ministeriums die

Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen. Mißlang auch dieser Versuch, so blieb nur die Auflösung. Sie hätte den Sozialisten keine noch stärkere Vermehrung der Mandatszahl bringen können; die Alternative stand also für sie nur auf Verzicht oder Koalition. Jetzt gewannen die Koalitionsfreunde, unter Führung Vanderveldes, Wauters' und des Kammerpräsidenten Brunet die Mehrheit. Unter der Voraussetzung, daß man sich auf eine bestimmte Plattform einige und die Sozialisten die politisch entscheidenden Ministersitze erhielten, wurde die Koalition gebilligt. Vandervelde wurde daraufhin das wichtigste Ministeramt: das Auswärtige, übertragen, Camille Huysmans leitet das Schul-, Anseele das Eisenbahnwesen, das Arbeitsministerium ist in der Hand Wauters'.

Totenliste

Am 11. Mai starb in Berlin *Otto Koester*, der sich in den letzten Jahren als politischer Karikaturist des Vorwärts in der Berliner Arbeiterschaft zahlreiche Freunde erworben hatte. Koester war Zeichner aber nur im Nebenamt. Er war von Haus aus Philosoph, war aus innerster Überzeugung zum Sozialismus gekommen, dem er mit allen seinen Kräften diente, bis sein schwacher Körper in noch jungen Jahren aufgezehrt wurde. Er war ein Vertreter der jungen Generation, die einen neuen Idealismus in die sozialistische Bewegung bringen will. Auch an den Sozialistischen Monatsheften hat Koester bei Kriegsausgang mitgearbeitet. Namentlich werden die Leser sich seines Aufsatzes Marx und die Jungen erinnern, den er für das Marxheft der Sozialistischen Monatshefte schrieb. Zum 100. Geburtstag Marxens bezeugt er da: »Niemand habe Karl Marx' Lehre die Herzen entflammt? Wer es aus der Geschichte des Sozialismus nicht besser weiß, den werden es, so hoffen wir, die Jungen durch ihre Taten lehren.« Am 20. Mai spielte sich in einem Vorort Wiens, in Mödling, wieder einmal eine der hakenkreuzlerischen Mordtaten ab, die unsere Kultur jetzt als Normalerscheinung ausgebildet zu haben scheint: Der Obmann der sozialdemokratischen Organisation und Gemeinderat *Leopold Müller* wurde von einer Bande bewaffneter Leute auf der zu jener Stunde menschenleeren Straße überfallen, durch Beil- und Bajonettstiche schwer verletzt und mit Füßen getreten; er erlag kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus seinen Wun-

den. Müller entstammte dem Proletariat. Sein lauterer Charakter wie seine immer gleich eifrige Tätigkeit für die Partei hatten ihm das ganz besondere Vertrauen der Arbeiter erworben. Er selbst hatte keinerlei Konflikt mit den Hakenkreuzlern gehabt, sie rächten sich nur an seiner Person für die Erfolge der Sozialdemokratie, weil sie ihn als einen ihrer besten Führer in seinem Arbeitskreis kannten.

Am 24. Mai starb in Stettin der langjährige Führer der Sozialdemokratie Pommerns, *Fritz Herbert*, 65 Jahre alt. Seine Wirksamkeit begann unter dem Sozialistengesetz. Er gründete 1885 in Stettin den Stettiner Volksboten, und zwar mit den bescheidensten Mitteln; er stellte die Zeitung nicht nur redaktionell sondern auch technisch fast vollständig allein her und hielt sie durch, nachdem innerhalb kurzer Zeit 2 sozialdemokratische Organe dort eingegangen waren. Die Partei gewann rasch an Mitgliedern, und 1887 schon stellte sie einen eigenen Kandidaten für die Reichstagswahl, eben Herbert, auf. Aber bald mußte Herbert die Ausweisung über sich ergehen lassen. Er siedelte mit dem Volksboten nach Stargard über, mußte dort 3 Monate Gefängnis absitzen und durfte dann erst mit geschädigter Gesundheit wieder nach Stettin zurückkehren. Trotz strengem Polizeiverbot wurde ihm dort ein feierlicher und großartiger Empfang bereitet. 1893 wurde in Stettin zum erstenmal ein Sozialist in den Reichstag gewählt. Herbert erhielt später ein Mandat als preußischer Landtagsabgeordneter, das er bis zum Tod ausübte.

Kurze Chronik In der sozialistischen Partei *Frankreichs* hat sich nach dem Krieg die gleiche Bewegung vollzogen wie in Deutschland: ungeheurer Anstieg der Mitgliederzahl, Spaltung in Sozialisten und Kommunisten, dann immer stärker einsetzender Wiederezusammenschluß der Sozialisten. Vor dem Krieg hatte die Partei auf ihrem Höhepunkt 93 000 Mitglieder; nach Kriegsschluß stieg die Zahl auf 180 000. Nach der Spaltung auf dem Parteitag in Tours gingen 130 000 in die Reihen des Kommunismus, nur 50 000 Arbeiter verblieben der Sozialdemokratie. Jetzt sind die Kommunisten auf 50 000 zurückgegangen, die Sozialisten haben wieder einen Mitgliederstand von rund 100 000. ◊ Der Jahrestag der *Ermordung Matteottis* wurde von den italienischen Parteigenossen, der politischen

Bedeutung der furchtbaren Tat entsprechend, zum Anlaß machtvoller politischer Demonstrationen genommen. Die ganze sozialistische Arbeiterschaft feierte den bedeutenden Führer, der sein Leben für die Arbeiterbewegung hingegeben hatte. Die Leitung der Sozialistischen Partei Italiens richtete einen Aufruf an die Sozialisten aller Länder, in dem sie dem internationalen sozialistischen Proletariat den Dank für sein warmes Gedenken an Matteotti ausspricht und unter anderm sagt: »Er war der Beste, der Tapferste der Unsrigen und ist uns durch das gemeinste, noch immer unbestrafte Verbrechen entrissen worden. . . Diese Solidarität [des internationalen Proletariats] gestattet uns täglich unsere Widerstandskraft und jene Begeisterung zu erneuern, die notwendig ist, um die unvermeidlichen Opfer zu ertragen. Der sichere Glaube an den endgültigen Sieg des befreienden Sozialismus lebt in uns stärker denn je.« ◊ Bei der letzten Parlamentswahl in *Neusüdwaales* errang die Arbeiterpartei einen starken Sieg. 43 Sozialisten wurden gegenüber 31 Nationalisten, 8 Progressisten und 2 Unabhängigen gewählt. Die Partei hat 6 Sitze gewonnen; zum erstenmal wurde auch eine Frau Abgeordnete. ◊ Auch in *Mexico* hat die Arbeiterbewegung sehr große Fortschritte gemacht. 1922 existierten dort schon 1 250 000 organisierte Arbeiter, die Stadt *Mexico* allein zählt gegenwärtig 92 Gewerkschaften mit mehr als 100 000 Mitgliedern, die 92 % aller Arbeiter überhaupt repräsentieren. Die politische Arbeiterpartei (*Partido Laborista*) ist ein Kind der Gewerkschaften und noch immer von ihnen abhängig. Sie besteht erst wenige Jahre. 2 mexicanische Staaten besitzen sozialistische Gouverneure: *Hidalgo* und *Aguas Calientes*. ◊ Am 1. Juni wurde *Carl Severing* 50 Jahre alt. Es war gerade die Zeit, da er den heftigsten Anfeindungen der Gegner standhalten mußte. (Diese haben sich dann Anfang August noch in einem, selbst für die politischen Sitten des neuen Deutschlands unerträglichen Maß gesteigert; und zwar deshalb, weil der sozialdemokratische preußische Innenminister der einzige war, der sich der Optanten, die Polen verlassen mußten, wirklich annahm, sie nicht zu nationalistischen Zwecken mißbrauchte.) Severing darf aber das Bewußtsein in sich tragen, daß sein festes, ruhiges und wahrhaft politisches Wirken der Partei die bedeutendsten Dienste geleistet und darüber hinaus der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes vorgearbeitet hat.

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

Führerproblem Das Führerproblem in den modernen Gewerkschaften ist zum Teil ein Geführtenproblem. Die Führer werden in den Gewerkschaften von den Massen gewählt, und die Massen können erst dann eine richtige Wahl unter den Kandidaten für die Führerposten treffen, wenn sie wirklich in die heute höchst komplizierten Aufgaben einer modernen Gewerkschaft eingedrungen sind und die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten begreifen, mit denen bei Lösung dieser Aufgaben die Führer rechnen müssen. Wenn der Gewerkschaftsführer den "Großbetrieb" einer modernen Gewerkschaft leiten soll, von dem mit Recht Theodor Cassau in seinem Schriftchen Das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften / Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft / spricht, so muß er eine Art Generaldirektor werden, der sich ständig in den Wirtschafts- und Verwaltungszweigen der Industrie oder der Industrien schult, deren Arbeiter seine Gewerkschaft umfassen will. Diese Generaldirektorstellung der modernen Gewerkschaftsleiter erfordert aber meist eine ganz andere Besoldung dieser Beamten als bisher. Der Gewerkschaftsleiter muß im ständigen geistigen und gesellschaftlichen Kontakt mit den wirtschaftlichen und intellektuellen Kreisen stehen, die über vollendete Kenntnisse der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der für die Gewerkschaften in Betracht kommenden Industrien verfügen. Dieser Kontakt muß aber eine ganz andere Gestaltung der Einkommensverhältnisse der Gewerkschaftsleiter erzwingen. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer derartigen Umschichtung der materiellen und kulturellen Lebensverhältnisse der Gewerkschaftsleiter ist aber nur von gewerkschaftlichen Massen zu verlangen, die in vollem Umfang den Wandel der Gewerkschaft von dem Klein- zum Großbetrieb würdigen können. Das Führerproblem der modernen Gewerkschaften ist also zum Teil schon ein Problem der geistigen Einführung der Massen in alle die großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gewerkschaft, die sich mehr und mehr auf die Hebung und Leitung der Produktion überhaupt erstrecken. Der Gewerkschafter fürchtet heute vielfach die Verbürgerlichung der Führer, deren materielle Existenz auf eine breitere und festere, "bürgerliche", Grundlage gestellt ist. Die Verbürgerlichung des Arbeiterführers ist aber nicht nur

das rein mechanische Resultat bürgerlicher Lebensverhältnisse, in denen sich vielleicht gewerkschaftliche Leiter befinden, sondern eine Gesinnungsfrage. Der Gewerkschaftsführer, der mit dem äußern Drum und Dran der bürgerlichen Klassenkultur gebrochen hat, wird nicht der Verbürgerlichung verfallen. Dieser Bruch ist durchaus nicht eine soziale Unmöglichkeit. Diesen Bruch haben bewußt zahlreiche sozialistische Intellektuelle vollzogen, die erkannt haben, in welchem ungeheuren Umfang die inhaltsarmen konventionellen und repräsentativen Formen des bourgeois Lebens die menschliche Seele belasten und erdrücken. Die beschränkten, aus einer Herrenklassenkultur geschöpften Vorstellungen vom "standesgemäßen" Leben verseuchen heute bis tief in die "kleinbürgerlichen" Arbeiterschichten hinein die Gedanken und Gefühle des Volkes. Der Sozialismus als Lebensproblem muß viel tiefer als bisher unsere ganze Nation ergreifen, wenn die sogenannte Verbürgerlichung der Arbeiterführer an der Wurzel gepackt werden soll. Der Kampf gegen die Verbürgerlichung richtet sich schließlich nicht nur gegen die Führer sondern auch gegen große Gruppen der Geführten. Mit Recht stellt Cassau die Forderung auf, daß die Gewerkschaftsbewegung in ihren Führern nicht nur »gute Syndici« sondern auch »Kulturträger und Bildungsspitzen« besitzen muß. Die Führer haben ihren Gewerkschaftsmitgliedern den Sozialismus vorzuleben. Sie müssen mit den Bourgeoisievorstellungen eines Trink-, Eß- und Bedientenluxus brechen, der die Menschen vergrößert und bestimmte Klassenschichtungen noch besonders stark äußerlich herausbildet, sie müssen einen ganz andern Nachdruck auf die seelische Vertiefung und Veredelung des allgemein Menschlichen legen. Ein wirklich kulturell verfeinertes Leben der Führer hätte bei den Massen nie Anstoß erregt. Empört hat diese nur die äußere, bourgeoismäßige Gestaltung des materiellen Daseins der Leitenden. Nicht ein gefüllter Bücherschrank, wohl aber ein gefüllter Weinkeller befremdet die Massen. Der Gewerkschaftsführer muß ein Lehrer der Massen sein; diese Forderung folgte schon aus den einleitenden Bemerkungen über das Führerproblem als ein Geführtenproblem. Cassau sieht ebenfalls in der Schulung und Weiterbildung der gewerkschaftlichen Massen eine der wesentlichsten Aufgaben der Gewerkschaften. Geistig geschulte Massen können erst die richtige Führerauslese treffen.

Sinn und Ziel der Tätigkeit des Gewerkschaftsführers ist die Hebung der Produktion und die soziale Verschiebung der Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben. Die Machtverschiebung sucht der Führer durch die Massenorganisation zu erreichen. Die gewerkschaftlich zusammengefaßten Arbeiter sollen als eine wirkliche Macht dem kapitalistischen Unternehmertum gegenüber treten. Der Gewerkschaftsführer wird zum Massenpsychologen und zum Strategen. Die gewerkschaftliche Strategie aber erheischt die genaueste Kenntnis der Wirtschaft und Technik, der Gesellschaft überhaupt. Die Organisation wird zu einer die Wirtschaftsform umbildenden Kraft.

Cassau betrachtet den gewerkschaftlichen Arbeiter noch etwas zu einseitig als bloßen Träger eines Wirtschaftsides, des Sozialismus. Er ist aber auch schon Gestalter einer neuen Wirtschaftsform. Von dem Augenblick an, als sich der Fabrikabsolutismus in den Fabrikkonstitutionalismus wandelte, und der gewerkschaftliche Arbeiter zum Mitraten und Mittaten in den Betriebsverhältnissen herangezogen wurde, begann sich eine Veränderung in der wirtschaftlichen Struktur des Kapitalismus zu vollziehen. Diese Veränderung wurde durch die wachsende Verstaatlichung, Kommunalisierung und Vergenossenschaftlichung bestimmter Betriebe gefördert. Die Struktur der Wirtschaft wird dadurch noch einschneidend verändert, daß dem Staat und der Gemeinde nach und nach ein arbeiterdemokratischer Charakter aufgeprägt wird.

Es besteht sicher ein tiefgreifender Unterschied zwischen der Aufstiegsbewegung des Bürgertums und der der Arbeiterklasse. Aber bei beiden Klassen vollzieht sich diese Bewegung vor allem wirtschaftlich. Bei der Emanzipation des Bürgertums ergreifen einzelne Unternehmer sofort vollen Besitz von den Produktionsmitteln. Bei der Befreiung der Arbeiterklasse erfolgt diese Besitzergreifung kollektiv und schrittweise. Da sie nun kollektiv erfolgt, so gewinnt die kollektive gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft eine besondere Bedeutung für die Formung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Diese Rolle der Gewerkschaften in dem Umwälzungsprozeß des Kapitalismus in den Sozialismus verleiht der Bildungsfrage in der Gewerkschaftsbewegung eine ganz erhebliche Wichtigkeit. Cassau bezeichnet es als die Zeitaufgabe der neuen Gewerkschaftsbewegung: »die Industrie wirklich zu erobern«. Ob die Ausbildung der

gewerkschaftlichen Führer zur Eroberung der Industrie nun in dem hohen Maß, wie Cassau annimmt, durch die Universalität zu erfolgen hat, scheint mir bei der gegenwärtigen Form dieser Institute zweifelhaft. Eine radikale Reform des höhern Unterrichtswesens scheint mir ebenso geboten zu sein wie des untern. Das durchgeführte Prinzip des Arbeitsunterrichts wird nicht nur eine beträchtliche Hebung der Produktion sondern eine vielseitige Ausbildung des Menschen bedeuten.

Zum Schluß faßt Cassau seine Ausführungen über das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften in diese Sätze zusammen: »Die Gewerkschaftsbewegung, die der gesamten deutschen Industrie gegenüber der Vertreter der Arbeit sein will, muß jetzt vom Handwerksmeister aufsteigen zum Generaldirektor. Sie darf sich nicht mehr damit begnügen Führer auszubilden, die ihren bisherigen Gegnern gewachsen sind, sondern solche, welche den Leitern der großen Industrie ebenbürtig gegenüber treten können. Das Führerproblem in den Gewerkschaften ist heute ein ganz anderes als vor 15 Jahren. Über das damalige kleine Disziplinproblem hinaus ist es heute das Kernproblem der Bewegung geworden. Führerauslese und Führerbildung stehen im Mittelpunkt aller Gewerkschaftsarbeit der Gegenwart.«

Fachschulung Deutschland kann sich seine frühere wirtschaftliche Machtstellung auf dem

Weltmarkt nur durch eine Veredelung und Verfeinerung seiner Arbeitsprodukte zurückerobern. Den deutschen Gewerkschaften wird der Zusammenhang ihrer sozialen, auf die Hebung der Arbeiterschaft lossteuernden Tätigkeit mit der qualitativen und quantitativen Steigerung der Gesamtproduktion mehr und mehr klar. Eine Frucht dieser Erkenntnis ist das schöne Werk Fritz Hellwags Die Geschichte des deutschen Tischlerhandwerks /Berlin, Verlag des Deutschen Holzarbeiterverbands/. In diesem Buch, das bereits hier (in diesem Band Seite 240) besprochen wurde, werden Werkzeug, Technik, Arbeitsmaterial, Qualitätsarbeit im Tischlerhandwerk besonders gewürdigt. Das Buch schließt mit einem sehr bedeutenden, zur Vervollkommenung der Qualitätsarbeit direkt anfeuernden Abschnitt über die stilistische Entwicklung der Möbelformen. Mit dem Hellwagschen Werk vertiefte der Deutsche Holzarbeiterverband seine planvolle Kulturarbeit zur Hebung der

Produktion, eine Arbeit, die er nun seit mehr als 19 Jahren unermüdlich pflegt. Seit 1905 gibt er nämlich das vortreffliche Fachblatt für Holzarbeiter heraus, und in den Zeiten der größten, die Wirtschaft zerrüttenden Inflation brachte er die schwersten Opfer, damit sich seine Mitglieder an diesem Blatt technisch und kunstgewerblich fortbilden konnten. Die hervorragenden Leistungen des gesamten Holzarbeitergewerbes werden in dem Fachblatt für Holzarbeiter den Gewerkschaftsgenossen in Wort und Bild vor Augen geführt. Der strebsame Holzarbeiter wächst förmlich in alle Fortschritte der Technik und des Kunstgewerbes hinein.

Es ist sehr erfreulich, daß heute schon die Gewerkschaftsverbände die Lehrlinge systematisch fortzubilden suchen. So haben die Maler ein Schriftchen Lehrlinge und Jugendliche im Malergewerbe, organisiert euch! herausgegeben, das einen sehr guten Abschnitt über fachliche Fortbildung enthält. Wir lesen da: »Alle organisierten Lehrlinge erhalten in bestimmten Abständen Malvorlagen in einfacher, moderner Ausführung zugestellt. Diese eignen sich ganz besonders zum Studium moderner Farbenzusammenstellungen und Ornamentmalereien. Weiter werden im Maler und Malerlehrling fachtechnische Fragen behandelt. Vom April an wird der Verband eine besondere Fachzeitschrift unter dem Titel Fachblatt der Maler herausgeben, die den Lehrlingen zu einem möglichst billigen Preis zugänglich gemacht werden soll. Daneben haben einige Filialen Kurse eingerichtet. In ihnen erhalten die Lehrlinge von tüchtigen Fachkollegen Unterricht in Schrift-, Holz-, Marmor- und Dekorationsmalerei. Die Organisation ist weiter ständig bemüht den Meistern den Vorteil einer guten Lehre für den Berufsnachwuchs nachzuweisen. Immer werden sie darauf hingewiesen, daß den Lehrlingen alle Handgriffe in unserm Beruf beigebracht werden müssen, daß sie verpflichtet sind darüber hinaus die Lehrlinge in die Geheimnisse der Farbenharmonie und der chemischen Zusammensetzung der verschiedenen Farben einzuweißen.«

Durch die fachliche Fortbildung der Lehrlinge dienen die Gewerkschaften 2 großen Zwecken: Sie heben die Produktion, und sie füllen die Reihen ihrer Verbände mit ersten Facharbeitern, die nicht ohne weiteres ersetzbar sind und wirtschaftlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsbestrebungen erfolgreichen Widerstand entgegensetzen können.

Schweitzer als Gewerkschafter Am 28. Juli 1875 starb Johann Baptist von Schweitzer am Gießbach in der Schweiz in seinem 42. Lebensjahr. Schweitzer hat dem gewerkschaftlichen Gedanken in Deutschland ein neues großes Tätigkeitsfeld eröffnet. Die vielverbreitete Ansicht, daß Schweitzer selbst erst durch Max Hirsch auf die Gründung von Gewerkschaften gestoßen worden sei, ist vor allem durch den Brief Brentanos an Gustav Mayer vom 17. Januar 1909 total ent wurzelt worden. In diesem Brief schrieb Brentano: »Hirsch hatte, als er London verließ, nur sehr ungenügende Vorstellungen von der Bedeutung der Gewerkvereine ... Nach meinem Erachten wurde er zum Apostel für deutsche Gewerkvereine erst bekehrt, als er, in Berlin wieder angekommen, fand, daß Schweitzer Gewerkschaften zu organisieren als sozialdemokratisches Ziel hingestellt hatte.« Schweitzer hatte überdies das gewerkschaftliche Problem schon seit Jahren im Sozialdemokraten behandelt. Das Marxsche Gewerkschaftsprogramm war 1866 mit der Tagung des Kongresses der Internationale in weite Kreise getragen worden. Max Hirsch brauchte wahrlich nicht erst 1868 die englischen Gewerkschaften zu entdecken.

Es war eine wegweisende Tat, daß Schweitzer gemeinsam mit Fritzsche den 1. großen Gewerkschaftskongreß zum 26. September 1868 nach Berlin zusammenberief. Auf ihm waren 142 000 Arbeiter durch 206 Delegierte aus 110 Orten vertreten. Schweitzer schlug 12 sich über das ganze Land erstreckende Gewerkschaften vor, »Arbeiter-schaften«, an deren Spitze ein Präsident und ein Ausschuß stehen sollten. 12 Zentralverbände wollte er zu einem Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband mit einem Präsidenten als Leiter zusammenfassen. Dieser zentralistischen Organisation gab der Berliner Kongreß seine Zustimmung. Schweitzer wurde Präsident, Fritzsche Vizepräsident. Von den 12 Arbeiterschaften konstituierten sich zunächst 9: eine Arbeiterschaft für die Berg- und Hüttenarbeiter, eine Metallarbeiterschaft, eine Allgemeine Deutsche Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter, dann Arbeiterschaften der Manufakturarbeiter und Weber, der Schuhmacher, der Bäcker, der Buchbinder und Lederarbeiter, der Holzarbeiter und der Maurer. Der Allgemeine Deutsche Schneiderverband schloß sich provisorisch an, und die Zigarrenarbeiter wollten durch einen Generalversammlungsbeschluß beitreten. Die Buchdrucker hielten sich fern.

Mit Schweitzer vereinigten sich nicht die Gewerkschaften der Bebel-Liebknechtschen Richtung und der Hirsch-Duncker-schen Gewerkschaften. Das Ende des Jahres 1868 sah 3 deutsche Gewerkschaftsrichtungen. Immerhin hat sich der von Schweitzer und Fritzsche einberufene Berliner Gewerkschaftskongreß große Verdienste um die deutsche Gewerkschaftsbewegung erworben.

Kurze Chronik Am 7. Juni wurde nach 12-wöchigem Kampf die Aussperrung gegen die *dänischen* Arbeiter aufgehoben, die für die folgenden Gewerkschaftsforderungen eintraten: Beibehaltung des bisherigen Systems der Lohnregulierung nach dem Preisindex und Berücksichtigung niedrig entlohnter Gruppen von ungelerten Arbeitern. \diamond Die erste *deutsche Gewerkschaftsbank*, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (siehe die Rundschau Staatssozialismus, in diesem Band Seite 489 und folgende), schloß mit einem Reingewinn von 139 556,38 Mark. Vom Aufsichtsrat wurde Theodor Leipart zum 1., Siegfried Aufhäuser zum 2. Vorsitzenden gewählt. \diamond Am 12. und 13. April tagte in Berlin der 15. Kongreß der *Freien Arbeiterunion Deutschlands*, der Anarchosyndikalisten. Der Hauptreferent des Kongresses Rudolf Rocker sprach sich für regere gewerkschaftliche Betätigung aus. Zum Vorsitzenden wurde Fritz Kater wiedergewählt. \diamond Der Mitgliederstand der *österreichischen Gewerkschaften* ging im Jahr 1924 von 896 763 auf 828 080 herab. \diamond Zum Nachfolger Samuel Gompers' als Präsident des Gewerkschaftsbundes der *Vereinigten Staaten* wurde James Duncan, ein früherer Steinhauer, gewählt. Er ist jetzt 70 Jahre alt. Die Richtung der American Federation of Labor, die Gompers eingeschlagen hat, dürfte auch unter Duncan, der schon bisher Vizepräsident war, innegehalten werden. \diamond Die *Moskauer Gewerkschaftsinternationale* umfaßt zurzeit 5 250 000 Mitglieder. Rußland allein stellt deren 4,5 Millionen; diese sind aber als staatlich organisierte Arbeiter und nicht als frei organisierte Gewerkschafter zu betrachten. \diamond Der Bildungsverband der deutschen Buchdrucker gründete die *Büchergilde* Gutenberg. Bisher hat sie 2 wertvolle und typographisch vortreffliche Bücher herausgebracht: Mit heiteren Augen von Mark Twain und Das Spiel mit der Puppe von Max Barthel. Die Zeitschrift Die Büchergilde erscheint monatlich. Die Leistungen dieser Büchergenossenschaft sind ganz hervorragend.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haunsteln

Menschheitsstammbaum Über den Werdegang der Stammesentwicklung des Menschen bestehen wohl

schon richtige Allgemeinvorstellungen, doch ist die Entwicklung des Menschengeschlechts von der Urform oder den Urformen aus im einzelnen noch recht ungeklärt; denn die Tatbestände, die sich bis jetzt auf Grund der paläontologischen Funde ergeben, lassen bloße Vermutungen, Meinungen oder Hypothesen stark überwuchern. Zur Klärung der vielen noch ungelösten Rätsel sind weitere glückliche Knochenfunde nötig; die ungemein rasche Zerstörung organischer Materie unter den tropischen Witterungsverhältnissen, unter denen die Vorfahren des Menschen gelebt haben müssen, läßt aber wenig Hoffnung die direkt fehlenden Glieder in der paläontologischen Entwicklungreihe des Menschen zu finden. Einen sichern Stammbaum selbst nur der Primaten aufzustellen gestatten deshalb unsere heutigen Kenntnisse noch keineswegs. Doch können wir wohl die meisten heute noch lebenden Genera, besonders die Menschenaffen (Anthropomorphen), Schimpanse, Gorilla, Orang-Utan und Gibbon, die in der Diskussion der Abstammungsfrage eine so große Rolle gespielt haben, als Endglieder mehr oder weniger langer Entwicklungsreihen auffassen, die im Miozän, einer Epoche stärkster Klimaänderungen, wohl noch einen gemeinsamen Formenkreis bildeten und auf eine oder mehrere Stammformen zurückführen.

Nach Gustav Schwalbe (Anthropologie /Leipzig, B. G. Teubner/) stammt der Mensch wahrscheinlich von Formen ab, die in gleicher Weise Charaktere der niederen Ostaffen und der Menschenaffen vereinigen. Diese führten schließlich zu Menschenaffenformen, aus denen die zu den Schimpansen aufsteigende Linie sich entwickelte. Aus dieser Linie hat sich dann vermutlich der zu den Menschen führende Hominidenstamm abgezweigt. Während Schwalbe sich also mit Darwin zur monogenetischen Anschauung bekannt hat, nahm Hermann Klaatsch (Die Aurignacrasse und ihre Stellung im Stammbaum der Menschheit, in der Zeitschrift für Ethnologie 1910 Seite 513 und folgende) keine einheitliche Vorfahrenreihe an. Er leitet zwar auch den Menschen aus einer Urform ab, die direkt an der Wurzel des Säugetierstammes stehen soll, und schließt so alle übrigen Gruppen der Primaten aus der Stam-

mesreihe der Menschen aus. Aber von dieser Urform aus sollen 2 Zweige, ein West- und ein Ostzweig, ausgegangen sein. Innerhalb jeder dieser Gruppen treten nun wiederum Sonderungen ein, die zur Bildung teils von Menschenrassen teils von Menschenaffen führten. Dem Westzweig sollen die afrikanischen Gorilloiden und Präneandertaloiden, dem Ostzweig die Prä-rangoiden angehören. Neandertalmensch Australier und Afrikaner werden der 1., Homo aurignacensis und die Mongolen der 2. Gruppe zugewiesen. Die Gliederung der Urstammgruppe wird in eine weit ins Tertiär zurückreichende Periode verlegt, was aus der Tatsache hervorgeht, daß es heute 4 wohl spezialisierte Menschenaffenformen gibt, je eine große und kleine afrikanische, Gorilla und Schimpanse, und je eine große und kleine asiatische, Orang und Gibbon; auch sind schon aus dem Tertiär mehrere fossile, zum Teil auch europäische Formen bekannt. (Von dieser Hypothese ist Klaatsch aber kurz vor seinem Tod wieder abgekommen.) Enge Verwandtschaftsbeziehungen der Menschen zu den heute lebenden Anthropomorphen bestehen sicherlich nicht, wenn auch beide identische Plazentaformen besitzen, und die Präzipitinreaktion (Ausflockungsreaktion) wie auch das Vorkommen von Läuseformen auf Schimpanse und Gibbon, die denen des Menschen sehr ähnlich sind, für eine relativ nahe Blutsverwandtschaft sprechen.

Unvoreingenommene Betrachtung der Ergebnisse der bisherigen Forschung zeigt, daß wir über die Abstammung des Menschen nur wenig gesichertes Wissen besitzen. Wir können nur sagen, daß sich im Lauf der Entwicklung auf der einen Seite der Mensch, auf der andern Gorilla, Schimpanse, Orang und Gibbon als Sonderformen entwickelt haben.

Beim Pithecanthropus erectus (Dubois), der die berühmte Lücke des Bindeglieds zwischen Mensch und Affe ausfüllen sollte, haben wir es wohl mit einem ausgestorbenen Seitenzweig zu tun, und zwar einer großanthropomorphen Affenart, die im Hinblick auf die Formverhältnisse von Unterkiefer, Zähnen, Oberschenkel und großer Schädelkapazität, trotz verschiedenen Ähnlichkeiten mit den Hylobatiden (Gibbonarten), als ein Glied, aber ein eigenes Genus der Hominidenfamilie anzusehen ist (siehe E. Dubois On the Principal Characters of the Cranium and the Brain, the Mandible and the Teeth of Pithecanthropus erectus, im 27. Band der Berichte der Amsterdamer

Akademie der Wissenschaften). Es handelt sich also nicht um einen Vorfahren des Menschen, wogegen auch das geologische Alter des Fossils spricht, das entweder dem jüngsten Tertiär oder dem ältesten Quartär zuzuweisen ist.

Die Bestimmung des zeitlichen Auftretens der Hominiden muß mangels genügender Knochenfunde aus allerfrühester Zeit auf die Funde von Artefakten aufgebaut werden. Ließen sich die Eolithen als von Menschenhand geformte Kunstprodukte erweisen, so müßten menschenartige Formen schon im ältern Tertiär vorhanden gewesen sein. Eine Annahme, der aber auch paläontologische Gründe entgegenstehen. Wahrscheinlich lebte der Mensch in den ältesten Perioden des Quartärs schon in Europa, wofür der Unterkiefer von Mauer bei Heidelberg aus dem Pré- oder Protochelléen spricht: Der Heidelberger Fund wurde gedeutet einmal als gemeinsamer Vorfahr des Menschen und der Anthropomorphen, dann als Übergangsform zwischen Anthropomorphen und Menschen. Vielleicht gehört er aber einer ältern Periode als der Neandertaler an, ist sein Vorgänger oder aber der Vorgänger eines fossilen Homo sapiens, also einer Form, der auch die heutige Menschheit angehört.

Ziemlich groß ist bereits die Reihe der Funde aus der ältern Steinzeit, der Menschenform, die als Homo primigenius (Neandertaler) zusammengefaßt wird, und die in der jüngern Steinzeit schon ausgestorben war und manche Ähnlichkeiten mit den jetzt lebenden Australiern aufweist. Die charakteristischen Eigentümlichkeiten des Neandertalers sind niedriges, langes, schmales Schädeldach mit fliehender Stirn, stark vorspringende, die Augenhöhlen überdachende Augenbrauenwülste, massiger Unterkiefer ohne vorspringendes Kinn, plumpe Skelettknochen sowie relativ geringe Körpergröße. Der Homo mousteriensis (Hauser) des Berliner Museums für Völkerkunde ist ein hervorragender Zeuge dieser Menschenform. Verschiedene Rassen des Homo primigenius aufzustellen geht deshalb nicht an, weil die feststellbaren morphologischen Unterschiede in die individuelle und geschlechtliche Variationsbreite fallen. Hinzu kommt, worauf Egon von Eickstedt (Gedanken über Entwicklung und Gliederung der Menschheit in den Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien 1925 Seite 231 und folgende) hinweist, daß schon, nachdem die großen Klimaänderungen der geologischen Umwelt zur Ausbildung einiger großer somatischer Gruppen, dar-

unter wohl der Vorläufer der heutigen Rassen geführt hatten, die Horden in den weiter offenen Waldlandschaften, den Savannen und Steppen der Alten Welt herumschweiften. Sie mehrten und verbreitend, auf der Suche nach neuen Jagdgebieten und vor den großen Klimaschwankungen mit ihrem Einfluß auf Flora und Fauna ausweichend, durchdrangen sich schon zahlreiche Gruppen der Vormenschheit. So waren in ihren Berührungsgebieten die Menschenrassen gemischt, bevor sie als eigentliche menschliche Rasse überhaupt existierten.

In der jüngern Steinzeit werden schon sichere Skelette des fossilen *Homo sapiens* gefunden, und eine Rassengliederung ist deutlich geworden. 2 Rassen lassen sich unterscheiden: die Cro-Magnon-Rasse (besonders die Funde im mittlern wie im südlichen Frankreich, zu denen auch das im Berliner Museum bewahrte Skelett des *Homo aurignacensis* gehört), an die sich die im Magdalenien auftretenden Formen anschließen, und die Grimaldirasse, die, mit negroiden Zügen ausgestattet, den Nordrand des Mittelmeeres einnahm. Die Cro-Magnon-Rasse zeigt schon weitgehende Ähnlichkeit mit dem modernen Europäer: Der Schädel ist lang, schmal, hoch, Augenbrauenwülste nur in der innern Hälfte des obern Augenhöhlenrandes, Unterkiefer weniger massig, Kinn deutlich vorspringend, Schädeldach und Gesicht sind bald mehr bald weniger schmal. Auch die Körpergröße ist individuell verschieden. Am Ausgang der jüngern bis in die jüngste Steinzeit hinein tritt eine mittellange bis kurzköpfige Rasse in Europa auf, deren Herkunft ebenso völlig ungeklärt ist wie die eines sehr kleinwüchsigen Typus der jüngsten Steinzeit. Die Entwicklung der protohistorischen Typen des europäischen Kontinents aus all diesen Rassen ist in ihren Zusammenhängen noch vollständig dunkel, weil alle bisher gemachten Versuche sich auf die Untersuchung viel zu wenig zahlreicher Merkmale stützten (siehe Rudolf Martin Lehrbuch der Anthropologie /Jena, Gustav Fischer/). In Asien, Afrika und Ozeanien wurden keine dem europäischen Diluvium entsprechenden Funde gemacht, und die amerikanischen Skelettfunde, die als solche in Anspruch genommen wurden, konnten kritischer Prüfung nicht standhalten. Der amerikanische Mensch, der körperlich eine einzige Rasse darstellt, ist wahrscheinlich im Beginn des Diluviums über die Aleuten oder über eine

Landbrücke, die früher bestand, von Asien aus eingedrungen und hat erst in der neuen Heimat seine unterschiedlichen Merkmale ausgebildet.

Wo die "Wiege der Menschheit" stand, ist ebenfalls ganz ungewiß. Haeckel nahm dafür das südliche Asien, Schöndensack die ostindische Inselwelt oder Australien, Arldt Mittelasien, Wilser die heutige Arktis, Ameghino Südamerika, Sergi Afrika in Anspruch, ohne daß einer dieser Forscher überzeugende Gründe für seine Annahme in die Wagchale werfen konnte. Luschan hat hervorgehoben, daß die Urheimat an irgendeiner Stelle des Gebiets liegen müßte, wo einmal alte Knochenfunde gemacht wurden, oder wo die dem *Homo primigenius* ähnlichen Reste primitiver Urbevölkerung vorhanden sind oder waren; auf einer Zone also, zwischen Gibraltar über Eurasien bis Australien. Eickstedt wendet sich gegen den Begriff eines Ausstrahlungszentrums, da ein geographisch eng begrenztes Zentrum der Entstehung und Ausstrahlung für die vielrassige, ökologisch zonenhaft gebundene Menschheit jeder Ursache und Wahrscheinlichkeit entbehrt. Das Gebiet der Menschwerdung sucht er in dem Gürtel zwischen den großen Wäldern des alten Kontinents, in breiter Entwicklungsfront aus einem großen, somatisch geschlossenen Formkreis, der sich auf der Grundlage gleicher, gemeinsamer biochemischer Reaktionsnormen in ganz bestimmten neuen Richtungen zu differenzieren beginnt. Ohne jeden bewußten Anteil der einzelnen Individuen, allerdings unter aktiver Aufnahmebereitschaft der betroffenen Organismen, formen sie sich mit der sich umbildenden Umwelt in Generationsfolgen um, wobei die noch aktiv "suchende" Reaktionsbereitschaft zu planlosen Mutationen führte, denen dann erst Selektionen gefolgt sind. So hätte die breite eurasische Entwicklungsfront zur Menschheit geführt.

Menschenrassen

Die Tatsache, daß Verbreitungen, Wanderungen und Rassemischungen bereits in der Eiszeit stattgefunden haben, erweist, daß der Begriff reine Rasse eigentlich unzutreffend ist. Noch wichtiger hierfür ist, was aus dem gewaltigen Formenreichtum zur Zeit der Entfaltung des alten Hominidenstammes erschlossen werden muß, daß in der enormen Zeitdauer der biologischen Vorgänge die Zwischenformen uralte biologische Ergebnisse darstellen, daß die Vormenschheit bereits einen Rassenzerfall aufwies,

und daß die Rasse, so scharf wir sie auch metrisch und logisch umreißen können, biologisch doch flüchtig und fließend bleibt. Felix von Luschan hat deshalb immer betont, daß es nur eine einzige menschliche Rasse, eine Spezies *Homo sapiens*, gibt, und daß die trennenden Eigenschaften der sogenannten Rassen im wesentlichen durch klimatische, soziale und andere Faktoren der Umwelt entstanden sind. Definieren wir das Wort Rasse im anthropologischen Sinn als Urrasse, wie sie durch lange Isolierung und scharfe Auslese entstanden ist, so finden wir solche Rassen nur noch bei einigen primitiven Völkern, so bei den Australiern, den Tasmaniern (die jetzt auch ausgestorben sind), den Weddas auf Ceylon, den Aetas auf den Philippinen, den Buschmännern in Südwestafrika, den afrikanischen Pygmäen. Was wir sonst sehen, sind Rassen-gemische, aus denen die äußere Betrachtung einzelne Rasseelemente in mehr oder weniger großer Reinheit aussondern kann. So finden wir unter den Bewohnern Europas in der Hauptsache 4 Rasseelemente: die nordische, die mediterrane, die alpine und die dinarische Form. Am reinsten kommt der nordische Bestandteil in Teilen von Schweden und in Schottland vor; er nimmt den Westen des europäischen Nordens und Nordwestens ein. Die mediterrane Form sitzt am Mittelmeer. Die alpine Form findet sich hauptsächlich in Südwest- und Mittelfrankreich, ferner im Alpengebiet, süd- und nordwärts. Die dinarische lebt vornehmlich im Balkan-gebiet und verteilt sich über die vormalig österreichischen Alpenländer bis nach Süd- und Mitteldeutschland hinein. Die Mischung der einzelnen Rassebestandteile ist allgemein recht stark, so daß reine Typen, im großen gesehen, selten sind. Äußerlich betrachtet werden Individuen mit mehr oder weniger ausgeprägten Zügen der einen oder andern Form gefunden. Das bewirkt die große Schwierigkeit der Klassifikation der heute lebenden Menschenrassen. Hinzu kommt, daß der Mensch zu den formenreichsten Arten der Säugetiere gehört. Blumenbach nahm 1775 5 Varietäten des Menschen an: die kaukasische, die mongolische, die äthiopische, die amerikanische und die malaiische. Von den neueren, nach morphologischen Merkmalen vorgenommenen Einteilungen sei das Schema Ernst Haeckels hervorgehoben: 1. *Homo primigenius*, 2. *Homo phaoderms*, die australoide Spezies, 3. *Homo meloderms*, die negroide Spe-

zies, 4. *Homo xanthoderms*, die mongoloide Spezies und 5. *Homo leucoderms*, die mediterrane Spezies; ferner die Einteilung Denikers, die mit den neueren Forschungen am besten in Einklang steht und 25 Varietäten des *Homo sapiens* annimmt.

Die Rassenfrage ist aus der rein wissenschaftlichen Betrachtung heraus in politisches Fahrwasser gezerrt worden, wodurch in den Köpfen viel Unheil angebracht wurde. Parteipolitischer Eifer schafft keine wissenschaftlichen Ergebnisse. So wurden Ideen geboren wie der "nordische Gedanke", der zum Beispiel in dem sonst anregenden Buch Hans F. K. Günthers *Kleine Rassenkunde Europas* /München, J. F. Lehmann/ vertreten wird. Definiert man mit dem Verfasser das Wort Rasse als »eine Menschengruppe, die sich durch die ihr eignende Vereinigung körperlicher Merkmale und seelischer Eigenschaften von jeder andern Menschengruppe unterscheidet und immer wieder nur ihresgleichen zeugt«, so ist es schon darnach eine völlige Utopie, wenn am Schluß die Ausführungen in die Worte ausklingen, »daß wir Mut genug haben müssen den künftigen Geschlechtern eine rassisch und erbgesundheitlich sich reinigende Welt vorzubereiten . . . Die fördernde Auslese kann sich in den Völkern germanischer Sprache nur auf das leiblich-seelische Bild der nordischen Rasse richten.« Auch das Büchlein Otto Hausers *Rassezucht* /Braunschweig, Georg Westermann schwimmt ganz im Fahrwasser parteipolitisch gebundener Rasschygiene. Leonhard Franz wies bei Besprechung des Buches Willy Pastors *Deutsche Urzeit* /Leipzig, H. Haessel/ im 11. Band der Wiener Prähistorischen Zeitschrift darauf hin, daß auch dieser Autor zum größten Teil Pseudowissenschaft gebracht habe, und er hob hervor, daß wir »immer noch keine wirklich volkstümliche, dabei wissenschaftlich gediegene Darstellung der deutschen Urzeit« haben, und daß »besonders unsere völkischen Kreise in diesen Fragen noch immer Führern wie Guido von List (den man ruhig als wissenschaftlichen Hochstapler bezeichnen kann) und Genossen folgen«. Dazu bemerkt von Behr-Pinnow in seinem weiter unten angezeigten Buch *Die Zukunft der menschlichen Rasse*: »Es wäre ein solches Vorgehen [den nordischen Menschen besonders zu fördern] auch nicht einmal praktisch durchführbar, dazu ist die Vermischung schon viel zu stark fortgeschritten, und man möchte den sehen, der aus der Bevölkerung die zu

solchem Zwecke erforderlichen Isolierungen vornehmen könnte, selbst wenn er nur vorwiegend nordische bestimmen sollte . . . Je weiter man diesen Gedanken espinnt, desto abstruser erscheint er, und es ist auch nur um der Vollständigkeit willen geschehen, und um zu zeigen, was für Hirngespinnste in den Köpfen von Mitläufern der Eugenik entstehen, die der Sache nur schaden . . . « Auch Walter Scheidt hat in seiner Einführung in die naturwissenschaftliche Familienkunde (Familienanthropologie /München, J. F. Lehmann/), die das heutige Wissen ganz ausgezeichnet zusammenfaßt, und deren Lektüre sehr zu empfehlen ist, hervorgehoben, daß wir bei allen Völkern Europas überall nur Rassenmischlinge, aber keine reinrassigen Individuen finden. Die Aufgabe der Familienkunde kann also nur sein die Prüfung, inwieweit Merkmale rassischer Art sich bei einem Individuum vereinigt finden, nicht aber die Rassenzugehörigkeit einzelner Familienmitglieder festzustellen. Matthias Mieses (Zur Rassenfrage, eine stammes- und kulturgeschichtliche Untersuchung /Wien, Wilhelm Braumüller/) nimmt gegen die Annahme reiner Rassen, gegen die Identität von Ariern und Indogermanen, gegen die behauptete Superiorität der Arier, gegen die Polygenese usw. Stellung. Das Buch birgt sehr reiches Tatsachenmaterial, verwertet aber nur Literatur bis zum Krieg und ist leider fast völlig negativ gerichtet.

Neben der völkischen Tendenz fällt in der jüngsten Literatur noch die christliche auf. Otto Hamann gibt in seinem Buch Herkunft des Menschen eine Darstellung der Abstammungslehre in der Sammlung Natur und Bibel in der Harmonie ihrer Offenbarungen /Hamburg, Agentur des Rauhen Hauses/, in der er die Ergebnisse der modernen Abstammungslehre mit den Lehren der Kirche in Einklang zu bringen strebt. Das Buch stellt das, was man auf diesem Gebiet weiß, sehr gut zusammen.

Wirft die Literatur auf dem Gebiet der Rassenkunde und Rassenhygiene ein Streiflicht auf die treibenden Energieen von Nationalhaß und Rassehaß, die seit Kriegsende wieder zu den stärksten geistigen und sozialen Gegenwartsströmungen gehören, so ist Walter Sulzbach in seiner Schrift Vorurteile und Instinkte, eine Untersuchung über die Rasseabstoßung und den Antisemitismus /Berlin, Oesterheld & Co./ den Triebfedern dieser Erscheinungen nachgegangen. Er zeigt, wie durch Voreinstellung auf der

einen Seite, durch die so bedingte Reaktion aber auf der andern Seite ein Zusammenschweißen des tatsächlichen Geschehnisses mit den a priori gegebenen Erwartungsreihen im Bewußtsein des Erfahrungssubjekts stattfindet. Da Vorurteile aber nie ererbt sondern stets nur erworben sind, da die kausale Verkettung der Erscheinungen erst durch uns selbst stattfindet, so beruhen die Antipathieen, auf die gewisse Rassen stoßen, zum Teil jedenfalls nicht auf den Eigenschaften dieser Rasse sondern darauf, daß ihnen die anderen Rassen allenthalben mit der gleichen Voreinstellung entgegengetreten. Ist Vorurteil aber nicht "von Natur" sondern durch menschliche Satzung erzeugt, so ist es sehr wohl möglich, daß auch dieses Rassevorurteil einst der Geschichte angehören wird.

Zeitschriften Eine Zeitschrift für allgemeine Biologie hat bis jetzt gefehlt, wenn auch biologischen Monographien in den Arbeiten auf dem Gebiete der experimentellen Biologie, in der Bibliothèque de la biologie générale und in den Monographs on Experimental Biology Raum gewährt wurde.

Leopold Löhner /Graz/, Raymond Pearl /Baltimore/ und Ladislaus R. Uzička /Prag/ geben die internationale Zeitschrift für allgemeine Biologie *Biologia generalis* heraus /Wien, Emil Haym & Co./ . Sie soll auf diesem Wissensgebiet eine Zusammenfassung aller internationalen Arbeit anstreben und ist offen für Arbeiten in deutscher, französischer, englischer, italienischer und russischer Sprache aus dem Feld der allgemeinen Morphologie, Physiologie und Ökologie, und zwar ohne jede Einschränkung der den Untersuchungen zugrundeliegenden Arbeitsmethoden und Untersuchungsrichtungen, allerdings mit Ausschluß der metaphysischen.

Seit April 1924 erscheint die *Zeitschrift für kulturgeschichtliche und biologische Familienkunde* /Nürnberg, Lorenz Spindler/. Herausgeber ist Willy Hornschuch. Die Zeitschrift will in weitestem Rahmen den Wechselbeziehungen zwischen Kulturgeschichte und Familienforschung nachgehen, auch die wichtigsten Erkenntnisse und Bestrebungen der Eugenik und Vererbungslehre popularisieren.

Seit dem 15. April 1925 erscheint 2mal monatlich *Gaea*, eine Korrespondenz für Urgeschichte, Menschenkunde, Erdgeschichte, Pflanzen- und Tierforschung, Sternkunde, herausgegeben von Otto Hauser /Berlin, Heinrich Worms/.

Rhoda Erdmann hat ein *Archiv für Experimentelle Zellforschung* herauszugeben begonnen /Jena, Gustav Fischer/. Fachmänner auf diesem Gebiet aus allen Ländern wirken mit. Die Arbeiten können in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache veröffentlicht werden. Dieses Archiv, das in zwanglosen Heften von etwa je 10 Bogen erscheint, bedeutet eine große und hoffentlich dauernde Bereicherung der biologischen Literatur.

Methodij Popow /Sofia/ und Walther Gleisberg /Breslau/ geben *Zellstimulationsforschungen* heraus, die zwanglos in einzelnen Heften erscheinen /Berlin, Paul Parey/. Die Zellstimulation, ein Teilgebiet der allgemeinen Biologie, befaßt sich mit der Reizung und Steigerung der integralen Lebensvorgänge durch bestimmte, vor allem chemische Beeinflussung. Sie hat in der künstlichen Parthenogenese, der Anregung von Zellteilungsvorgängen im unbefruchteten Ei durch physikalische und chemische Agentien, ihren wichtigsten Vorläufer, bereits systematisch bearbeitet, gefunden. Der praktische Sonderfall der Zellstimulation ist das Frühtreiben von Pflanzen nach besonderer Vorbehandlung. Auch der Medizin wird hier ein weites Arbeitsfeld eröffnet, erfährt doch unter dem Gesichtspunkt der Zellstimulationsforschung die Entstehung der Krebsgeschwülste neue Beleuchtung. Diesem nicht nur wissenschaftlich sondern auch praktisch wichtigen Spezialgebiet der Biologie wird durch die neue Zeitschrift sicherlich Förderung zuteil werden.

Totenliste

Am 24. September 1924 starb *Max Wolfgang Hauschild* auf hoher See, nahe bei Ceylon, auf einer anthropologisch-ethnographischen Forschungsreise nach Niederländisch Indien. Von seinen Arbeiten seien die gründliche und wichtige Untersuchung an den Göttinger Gräberschädeln, seine Untersuchung über das Pigment im Auge der Säugetiere und der menschlichen Rassen, seine anthropologischen Betrachtungen an den menschlichen Lippen, das Mendeln der Schädel, das Problem der Cro-Magnon-Rasse erwähnt. Sein Grundriß der Anthropologie wird bald bei Borntraeger in Berlin erscheinen.

Der hervorragende Amerikanist und Direktor des Stuttgarter Lindenmuseums *Theodor Koch-Grünberg* ist auf einer Forschungsreise in Brasilien der Malaria erlegen (siehe die Rundschau Kolonisation, in diesem Band Seite 194).

Am 13. November starb, an seinem 81. Geburtstag, *Friedrich Albin Hoffmann* in Leipzig. Von seinen Arbeiten seien seine experimentellen und klinischen Studien zur Diabetesfrage und sein Lehrbuch der Konstitution hervorgehoben.

Gleichfalls im November starb *Sir Archibald Geikie*, der älteste der englischen Geologen und Geographen, im Alter von 89 Jahren. Von 1881 bis 1901 stand er an der Spitze der geologischen Landesaufnahmen des Vereinigten Königreichs. Er war Direktor des Museums für Geologie, wiederholt Präsident der Geologischen Gesellschaft und von 1908 bis 1913 Präsident der Royal Society of Science.

In der Nacht zum 28. November starb in Würzburg der Professor der Anatomie *Hermann Braus*, in seinem 57. Lebensjahr. Sein wissenschaftliches Wirken baute sich auf Johannes Müller, Karl Gegenbaur, Albert Kölliker und Wilhelm Roux auf. Seine vergleichenden anatomischen und experimentellen Arbeiten gingen in ihrer überwiegenden Zahl von dem Sonderfall des Brustschulterapparats und der Extremität aus und führten ihn zu den allgemeinsten historischen und kausalen Fragen. Von besonderer Bedeutung sind seine Untersuchungen zur vergleichenden Histologie des Lebens der Wirbeltiere. Dazu kamen die Untersuchungen an explantierten Nervenzellen und embryonalen Amphibienherzen, in deren Dienst er auch die Kinematographie stellte. Seine Vorlesungen schmelzen bei souveräner Beherrschung von Stoff und Sprache, die Quintessenz der anatomischen Forschung der letzten 100 Jahre mit den eigenen Erkenntnissen zu einer neuen und eigenartigen Darstellung der lebendigen Gesamterscheinung Mensch zusammen.

Am 30. Dezember starb der norwegische Forschungsreisende und Pionier für den Walfischfang *C. A. Larsen*, im Alter von 64 Jahren, auf einer Expedition im Rossund, südlich von Neuseeland. Auf seinen Reisen 1892 und 1893 entdeckte er weite Strecken neuen Landes im südlichen Eismeer, und er stellte als erster das Vorkommen von Versteinerungen in der antarktischen Welt fest. 1901 bis 1903 leitete er die berühmte Südpolar-expedition Nordenskjölds.

Am 7. Januar 1925 starb *Oscar Bretfeld*, der emeritierte Ordinarius für Botanik an der Breslauer Universität, in seinem 87. Lebensjahr. Sein Sondergebiet war die Pilzkunde, die er durch Erforschung fast sämtlicher Pilzgattungen erst in die rechte Bahn lenkte. Von ihm stammt

die Idee der Gelatinekultur, der Arbeitsmethode für die Keimzüchtung, die Robert Koch erst die technische Grundlage der Bakterienforschung gab. Am 22. März starb, 83 Jahre alt, *Victor von Ebner*, früher Ordinarius für Histologie an der Wiener Universität. Neben Untersuchungen über den feineren Bau der Knochensubstanz und die Entwicklung der Samenfäden veröffentlichte er mikroskopische Studien über das Wachstum und den Wechsel der Haare und über die Histologie der Zähne.

Kurze Chronik Der Preis der Theodor Kocher-Stiftung wurde von der Universität Bern dem ordentlichen Professor für Zoologie an der dortigen Universität Friedrich Baltzer zur Förderung seiner Untersuchungen über Vererbung und Geschlechtsbestimmung und dem außerordentlichen Professor für Botanik Walther Tytz zur Förderung seiner Untersuchungen über eiszeitliche und voreiszeitliche Floren zuerkannt. \diamond Der schwedische Gelehrte Svennung von der Universität Upsala fand in der Ambrosiana in Mailand eine bisher unbekannte lateinische Handschrift, die eine Abhandlung des Palladius über die Pflege der Haustiere enthält. Diese Schrift aus dem 4. Jahrhundert wird in Lundstroems *Collectio scriptorum veterum Upsalensis* erscheinen. \diamond Der bedeutende Anthropoidenkennner *Paul Matschie* ist 2. Direktor des Zoologischen Museums in Berlin geworden. \diamond Als Nachfolger Haberlands wurde *Hans Kniep* aus Würzburg Ordinarius für Botanik an der Universität Berlin. \diamond Am 1. April übernahm *Karl von Frisch* /Breslau/ das Ordinariat für Zoologie und vergleichende Anatomie an der Universität München; er wurde dort Nachfolger Richard Hertwigs. \diamond Der Privatdozent für allgemeine Anatomie und Entwicklungsgeschichte an der Universität Leipzig *Siegfried Guthertz* erhielt dort einen Lehrauftrag für Vererbungslehre. \diamond Der Abteilungsvorsteher am Berliner Physiologischen Institut *Martin Gildemeister*, besonders durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Elektrophysiologie bekannt, übernimmt das Leipziger Ordinariat für Physiologie. \diamond Als Nachfolger W. von Moellendorffs erhielt *Heinrich Poll*, der bisher in Berlin als Biologe arbeitete, den Lehrstuhl für Anatomie in Hamburg. \diamond Die Baseler Regierung hat für *Gustav Wolff*, den ehemaligen Ordinarius für Psychiatrie, der vor seinen hervorragenden Leistungen in seinem Son-

derfach seine Laufbahn als Zoologe, Schüler Richard Hertwigs, begann und wertvolle biologische Untersuchungen veröffentlichte, eine Professur für theoretische Biologie errichtet. \diamond Einem Ruf nach Moskau, auf den Lehrstuhl für Physiologie, folgte *Lina Stern*, bisher Professor an der Universität Genf und bekannt durch ihre Arbeiten über Oxydationsvorgänge. \diamond Für Botanik habilitierten sich an der Universität Königberg Fritz Steinecke und Hermann Ziegenspeck, an der Universität München Walter Sandt, für Anthropologie und Anatomie an der Universität Erlangen Andreas Pratz, für Physiologie an der Universität Leipzig Josef Kapfhammer.

Literatur

Durch Hugo Schulz' erweiterten Vortrag Rudolf Arndt und das biologische Grundgesetz /Greifswald, L. Bamberg/ wird das Verdienst des Greifswalder Psychiaters *Rudolf Arndt* der Vergessenheit entrissen; die Frage nach dem Einfluß der Reizstärke auf die Lebenstätigkeit von einem umfassenden Standpunkt aus durchgearbeitet zu haben, so daß das Ergebnis ein allgemeines Gesetz, das biologische Grundgesetz, gewonnen wurde. An der Hand von Belegen aus der neuern Forschung wird in seiner grundlegenden Bedeutung für Erkenntnis und Beurteilung biologischer Vorgänge die Gültigkeit dieses Gesetzes erwiesen, das besagt: Zu den wesentlichsten Eigenschaften des Protoplasmas gehört seine Reizbarkeit, die sich in Lebenstätigkeit, wenn auch nur seiner kleinsten Bestandteile unter einander, zu erkennen gibt. Schwache Reize fachen sie an, mittelstarke beschleunigen sie, starke hemmen und stärkste heben sie auf. Individuell ist, was sich als ein schwacher, ein mittelstarker, ein starker oder sogenannter stärkster Reiz wirksam zeigt. \diamond In der Thüringer Verlagsanstalt in Jena hat *Otto Hauser* eine Neubearbeitung seines Buches *Der Mensch vor 100 000 Jahren* erscheinen lassen. In den ersten 11 Kapiteln schildert er seine Ausgrabetätigkeit in der Dordogne, die zu der Auffindung der oben erwähnten beiden bedeutenden diluvialen Skelette führte. Dankbar muß Hausers systematische Arbeit anerkannt werden, eine Arbeitsmethode, die, auf deutsche Fundstätten angewandt, wohl auch hier noch neue Funde erwarten ließe. Das 12. bis 14. Kapitel geben eine Darstellung der Urgeschichte, und das 15. ist der Kunst der Ausgrabung gewidmet. Hervorgehoben muß werden, daß Hauser, aus

dem Bedürfnis der Selbstverteidigung heraus, vieles recht einseitig darstellt; so den Stand der Wissenschaft an der Jahrhundertwende und die paläolithischen Kulturstufen. ◊ Wenn *Walter Scheidt* mit seinem Buch *Die Rassen der jüngeren Steinzeit in Europa* /München, J. F. Lehmann/ auch seine Aufgabe: die Rassenfrage der jüngeren Steinzeit zu klären, nicht lösen konnte, so ist die Schuld daran allein dem immer noch ungenügenden und weithin verstreuten Material zuzuschreiben. Demgegenüber bildet das Buch aber eine ausgezeichnete Übersicht über die Fundplätze und Funde der zahlreichen neolithischen Schädel. Auffallend ist trotz den vorherrschenden Langköpfe die Zahl der gefundenen Kurzköpfe. In Spanien sind die Langköpfe niedrig und breitgesichtig, in Italien und im Norden (England und Skandinavien) sind sie etwas höher, ebenso wie die Pfahlbauschädel, ausgesprochen hoch in Ostdeutschland. Die Nord- und Südlängköpfe werden von der Cro-Magnon-Rasse abgeleitet. Dazu hat Eugen Fischer bemerkt, daß die Furfoozrasse wohl die gleiche Rolle für die Kurzköpfe spielt. ◊ Das Buch *Karl von Behr-Pinnou's Die Zukunft der menschlichen Rasse* /Berlin, F. Fontane & Co./ gibt in ausgezeichneter Weise in einfacher Klarheit die erbbiologischen Grundlagen, zieht die zur Erhaltung und Förderung der menschlichen Rasse gebotenen Schlüsse und legt dar, was die Eugenik bedeutet und will. Angenehm berührt, daß der Verfasser sich von allen Übertreibungen, besonders von "Rassenpolitik", fernhält, so daß dieses Buch in der Tat geeignet ist dem Gedankenkreis der Eugenik Anhänger zu werben. ◊ Der berühmte Anthropologe *Rudolf Martin* bringt in seiner wegweisenden Schrift *Richtlinien für Körpermessungen* /München, J. F. Lehmann/ in knapper Form alles für eine zielbewußte Durchführung von Körpermessungen der heranwachsenden Jugend Notwendige. Die allgemeinen Leitsätze, Messung und Wägung, ihre zahlenmäßige Verarbeitung und graphische Darstellung sind klar und ausgezeichnet auseinandergesetzt. ◊ Das einen Vortrag in einer Pädagogischen Fortbildungswoche vor den Studienräten höherer Schulen Sachsens wiedergebende Heft *Fritz Lenz' Über die biologischen Grundlagen der Erziehung* /München, J. F. Lehmann/ betrachtet die Frage von Erziehung und Unterricht unter biologischen Gesichtspunkten. Die Ausführungen dürften die Lehrerschaft anregen manche Reformen anzubahnen.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Verfassungsrecht Die Reichsregierung hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der *Reichsverfassung* vorgelegt. Danach soll hinter Artikel 77 folgender Artikel 77a eingeschaltet werden: »Wenn die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstands es dringend erfordert und der Reichstag nicht versammelt ist, kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen. Diese Verordnungen sind alsbald dem Reichstag vorzulegen. Auf sein Verlangen sind sie außer Kraft zu setzen.« Der Gesetzentwurf, der den Artikel 55 der preussischen Verfassung vom 30. November 1920 zum Vorbild hat, ist verfassungsändernd. Der Reichsrat hat der Einbringung des Entwurfs mit der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Mehrheit zugestimmt. Über die Zweckmäßigkeit der Einführung eines Notverordnungsrechts kann man verschiedener Meinung sein. Wenn aber hierbei vielfach auf das teilweise noch weitergehende Notverordnungsrecht der Länder hingewiesen wird, so ist zu bedenken, daß nach der Reichsverfassung den Ländern nur eine verhältnismäßig untergeordnete Gesetzgebungsbefugnis verblieben ist, während das Reich die umfangreichste und zugleich bedeutendste Gesetzgebung ausübt. Das Notverordnungsrecht der Länder läßt sich daher mit dem des Reichs ebensowenig vergleichen wie deren beiderseitige Gesetzgebungsbefugnis. Es ist etwas anderes, ob man etwa die Bekämpfung der Bismarck eine Landesnotverordnung oder die Regelung der sozialen Gesetzgebung, der Zoll- und Steuergesetze usw. einer Reichsnotverordnung überlassen soll. Jedenfalls fordert dieser tiefgreifende Unterschied, daß das Notverordnungsrecht des Reichs mit größter Klarheit seinen Umfang erkennen läßt. Diese Klarheit läßt der Entwurf vermissen, und die unscharfe und widerspruchsvolle Begründung tut das ihrige. Vor allem wäre eine genaue Abgrenzung des Begriffs ungewöhnlicher Notstand unerlässlich. Die Begründung will darunter wirtschaftlichen Notstand verstanden wissen. Abgesehen davon, daß diese Kennzeichnung in den Text des Gesetzes selbst hinein gehört, braucht diese positive Einschränkung eine negative, die in der Form eines Ab-

satzes 2 mindestens etwa zu lauten hätte; Absatz 1 findet keine Anwendung auf die nach Artikel 6 Ziffer 3 und 6 und Artikel 7 Ziffer 2 bis 11 der Reichsgesetzgebung unterliegenden Gegenstände. Denn andernfalls wären einer schrankenlosen Auslegung des Begriffs ungewöhnlicher Notstand Tür und Tor geöffnet. Die bisherige Auslegung des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung durch die Reichsregierungen und die Spuren der Ermächtigungsgesetze schrecken. Während ferner die Begründung auf der einen Seite die Notwendigkeit hervorhebt den bisher an Stelle des fehlenden Notverordnungsrechts angewandten Artikel 48 Absatz 2 zu entlasten, betont sie zum Schluß, daß neben dem Notverordnungsrecht das Recht des Reichspräsidenten Verordnungen aus Artikel 48 in dem dort vorgesehenen Umfang zu erlassen unverändert bleibe, wenn auch die Notwendigkeit des Gebrauchmachens wesentlich eingeschränkt werde. Die Naivetät der Begründung ist bewundernswert. Soll etwa, wenn die Reichsregierung mit dem Notverordnungsrecht nicht durchkommt, der Reichspräsident befugt sein die Verordnungen nunmehr auf Grund von Artikel 48 Absatz 2 zu erlassen? Schon diese eine Unklarheit zeigt, daß die Einführung eines Notverordnungsrechts ohne gleichzeitige Verabschiedung des immer wieder, zuletzt vom Reichsinnenminister Schiele in der Sitzung des Reichstags vom 13. Juni 1925, angekündigten, bis heute aber wohl noch nicht in Angriff genommenen Ausführungsgesetzes zu Artikel 48 zu den schwersten politischen Verwirrungen führen muß. Schließlich fehlt im Entwurf die Angabe, wann auf Verlangen des Reichstags die Verordnung außer Kraft zu setzen ist. Daß dies sofort zu geschehen hat, mag selbstverständlich erscheinen; aber bisweilen ist es gut auch das Selbstverständliche ausdrücklich auszusprechen. Das verfassungsrechtlich Reizvollste an dem Entwurf ist die darin dem Reichsrat zugewiesene Stellung. Die auf Grund des Artikels 77a ergehenden Notverordnungen bilden einen Teil der Reichsgesetzgebung. Nach Artikel 68 Absatz 2 werden die Reichsgesetze vom Reichstag beschlossen. Lediglich zur Einbringung der Vorlagen bedarf die Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrats, wobei sie im Fall von Meinungsverschiedenheit gleichwohl an der Einbringung unter Darlegung der abweichenden Auffassung des Reichsrats nicht gehindert ist. Gegen die vom Reichstag beschlossenen

Gesetze steht dem Reichsrat nach Artikel 74 das Einspruchsrecht zu. Wenn aber der Reichstag nach solchem Einspruch bei der nochmaligen Beschlussfassung das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit annimmt, muß der Reichspräsident das Gesetz verkünden, sofern er nicht den Volksentscheid anordnen will. Das bedeutet praktisch, daß gegen den zu zwei Dritteln einigen Reichstag der Reichsrat bei der Gesetzgebung machtlos ist. Diese dem Reichsrat für die Mitwirkung in der Gesetzgebung durch die Reichsverfassung zugewiesene Stellung wird durch den Entwurf entscheidend geändert. Durch ihn wird der Reichsrat zum erstenmal als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung neben dem Reichstag anerkannt; Zum Zustandekommen eines Reichsgesetzes im Rahmen der Notverordnung ist der übereinstimmende Mehrheitsbeschuß des Reichsrats und des Reichstagsausschusses erforderlich. Die Reichsverfassung, wonach der Reichstag alleiniger Träger der Gesetzgebung ist, wird außer Kraft gesetzt. Der Reichstagsausschuß kann zu zwei Dritteln, ja er kann einstimmig eine Notverordnungsvorlage der Reichsregierung annehmen; sie kann nicht Gesetz werden, wenn der Reichsrat nicht zustimmt. Hier heißt es: Principiis obsta! Die präjudizierende Wirkung könnte sonst von ungeahnter Tragweite sein. Nach alledem wird die Notwendigkeit eines Notverordnungsrechts streng zu prüfen sein. Soweit man sie bejaht, wird man unter äußerster Beschränkung seines Umfangs volle Klarheit seines Inhalts neben der Beseitigung der Vorzugsstellung des Reichsrats zu fordern haben.

Schlichtungswesen Wenige Wochen nach der Novemberumwälzung hatte der Rat der Volksbeauftragten, durch eine Verordnung vom 23. Dezember 1918, Schlichtungsausschüsse eingesetzt, die aus 6 Mitgliedern und unter Umständen noch einem unparteiischen Vorsitzenden bestanden. Die Schlichtungsausschüsse hatten die Aufgabe Arbeitsstreitigkeiten mannigfacher Art, Gesamtstreitigkeiten, zum Beispiel über den Abschluß von Tarifverträgen, und Einzelstreitigkeiten, zum Beispiel Einsprüche gegen Entlassungen, zu schlichten (siehe den Artikel Stühmers Die Schlichtungsordnung, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 II Seite 656 und folgende). Diese Regelung konnte nur vorläufig sein und bedurfte der Überführung in einen endgültigen Zustand. Nach langen Vorbereitungen hatte die

Reichsregierung dem Reichstag den Entwurf einer umfassenden Schlichtungsordnung von über 100 Paragraphen vorgelegt, den der Reichstag jedoch nicht verabschiedet hatte. Darauf hat bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung die Reichsregierung auf Grund des 1. Ermächtigungsgesetzes durch Verordnung vom 30. Oktober 1923 das Schlichtungswesen neu geregelt. An Stelle der bisherigen sind neue Schlichtungsausschüsse errichtet worden, die aus einem oder mehreren unparteiischen Vorsitzenden und aus Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl bestehen. Während die Landesbehörden vor der Bestellung der Vorsitzenden die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bezirks nur anzuhören brauchen, sind sie bei der Berufung der Beisitzer an die Vorschläge dieser Vereinigungen gebunden. Diese Schlichtungsausschüsse haben zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) Hilfe zu leisten. Daneben hat der Reichsarbeitsminister für größere Wirtschaftsbezirke Schlichter bestellt; sie übernehmen die Schlichtung bei solchen Gesamtstreitigkeiten, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind, und können Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse, die von den Parteien nicht angenommen sind, für verbindlich erklären, »wenn die getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist«. (Eine von Rudolf Wissell in der Frankfurter Zeitung vom 23. Juli 1924 gegebene Übersicht zeigt übrigens, daß in dem Verfahren auf Verbindlicherklärung die Vergleiche die Entscheidungen bei weitem überwiegen; während der 1. Hälfte dieses Jahres sind in Groß Berlin 18 Verbindlicherklärungen ausgesprochen worden, gegenüber 80 Vergleichen und 34 Zurücknahmen eines Antrags auf Verbindlicherklärung.) Die Bearbeitung der Einzelstreitigkeiten und gewisser anderer sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebender Streitigkeiten, die bisher zur Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse gehörten, ist den Arbeitsgerichten übertragen. Die Arbeitsgerichte entscheiden jetzt über Einsprüche gegen Einstellungen und Entlassungen, sie beschließen das Erlöschen einer Mitgliedschaft in der Betriebsvertretung, sie beschließen die Auflösung einer Betriebsvertretung, sie entscheiden bei der Festsetzung von Strafen, sie er-

setzen die erforderliche Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines ihrer Mitglieder usw. Als Arbeitsgerichte gelten bis zur Errichtung allgemeiner Arbeitsgerichte die Kaufmanns- und die Gewerbegerichte. Nur in Bezirken, in denen ein solches Gericht nicht besteht, gilt als Arbeitsgericht der Schlichtungsausschuß, für diesen Fall mit unparteiischem Vorsitzenden und je 1 Beisitzer der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerschaft.

Der Berliner Rechtsanwalt Wenzel Goldbaum hat den Text der Verordnung über das Schlichtungswesen mit knappen Anmerkungen herausgegeben (Berlin, Georg Stilke/). Ausführlicher sind die von Wölbling und Riese verfaßten Erläuterungen zu der Verordnung und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen (Berlin, Spaeth & Linde/; sie beruhen auf Erfahrungen, die in der Praxis der Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Schlichtungsausschüsse und tariflichen Einigungsämter und Schiedsgerichte gewonnen sind. Umfassend und weitaus am gründlichsten ist die von Georg Flatow und Richard Joachim erläuterte Ausgabe der Schlichtungsordnung nebst den Ausführungsverordnungen und einer Übersicht über die Schlichter- und Schlichtungsausschußbezirke (Berlin, Julius Springer/). Außerdem ist der Kommentar Hermann Dersch' Die neue Schlichtungsordnung nebst arbeitsgerichtlichem Verfahren (Mannheim, J. Bensheimer/ zu nennen.

Informationsmittel

Das *Archiv für Strafrecht und Strafprozeß*, das seit einigen Jahren sein Erscheinen eingestellt hatte, ist neuerdings in Deckers Verlag in Berlin wieder erschienen. Die 1. Lieferung enthält einen vom Herausgeber Karl Klee gegebenen Rückblick auf die Rechtsprechung des 1. Strafsenats des Kammergerichts in den letzten Jahren und mehrere bisher nicht veröffentlichte Entscheidungen des Reichsgerichts.

Das *Wörterbuch des Völkerrechts* (Berlin, Walter de Gruyter & Co./ liegt in der 12. und 13. Lieferung vor, die in dem Wort Seekriegsrecht bis Utschiali den Schluß des 2. Bandes bilden. Die Buchstaben V bis Z sollen zusammen mit einem größern Nachtrag und Stichwortregister in einem 3. Band erscheinen.

Der *Prozeß des Reichspräsidenten*: Unter diesem Titel hat Karl Brammer in bewährter Weise ein Buch zusammengestellt, das eine ausführliche Darstellung des Verlaufs der Hauptverhandlung vor

dem Magdeburger Schöffengericht enthält /Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/. Auch die schriftliche Begründung des Urteils ist dort zum erstenmal abgedruckt. Wer sie liest, wird von neuem die Wahrheit des Goetheschen Verses erfahren, daß sich mit Gründen ein Gebild bereiten läßt. Im Anhang des Buches kommen die zahlreichen Gutachten namhafter Juristen zu Wort. Das Buch verdiente weiteste Verbreitung. Die Praxis der Gerichte in *Mietrechts-sachen* (Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs und des Berufungsgerichts Wien aus den Jahren 1923 und 1924), herausgegeben von Alfred Handl, umfaßt rund 600 Entscheidungen materiellen und formellen österreichischen Mietrechts. Aus dem Büchlein wird auch die deutsche Praxis manche wertvolle Anregung schöpfen können.

Eine, allerdings durch die internationale Gesetzgebung teilweise überholte knappe Zusammenfassung des wichtigsten tatsächlichen Materials über *internationales Arbeitsrecht* bringt ein Büchlein des verstorbenen Mitglieds des Internationalen Arbeitsamts Helmuth von Tilly in der Sammlung Götschen /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. Ähnlichen Charakter trägt die in erster Linie für Gewerkschaftsmitglieder bestimmte neuere Schrift *Internationales Arbeitsrecht* von Clemens Nörpel /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/.

Grundsätze des Akkordvertrags hat der 1. Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Paul Wölbling in einem Heftchen zusammengestellt /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/. Die Grundsätze sind auf Erfahrungen aufgebaut, die in der Praxis der Berliner Gerichte, Schlichtungsausschüsse, tariflicher Einigungsämter usw. gewonnen sind.

Eine Reihe von instruktiven Urteilen der zuständigen Gerichtsinstanzen in wichtigen Fragen des *Betriebsräterechts* enthält die Zusammenstellung *Arbeitsrecht im Betrieb*, veröffentlicht als Beilage zu Nummer 3 des 4. Jahrgangs der *Betriebsrätezeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie*.

Rechtsfragen aus dem Gebiet der Leibesübungen und der *Jugendpflege* sind in einem gleichnamigen Heft in allgemeinverständlicher Art, besonders geeignet für Turn- und Sportvereine, von Richard Weyl erörtert worden /Leipzig, B. G. Teubner/. Die Ausführungen zur *Jugendpflege* sind teilweise durch die neuere Gesetzgebung überholt.

Kurze Chronik Zu Beginn des Sommersemesters ist an der Königsberger Universität ein *Institut für Luftrecht* errichtet worden. Seine erste Aufgabe ist die Sammlung der auf dem Gebiet des Luftrechts bisher ergangenen Gesetze, Verordnungen, Gerichtsurteile sowie des gesamten einschlägigen juristischen Schrifttums. Daneben soll die wissenschaftliche Verarbeitung aller das Luftrecht berührenden rechtlichen Probleme planmäßig gefördert werden. ◊ Der Jenaer Professor *Carl Nipperdey* wurde ordentlicher Professor für deutsches Bürgerliches und Handelsrecht an der Universität Köln, als Nachfolger L. Mitteis'. ◊ Als Privatdozent für deutsches Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht und römisches Recht *habilitierte* sich Robert Neuner an der Universität München.

Literatur Zu den Monographien zur Psychologie der Berufstypen /Donauwörth, Tagewerkverlag/ hat *Rudolf Stammler* eine Monographie *Der Richter beigesteuert*. Der Titel könnte ebensogut *Recht und Gerechtigkeit* heißen. Denn von diesem Problem wird unter den großen Hauptabschnitten *Das Recht, Die Paragraphen, Die Gerechtigkeit, Richtiges Recht, Richterliches Ermessen* usw. gehandelt. Aus allen Darlegungen ist der starke Wille erkennbar das Hohe und Verantwortliche des Richteramts scharf hervorzuheben. In diesem Bestreben will Stammler, vielleicht mehr als er selbst nach dem von ihm zitierten Ausspruch des jüngern Celsus »Ius est ars boni et aequi« zu wünschen scheint, im Gegensatz zur prätorischen Rechtsprechung den Richter an eine nur als formal zu bezeichnende Rechtsanwendung binden. Auch wenn man aber in vielem grundsätzlich anderer Auffassung ist, wird man gern anerkennen, daß das Ganze von einer hohen Gesinnung getragen ist. ◊ Eine scharfe und festgeschmiedete Waffe gegen die Methode aus Begriffen eine Welt zu deduzieren bildet die hervorragende, die induktive Methode vertretende Schrift *Julius Offners Das soziale Rechtsdenken* /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/. Offner zertrümmert darin den Säulentempel der Begriffsjurisprudenz, an dessen Stelle er den lebendigen, ewig und in jedem Augenblick sich erneuernden Organismus des Rechts setzt. Den Grundgedanken der Schrift wäre bei fertigen und werdenden Juristen weiteste Verbreitung zu wünschen. ◊ *Recht und Klassenscheidung*

betitelt sich eine von der Vereinigung sozialistischer Rechtsanwälte Österreichs herausgegebene kleine Schrift *Oskar Trebitsch* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/. Sie enthält eine Reihe beachtlicher Gedanken über das Wesen der Klassenjustiz. \diamond Eine in der Sammlung Recht und Staat /Tübingen, J. C. B. Mohr/ veröffentlichte kleine Schrift *Wissenschaftliches Eigentum von Albert Osterrieth* enthält eine ausgezeichnete Darstellung des in letzter Zeit häufig erörterten, sehr umstrittenen Gegenstands. Die aktuellen Ausführungen sind von praktischer Erkenntnis getragen und geben ein zutreffendes Bild der Schwierigkeiten, die einer vom Völkerbund angeregten grundsätzlichen gesetzlichen Regelung der Frage um Schutz wissenschaftlicher Entdeckungen entgegenstehen. Das Gebiet ist praktisch und wissenschaftlich noch zu wenig erhellt. \diamond Das Buch *Felix Fechenbachs* Im Haus der Freudlosen, Bilder aus dem Zuchthaus /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ hinterläßt in seiner nüchternen Einfachheit starken Eindruck. Es wird an seinem Teil dienen allmählich den psychologischen Boden für eine grundlegende Reform der Zuchthausstrafen und des Strafvollzugs überhaupt zu schaffen. Eine Reform, deren Art und Maß im übrigen mit der Antwort auf die Frage gegeben ist, welchen Anteil an der Schuld der Verbrecher die Gesellschaft trägt, deren Gesellschaftsordnung Gefängnisse und Zuchthäuser als notwendige Begleiterscheinungen aufweist. \diamond In einem Buch, das er *Tiermensch* betitelt /Leipzig, Josef Singer/, schildert *Hans Hyan* typische Massenmörder (Großmann, Schumann, Sternickel, Landru). Zugleich wird der Versuch gemacht in die dunklen Tiefen dieser Verbrechen wenigstens einige schwacherhellende Lichtstrahlen kriminal- und sexualpsychologischer Erkenntnis hinabzusenden. Der soziale Hintergrund der Fälle bis ins 3. und 4. Glied ist mit Sorgfalt gezeichnet. Hier liegen harte, unerbittliche Tatsachen zum Nachdenken vor. \diamond In der Broschüre *Mörder*, aus den Erlebnissen eines Berliner Kriminalkommisars, von *Gotthold Lehnerdt* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ werden die praktischen Arbeiten des großstädtischen Kriminalbeamten an selbsterlebten Beispielen vorgeführt. Der Beschränkung des Verfassers auf die Schilderungen des äußern Ablaufs der Handlungen entspricht der teilweise detektivromanhafte Stil, der allerdings den Vorzug hat, daß er eine große Leserschaft anzieht.

KUNST

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Eggeling † Am 19. Mai starb in Berlin der schwedische Maler Vicking Eggeling, im Alter von 46 Jahren. Er verlebte die entscheidenden Jahre seines Lebens in Italien, Frankreich, der Schweiz und zuletzt in Deutschland, in Berlin. Eggeling ist einer der Hauptinitiatoren jener Kunstrichtung, die sich später Konstruktivismus genannt hat. Geschult hat er sich an Cézanne, Derain, Rousseau und Picasso, deren Probleme er in ihrer Tiefe begriff und konsequent weiterbildete. So gelangte er zu jener Einfachheit und Klarheit, die sein Werk vor allem auszeichnet. Im Gegensatz zu dem üblichen Streben nach Interessantheit suchte er das Allgemeingültige zu ergründen. Er arbeitete nicht an seinen Problemen sondern an den Problemen der Kunst. Er untersuchte methodisch das Material der bildenden Kunst, die Zusammenhänge und Bindungen ihrer Elemente. Er fand die Kraft des Ausdrucks in der Ordnung der Verhältnisse, erfaßte das Gesetz der polaren Beziehungen als das entscheidende Gesetz der Artikulation. In einer großen Zahl von Blättern versuchte er die möglichen Spannungsverhältnisse der bildmäßigen Gestaltung. Die Abwandlungsmöglichkeit eines Formthemas führte ihn konsequenterweise zum Film. Denn der Film gab das Mittel eine thematische Abwandlung elementar zu entwickeln. So ist es ihm, nach jahrelanger mühevoller, der Analyse der Kunstmittel gewidmeter Arbeit gelungen als Synthese seines Schaffens einige Filme zu produzieren und damit das Zeitmoment, den Formablauf für die bildende Kunst, zu realisieren, die Bewegung als Realität in die bildende Kunst einzuführen.

Corinth † Am 17. Juli starb in Zandvoort bei Amsterdam Lovis Corinth, im Alter von 67 Jahren. Einer der Hauptvertreter des deutschen Impressionismus ist aus dem Leben geschieden.

Corinth wurde am 21. Juli 1858 in dem ostpreussischen Städtchen Tapiau geboren. Von Königsberg kam er nach München, von da nach Antwerpen und Paris. In Paris erhielt er auch seine erste öffentliche Anerkennung für eines seiner Bilder. 1890 ging er aufs neue nach München, wo er bis zur Jahrhundertwende blieb, um dann endgültig

nach Berlin zu übersiedeln. Hier erreichte seine schöpferische Kraft ihren Höhepunkt. Eine große Anzahl von Werken ging aus seinem Atelier hervor. Daneben arbeitete er auch als Schriftsteller: Das Erlernen der Malerei, Das Leben Walter Leistikows und Legenden aus dem Künstlerleben.

Corinth begann mit bravourös gemalten Bildern, kraftvollen Leistungen von meisterhafter Beherrschung der Mittel. Seinem sinnlichen Empfinden gelang es sich unmittelbar auszudrücken. Daher die sprühende Lebendigkeit des auf der Leinwand Gemalten. Die Wirklichkeit des Unwirklichen. Während seiner späteren und letzten Periode gewinnt nach und nach das Visionäre bei ihm die Oberhand. Das Materielle seiner Malerei schwindet zugunsten einer musikalischen Expressivität, einer Vergeistigung des Stofflichen, einer Verwirklichung von Traum- und Rauschhaftem.

Novembergruppe Das Gemeinsame der diesjährigen Sommerausstellungen ist ihr Justemilieu-charakter, der absolute Verzicht auf das Überschreitenwollen der mittlern Linie. Am meisten macht sich das in der Ausstellung der Novembergruppe bemerkbar, von deren Ausstellern man am ehesten künstlerische Aktivität erhoffen durfte. Wie die wirtschaftlich-politische Aktivität wurde auch die künstlerische von einer schleichenden Passivität abgelöst, einer Energielosigkeit, die sich in ewigen Wiederholungen erschöpft. Alles, was zwischen Primitivismus und Abstraktionismus liegt, erlebt müde Wiederholungen. Selbst den wenigen veristischen Werken mangelt jede schöpferische Aktivität. Der gestaltende Lebenswille fehlt überall. Statt Schöpferkraft herrscht Resignation. Statt zu entflammen, bemüht man sich die letzten spärlichen Funken vor völligem Verlöschen zu schützen, sehr skeptisch, ohne Zukunftsglauben.

Nur wenige Werke überragen das allgemeine Niveau. So die Bilder Karl Völkers, Willi Baumeisters, Ivan Punijs und die Skulpturen Rudolf Bellings und Ewald Matarés. Den Mittelpunkt der Ausstellung bilden die Werke der belgischen Maler Pierre Flouquet, Jean Jacques Gaillard, Karel Maes und Victor Gervranek, die bei aller individuellen Verschiedenartigkeit von großer Einheitlichkeit sind. Und bemerkenswert ist vor allem auch die Sonderausstellung Arthur Segals, die zu seinem 50. Geburtstag veranstaltet wurde.

Viele Hoffnungen und Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Manche Illusion hat ihre Suggestivität eingebüßt. Der Zustand dieser Sterilität kann nur durch äußerst angespannte Aktivität überwunden werden. Aber dazu ist es vor allem notwendig einen auf feste Ziele gerichteten Willen zu haben.

Illustration Die Buchillustration entspringt heute selbst bei guten Leistungen meist nur dem snobistischen Bedürfnis nach Verzierung und Schmuck. Was die Buchillustration früher bedeutete, zeigen etwa *Albrecht Dürers* Holzschnitte zum Neuen Testament, die der Einhornverlag in Dachau als Dürerbibel neu herausgegeben hat. Hier lag das Bedürfnis vor den Nichtlesenkönnenden, deren Zahl sehr groß war, in anschaulicher bildhafter Übertragung die Lehren und die Legenden der Heiligen Schrift zu übermitteln. Eine durch die damaligen Zeitverhältnisse bedingte Notwendigkeit, die sich heute in dieser Form erübrigt. Flaubert geriet beispielsweise in furchtbaren Zorn, wenn man eines seiner Bücher illustrieren wollte. Er sah seine Prosa vernichtet, wenn man sie mit Bildern verunstalten wollte. Daher hat es keinen besondern Zweck, wenn *Frans Masereel* Arthur Holitschers Narrenbaedeker /Berlin, S. Fischer/ mit Holzschnitten versieht. Gerade Masereel hat mit selbständigen Holzschnittfolgen bewiesen, daß der Holzschnitt durchaus selbständig auftreten und politisch stark wirken kann.

Aus dem gleichen Grund läßt es sich nicht einsehen, warum *Hans Bellmer* Mynonas Eisenbahnglück oder der Antifreud /Berlin, Elena Gottschalk/ illustrierte. Bellmer ist ein sehr begabter veristischer Zeichner, der seine Kraft aktiveren Leistungen zuwenden sollte. Das Bilderbuch *Paul Simmels*, das Hans Reimann herausgab (Ausgerechnet Paul Simmel /Berlin, Eysler & Co./), zeigt, wie ein Zeichner heute für Zeitungen und Zeitschriften arbeiten könnte. Leider ist Simmel auf die oberflächlichen Witzbedürfnisse und den Stumpfsinn des Kleinbürgers angewiesen, und er muß sich danach richten. Aber gerade er könnte seine Fähigkeit im weitesten Sinn politisch dienstbar machen.

Totenliste Anfang Februar starb in Düsseldorf der Maler *Eduard von Gebhardt*, im Alter von 84 Jahren. Er war der Maler des Protestantismus. Seine Hauptwerke sind

die Ausmalung des Kollegensaales im Kloster Loccum und vor allem die der Friedenskirche in Düsseldorf. Die Nationalgalerie in Berlin besitzt von ihm das Abendmahl.

Ende März starb in Hamburg, 80 Jahre alt, die Blumenmalerin *Agnes Steiner*, die eine Rolle im Hamburger Kunstleben gespielt hatte. Sie gründete auch in den achtziger Jahren eine eigene Kunstschule für Frauen, zu der sie bedeutende Künstler als Lehrkräfte heranzuziehen wußte.

Ende März starb in Brüssel der Bildhauer *Thomas Vinçotte*, 75 Jahre alt. Er gehörte mit *Constantin Meunier*, *Jef Lambeaux*, van der *Stappen*, *Victor Rousseau* usw. zu den Begründern der belgischen Bildhauerschule. Von ihm stammt das Kongodenkmal im *Parc Cinquentenaire* in Brüssel.

Im Alter von 79 Jahren starb in München am 3. April der Maler *Eduard Grützner*, der Hauptvertreter der ehemals erfolgreichen, heute aber vergessenen Münchener Genremalerei. Bekannt sind seine Bilder zechender Mönche und anderer trinkfester Gesellen.

In Rom starb Anfang April der Maler *Armando Spadini*, 42 Jahre alt. Er ging von den französischen Impressionisten und den englischen Präraffaeliten aus, bis er sich im Ausdruck der Epoche *Caravaggios* selbst wiederzufinden glaubte. Viele seiner Werke befinden sich in italienischem Privatbesitz.

Anfang Mai starb in Berlin die Malerin und Radiererin *Aenny Loewenstein*, 54 Jahre alt. Sie unterhielt in ihrem Atelier eine Schule, in der viele Malerinnen ausgebildet wurden.

Im Alter von 69 Jahren starb Anfang Mai *Franz Paczka*. Sein Bildnis *Adolph Wagners*, mit dessen Tochter *Cornelia* er verheiratet war, befindet sich in der Porträtsammlung der Nationalgalerie am Schinkelplatz. Das Budapester Museum hat eine ganze Reihe seiner Werke angekauft. Denn *Paczka* war Ungar von Geburt. In Berlin lebend und ganz Berliner geworden, hat er doch nie seine ungarische Heimat vergessen, sie vielmehr in seinen besten Bildern immer wieder dargestellt.

Der Berliner Bildhauer *Max Wiese* starb Ende Juni im Alter von 78 Jahren in Neuruppin an den Folgen eines Unfalls. Für Neuruppin schuf er die Standbilder *Schinkels* und *Fontanes*. *Wiese* war 20 Jahre lang Direktor der *Hanauer Zeichenakademie*. Zu seinen Schülern gehörte auch der Bildhauer *August Gaul*.

Gleichfalls Ende Juni starb der Münchener Maler und Illustrator *Paul Rieth* in München, im Alter von 54 Jahren. Lange Jahre gehörte er zu den Mitarbeitern der Münchener Jugend.

Ende Juni starb auch das Mitglied der Künstlerkolonie *Dachau Hans Müller* an einem Gehirnschlag, der ihn mitten in der Arbeit in seinem Atelier traf; er war erst 48 Jahre alt geworden. Mehrere seiner Porträts, die von eindringlicher Charakteristik sind, befinden sich im Museum seiner Vaterstadt *Hannover*.

In Paris starb Ende Juni *Lucie Cousturier*. Als junges Mädchen schloß sie sich dem Neoimpressionismus an. *Maximilien Luce* und *Signac* waren ihre Lehrer. Auch als Schriftstellerin trat sie für die damals neuen Ideen ein. Während des Krieges nahm sie in ihrer Besetzung in Südfrankreich verwundete schwarze Soldaten auf und pflegte sie. Später reiste sie in die Heimat dieser Neger nach dem Senegal und Sudan, wo sie überall gastfreundliche Aufnahme fand. Sie schrieb über unsere schwarzen Brüder 2 Bücher tiefsten Gefühls, aus einem leidenschaftlichen und leidenden Herzen stammend: *Des inconnus chez moi* und *Des inconnus chez eux*. Die schwarzen Menschen kennen bedeutet nach *Lucie Cousturiere* Überzeugung sie lieben. (In Deutschland inszenierten derweilen angelsächsische Sendboten eine "schwarze Schmach".) Eine bedeutende Künstlerin, ein großer Mensch ist gestorben.

Anfang Juli starb in Amsterdam der holländische Maler *Jan Pieter Veth*, in seinem 62. Lebensjahr. Er trat hauptsächlich als Porträtist hervor. Seine Porträts von *Jakob Maris*, *Coupérus*, *Frederic van Eeden* und vielen anderen Schriftstellern und Künstlern sind in Holland sehr bekannt. Ende der neunziger Jahre weilte *Veth* in Berlin. Hier entstanden seine Bilder *Max Liebermanns*, *Menzels* und *Bodes*, die jetzt neben anderen Werken in der holländischen Ausstellung in der Potsdamer Orangerie zu sehen sind; hier zeichnete er auch den schreibenden *Bebel*, der in den Sozialistischen Monatsheften (1900 Seite 160) wiedergegeben wurde.

In München starb am 7. Juli der Zeichner *Lothar Meggendorfer*, im Alter von 77 Jahren. Er wurde frühzeitig bekannt durch seine Zeichnungen in den *Fliegenden Blättern* und noch mehr durch die nach ihm benannten *Meggendorfer Blätter*, die er fast allein mit Illustrationen versorgte. Diese seine Popularität wurde noch durch seine Bilderbücher erhöht, die er in großer Zahl herausgab.

Kurze Chronik Bei Restaurierungsarbeiten in der kleinen Kirche Santa Maria Succurre Miseris in Neapel entdeckte man unter der Krypta die Mauern einer älteren Kirche, an deren Wänden sich vortrefflich erhaltene Fresken aus dem 14. Jahrhundert befinden. Zum Schutz dieser Werke wurde die Kirche zum Nationaldenkmal erklärt. ◊ Das preußische Staatsministerium hat die Wiederwahl *Max Liebermanns* zum Präsidenten der Akademie der Künste für das Jahr vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Oktober 1926 bestätigt. ◊ Als Nachfolger *Paul Herrmanns* wurde der Kustos an der Abteilung der antiken Bildwerke bei den Staatlichen Museen in Berlin *Bruno Schröder* Direktor der Dresdener Skulpturensammlung. ◊ Der Göttinger Kunsthistoriker *Oskar Hagen*, der eben aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückkehrte, wo er während des Winters als *Karl Schurz-Austauschprofessor* wirkte, ist als ordentlicher Professor und Direktor des Kunsthistorischen Instituts an die Staatsuniversität in Madison /Wisconsin/ berufen worden. Hagen ist die Veranstaltung der herrlichen Händelfestspiele in Göttingen zu danken (siehe die Rundschau Musik, 1923 Seite 699), die hoffentlich durch seine Amerikafahrt nicht unterbrochen werden.

Literatur

Europäische Überheblichkeit glaubte bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf die Kulturkreise des Orients mit Geringschätzung herablicken zu können. Später brachte man den künstlerischen und literarischen Werken des Orients mehr Wohlwollen als Verständnis entgegen. Seit kurzer Zeit jedoch bemüht man sich mit den selben Methoden, mit denen die europäische Kunst erforscht wurde, auch die der orientalischen Kulturkreise zu durchdringen. Einen Überblick über die heute sehr geschätzten Kunstgebiete des Orients gibt die kurzgefaßte, alles Wesentliche zusammendrängende Arbeit *Kunst des Orients* von *Ernst Kühnel*, die als 2. Band der 6 Bücher der *Kunst /Potsdam, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion/* erschien. Kühnel ist wie selten einer dazu berufen nicht nur für den Laien dieses dunkle Kunstgebiet aufzuhellen. ◊ Eine der fruchtbarsten Perioden der deutschen Kunst, besonders der Plastik, behandelt *Hans Jantzen* mit seiner, in der Sammlung *Deutsche Meister /Leipzig, Inselverlag/* veröffentlichten Arbeit *Deutsche Bildhauer des 13. Jahrhun-*

derts, die plastischen Werke der Werkstätten Straßburgs, Bambergs und Naumburgs: Bamberg der Höhepunkt, Straßburg und Naumburg Beginn und Ablauf. Es ist kein Zufall, daß diese große Bewegung von Straßburg ihren Ausgang nahm. Straßburg war von jeher der Mittler zwischen Frankreich und Deutschland. Auch die deutsche Plastik des 13. Jahrhunderts ist ohne das Vorbild der französischen undenkbar. ◊ Dem goldenen Zeitalter der französischen Illustration hat *Lothar Brieger* einen Band gewidmet /Berlin, Benjamin Harz/. Was den französischen Illustrationen Lebendigkeit verleiht, ist, daß sie dem täglichen Leben entspringen, es auf eine plötzliche Wirksamkeit absehen, sich nicht ins Abstrakte verloren. Mußte nicht Daumier, von den anderen gar nicht zu reden, gewissermaßen den Tagesbedarf an Graphik befriedigen? Aber die Dinge, die dabei geschaffen wurden, reichen an das Höchste heran, was überhaupt je in der Kunst hervorgebracht wurde. Das reiche Bildermaterial im Text und die Tafeln ermöglichen einen Einblick in das Gebiet der illustrativen Journalistik Frankreichs, das noch immer alle Kräfte in den Dienst einer Idee zu stellen wußte.

Musik / Max Buttig

Musikfeste

Generalmusikdirektor (als Titel) und Musikfest (möglichst in jedem Jahr) sind Notwendigkeiten für jede bessere Stadt. Wer das nicht glaubt, versteht nichts von deutscher Kultur. Daß es trotzdem schöne Musikfeste gibt, ist erstaunlich. Es gibt aber auch wichtige, und die sind nicht immer schön. Wichtig kann ein Musikfest wegen der Aufführungen sein; das ist recht selten; die andere Wichtigkeit verleiht dem Fest der Veranstalter. Da sich meines Wissens in diesem Jahr noch keine Musikfeste durch Aufführungen wichtig gemacht haben, bleibt nur die Erwähnung zweier Veranstaltungen übrig: der Orchesterkonzerte der Internationalen Gesellschaft für neue Musik in Prag und des Tonkünstlerfests des Allgemeinen Deutschen Musikvereins in Kiel. Auf beiden Festen waren die Programme so geartet, daß man die Reise wohl nur in Erwägung zog, wenn man entweder so viel Geld hatte, um sich ohne weiteres die Abwechslung verschaffen zu können, oder durch berufliche Beeinflussung getrieben wurde. Die anderen blieben zu Hause. Nach den Berichten zu urteilen hatten sie recht.

Die Berichte lauten über beide Veranstaltungen in seltener Weise einmütig. Nur in einem weichen sie von einander ab: in dem vorgefaßten Standpunkt des Referenten, der oft eher als politisch denn als sachlich angesehen werden muß. Bei dem großen deutschen wie bei dem internationalen Fest findet sich doch herrliche Gelegenheit auf die Gesinnung anderer zu schimpfen.

In Prag fand die Tanzsuite Bela Bartoks ungeteilten Beifall. Man spricht von dem Werk als dem großen Ereignis des Festes. Ihm war nur noch das Vokalkonzert annähernd zur Seite zu stellen. In diesem Vokalkonzert wurde ein sehr schönes Werk von Ladislav Vycpalek aufgeführt: Kantate von den letzten Dingen, ein herbes monumentales Werk, das neben seiner großen Eindrucksfähigkeit in technischer Hinsicht interessiert. Es steht fest auf tonaler Basis, 2 alte Volkslieder bilden die musikalisch-inhaltlichen Ausgangspunkte, und darauf entwickeln sich freie polyphone Sätze. Im gleichen Konzert wurde Leos Janaceks Chorbällade Maritschka Magdanova gesungen. Ihr und den Chören von Foerster, Zich, Ostrcil, Vomacka und Axman wird nachgerühmt, daß sie eine starke Ausdruckskraft besitzen und stilistisch dem nationalen Volkslied nahestehen. Von deutscher Seite brachte man in Prag Ernst Tochs 5 Stücke für Kammerorchester (deren Uraufführung im vorigen Winter in Berlin durch die Novembergruppe stattfand) und Heinrich Kaminskis Concerto grosso. Wenn wir noch Ernst Krenek (Concerto grosso II) und Alban Berg (Fragmente aus Wozzek), Paul A. Pisk (Partita Opus 10) und György Kosa (Orchesterstücke) erwähnen, ohne das viele Für und Wider zu erwägen, wenn ferner berichtet sei, daß man den verstorbenen Meister Busoni durch eine Aufführung seiner Sarabande ehrte, dann bliebe nur an Erfreulichem übrig, daß sich die deutschen Teilnehmer in diesem Jahr als Gäste Prags sehr wohlgefühlt haben.

Auch in Kiel war es behaglich. Und viele Teilnehmer waren in besonders guter Laune, weil sie sich nicht über künstlerisch zu tief gehende Eindrücke aufzuregen brauchten. Es ist kein Zweifel, daß in Deutschland viel gute und schöne Musik gemacht wird. Was will man mehr, wenn alles gut und schön ist? Nur einige Male mußte man etwas mehr Energie zur Entfaltung größerer Anteilnahme aufbringen; der Hörer hat also auch die beruhigende Gewisheit, daß etwas geschah. Ernst Toch hat mit sei-

nem Cellokonzert (von Emanuel Feuermann hinreißend schön gespielt) einen großen äußern Erfolg davongetragen; ein schönes und kluges Werk. Joseph Haas erwarb sich mit seiner Variationensuite (Opus 64) von neuem die herzliche Zuneigung, die ihm und seinen Werken allorts entgegengebracht wird. Was blieb noch? Ein rhythmisch interessantes wertvolles Duo für Violine und Klavier von Heinz Tiessen (Opus 35), eine Talentprobe von Kurt Thomas (Messe a cappella), das in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 378) schon erwähnte neue Violinkonzert Max Trapps und noch einiges, was keine so lauten Proteste hervorrief, wie die Symphonie des begabten Walter Goehr. Jeder Teilnehmer versichert eifrig, daß die Mehrzahl der übrigen Werke durchaus gute Musik war. Aber offen ins Auge sehen dabei die Erzähler niemandem. Besonders Musiker schämen sich ein wenig, weil im großen und ganzen die Musik so nebensächlich blieb. Wichtig war allein, daß man sich sah und aussprach.

Zeitschriften Die deutschen Fachzeitschriften haben unter der Kriegs- und Inflationszeit schwer gelitten. Viele hörten auf zu erscheinen, andere konnten nur in größeren Abständen herausgegeben werden. Zeitschriften wenden sich an einen ganz bestimmten Leserkreis. Seit 1914 haben sich diese Kreise geistig wie wirtschaftlich völlig umgruppiert. Es ist interessant zu beobachten, wie führende Zeitschriften dem Rechnung getragen haben. Die Mehrzahl unserer guten Musikzeitschriften hat ihr altes Gesicht bewahrt. Sie gehen an neuen Erscheinungen nicht vorüber, aber im ganzen ist ihnen eine neuartige Geistesrichtung doch höchst verdächtig; in kulturellen Fragen bevorzugen sie eine konservative Gesinnung, und die Mitarbeiter kämpfen für das "romantische" Gefühl gegen die "klügelnde" Moderne. Im einzelnen findet man viel wertvolle Beiträge. Doch zeigen sich auch fatale Einzelfälle. Unverständnis und Gehässigkeit zeitigen manchmal einen beschämenden Mangel an Achtung vor dem Schaffen und Wirken ernster Künstler. Der praktische Zweck der meisten Zeitschriften ist die Orientierung der Musikerkreise über das tatsächliche Musikleben. Und von denen abgesehen, die ein engeres Spezialgebiet der Musik bearbeiten, sind es nur wenige, die sich der neuen, jungen Musikkultur mit Interesse hingeben. Ihnen seien einige Zeilen gewidmet.

Die von Bernhard Schuster herausgegebene Zeitschrift *Die Musik* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ war bereits vor dem Krieg eine hochgeschätzte Halbmonatsschrift. Im Jahr 1915 unterbrach sie ihr Erscheinen; seit Oktober 1922 kommt sie in monatlichen Abständen wieder heraus. Ihre Gestalt ist fast die gleiche geblieben. An eine Reihe von Artikeln schließt sich das Echo der Zeitschriften, ein Hinweis auf den wichtigsten Inhalt aller bedeutenderen Musikzeitschriften des In- und Auslands, es folgt eine Besprechung vieler Neuerscheinungen von Büchern und Musikalien, dann eine umfassende Berichterstattung über das Opern- und Konzertleben aller wichtigen Musikstädte, schließlich eine Zeitgeschichte, in der sachlich oder persönlich interessante Neuigkeiten behandelt werden. Es gibt keine andere deutsche Musikzeitschrift, die in vornehmer Form ein so erschöpfendes Nachrichtenblatt darstellt und gleichzeitig eine solche Fülle interessanter Abhandlungen bringt. Das 1. Heft nach dem Wiedererscheinen brachte Beiträge von Paul Bekker, Adolf Weißmann, Ferruccio Busoni, Ernst Decsey, Richard H. Stein, Rudolf Maria Breithaupt, Siegmund Pisling und Erich Steinhard. Im letzten Jahrgang findet sich dann noch in jedem Heft eine Aufzählung wichtiger neuer Musikalien und Bücher über Musik, die von Wilhelm Altmann mitgeteilt ist. Der Wert dieser Zeitschrift liegt in ihrer großen Vielseitigkeit, unter der die Qualität des einzelnen nicht leidet; der Leser wird weitgehend auf dem laufenden gehalten, findet interessante Artikel über Altes und Neues. Wichtig ist, daß die meisten Beiträge sich an den Musikfreund wenden, ohne für den Fachmann zu wenig zu bedeuten. Eine ganz andere Form hat heute die Zeitschrift *Melos* /Berlin, Melosverlag/. Sie erschien zum erstenmal im Jahr 1920, herausgegeben von Hermann Scherchen. Schon damals gehörte zu ihren ständigen Mitarbeitern ein großer Teil derer, die zielklar für eine neue Musikkultur eintraten. Seit August 1924 erscheint die Zeitschrift im neuen Gewand, die Leitung liegt jetzt in den Händen Hans Mersmanns. *Melos* verzichtet völlig auf Nachrichtendienst, kurze Besprechungen und kleinere Berichterstattung. Jedes Heft besteht lediglich aus einer Reihe von Aufsätzen; das Interesse des Lesers wird durch die Vielseitigkeit der Themen wachgehalten. Im 1. Heft dieses Jahrgangs steht neben Busoni Vom Wesen der Musik ein ausführlicher Bericht

Egon Wellesz' über das vorjährige Musikfest in Salzburg, Paul A. Pisk schreibt über Wiener Musik der Gegenwart, Fritz Jöde über Musikerziehung, Erich Steinhard über Prager Musik der Gegenwart. Hans Mersmann gibt als Einleitung einen Überblick über die Lage; eine von Erich Katz gegebene Analyse der Klaviertoccata Ernst Kreneks und ein englischer Originalbeitrag, von Edwin Evans, vervollständigen das interessante Heft. Die auswärtigen Originalaufsätze lenken auch in den nächsten Heften die Aufmerksamkeit auf sich. Aus der Schweiz (Tobler), Ungarn (Toth), Italien (Labroca), Frankreich (Coeuroy) und anderen Ländern mehr liegen gute Artikel vor. Ein Heft ist ganz der russischen Musik gewidmet. Die Themen dieser Aufsätze sind so gestellt, daß man eine gründliche Übersicht über den schweren Daseinskampf erhält, den die Musik in Rußland führt. Die Ansichten der russischen Autoren über die Entwicklung und Zukunft können wir freilich kaum nachprüfen; aber des Eindrucks kann man sich nicht ganz erwehren, daß der Wille eine neue Musikkultur zu schaffen sich zu sehr in systematischer Organisation ausdrückt. Man liest viel von Schulen, wenig vom Schaffen. Doch sei der Wert seines Strebens durch Erkenntnis die Grundlagen neuer Kunst zu fördern nicht bestritten. Gerade diesem Zweck dienen viel der besten Aufsätze der übrigen Meloshefte, zum Beispiel Rudolf Cahn-Speyer Hat die Oper eine Zukunft?, Philipp Jarnach Das Romantische in der Musik, Heinz Tiessen Das Verhältnis zum heutigen Schaffen, Hermann Erpf Das zentrale technische Problem im zeitgenössischen Musikschaffen. Aus einem Moment geht die wahrhaft moderne Gesinnung der Zeitschrift, ihr ernster Wille Wesentliches zu bringen hervor: Sie treibt nirgends einen Persönlichkeitskultus, jedes Heft wirft allgemeine Fragen auf, die uns nahe sind. Sie verzichtet auf das Aktuelle, um das Allgemeine zu klären. Das Aktuelle spielt eine Hauptrolle in den *Musikblättern des Anbruch*, geleitet von Paul Stefan /Wien, Universal-edition/. Und da die Aktualität in diesen Blättern noch dazu stark von den Interessen des Verlags unterstrichen ist, könnte man vom allgemeinen Standpunkt aus die Zeitschrift für wenig wichtig erachten, wenn nicht andere wertvolle Taten über das Äußerliche hinwegsehen ließen. Gerade im letzten Jahr hat die Redaktion *Ausgezeichnetes*, zumal in Sonderheften, herausgebracht: ein Schön-

berghaft, im März ein Heft Rußland, im April ein Heft Jazz, im Mai ein Sonderheft zum Prager Musikfest. Jedes dieser Hefte interessiert in hohem Maß, besonders das Rußlandheft. Russische Autoren sprechen über die neue Zeit, den neuen Stil und die neuen Männer; Bilder und Noten sind willkommene Beilagen. In den anderen Heften ragen Beiträge Paul Bekkers, Arnold Schönbergs und Adolf Weißmanns hervor. Schönberg schlägt eine neue Zwölftonschrift vor, die nur auf 3 Linien notiert wird und die Versetzungszeichen unnötig macht, Bekker schreibt über die neue Oper und Paul Hindemith, Weißmann kämpft für die neue Musik. Im Faschingsheft (Der Abbruch) herrscht so geistvoller Witz, daß man einmal über die Aktualität herzlich lachen kann.

Kurze Chronik Vom 6. bis zum 8. Juli fand in Hamburg und Lübeck eine *Organistentagung* statt, die wohl eine der ersten dieser Art ist. In zahlreichen Vorträgen und Konzerten auf alten Orgeln wurde sowohl alte Orgelmusik wie auch im besondern das Mysterium, die sakrale Mathematik, der alten Orgelbaukunst (des 16. Jahrhunderts) behandelt. Der Hauptleiter der Tagung der Orgelbauer Hans Henny Jahnn erregte durch seinen hochinteressanten Vortrag Konstruktionsselemente aus Blütezeiten der Orgelbaukunst als Orgelprobleme der Gegenwart, in dem er besonders seine auf Grund jahrelanger wissenschaftlicher Untersuchungen gemachten Entdeckungen auf dem Gebiet der Orgelbautechnik der Alten näher erläuterte, ungeheures Aufsehen, so daß man eine neue Epoche des Orgelbaus in nächster Zeit erwarten darf. ◊ In Salzburg wurde in der alten Universitätsbibliothek eine *Musikausstellung* eröffnet. Sie enthält Kostbarkeiten wie die Lieder des Mönchs von Salzburg, Miniaturen Salzburger Instrumente des 16., 17. und 18. Jahrhunderts, viele seltene Autogramme von Händel, Bach, Mozart und anderen sowie Musikerporträts. ◊ Ein wirklich wichtiges Ereignis war das Musikfest dieses Jahres in *Donaueschingen*. Über seine Ergebnisse wird in dieser Rundschau, im Zusammenhang mit dem Musikfest in Venedig, noch besonders berichtet werden. ◊ Das Rothquartett wurde eingeladen in *Paris* 5 Abende mit moderner Kammermusik zu veranstalten, darunter 2 Abende mit nur deutschen Werken: von Busoni, Butting, Hindemith, Jarnach, Schönberg und Weill.

KULTUR

Kunstgewerbe / Otto Brattskoven

Deutsche Ausstellungen In Deutschland scheint augenblicklich eine Epidemie an Ausstellungen und Messen ausgebrochen zu sein, die die verschiedensten Städte, Provinzen und Länder heimgesucht hat. Neben gänzlich unangebrachten Ausstellungen gab es immerhin einige nicht unwesentliche; ihr Merkmal scheint aber darin zu bestehen, daß sie meist in äußerst unfertigem Zustand eröffnet werden. Wenn das Reichsministerium in einem Erlaß vom 8. Juni 1925 an die Regierungen der Länder vor einer leichtfertigen Förderung von Ausstellungen warnt, so möge das in übertragener Hinsicht als ein bedenkliches Symptom bezeichnet werden. Zu den wirklich beachtenswerten Ausstellungen können eigentlich nur die Jahresschau Deutsche Arbeit, Wohnung und Siedelung in Dresden, die Deutsche Verkehrsausstellung in München und die Bauausstellung in Essen, diese besonders für den Industriebau, gezählt werden. Nichtsdestoweniger muß immer wieder mit Bedauern festgestellt werden, daß sich Deutschland selbst durch seine Nichtbeteiligung an der Pariser internationalen Kunstgewerbeausstellung den schlechtesten Dienst erwiesen hat. Anstatt die Position des deutschen Kunstgewerbes mit aller Energie, selbst noch im letzten Augenblick, in Paris zur Geltung zu bringen, erlebt man es jetzt, daß in München gleich 2 Kunstgewerbeausstellungen mit spezifisch bayrischem Einschlag, in Plauen sächsisches Kunsthandwerk und in Stuttgart moderne Kachelöfen und Töpfereien, schwäbische Kunst- und Landesmöbel in 3 verschiedenen Ausstellungen vorgeführt werden. Niemand sage etwas gegen diesen "eigenwüchsigen" Partikularismus. Er soll ja eine deutsche Nationaleigentümlichkeit sein (obwohl ein politisch-kultureller Föderalismus, der Sinn hat, ganz etwas anderes ist). Aber schließlich: Wo bleibt die deutsche Nation selbst? Soll vor lauter deutschen Stämmen das deutsche Volk sich in der Welt ausschalten? In Paris hatte die deutsche Qualitätsarbeit im Kunstgewerbe die schönste Gelegenheit eine Kooperation mit Frankreich, als Beginn einer kontinentaleuropäischen Gemeinschaftsarbeit, anzubahnen. Aus verfehlten nationalistischen, also antinationalen Gründen hat man das unterlassen. Wo wird man das Versäumte einholen?

Europäische Baukunst Die Ausstellung der Novembergruppe in der Berliner Sezession zeigte in ihrer Architekturabteilung einige interessante Beispiele gegenwärtiger europäischer Baukunst. Modelle, Skizzen, Pläne und Photos bieten ein repräsentatives Bild von den verschiedenen und doch auf eine Einheit gebrachten Ideengängen der jüngern und jüngsten Architektengeneration. Dominierend bleibt ein gemeinsames Stilgefühl: die Würfelform als Grundform des Hauses mit Notwendigkeit anzunehmen. Die weitere Durchbildung bleibt schließlich dem charakteristischen Vermögen der einzelnen Architekten überlassen, die natürlich auf eine rhythmische Gesamtform hinstreben, die wiederum bei Peter Behrens, Otto Barning und Hans Poelzig einen weniger extrem kubischen Ausdruck findet als bei Arthur Korn, Walter Gropius oder in einem Hochhausentwurf Georg Muches. Festgegliedert wirkten Heinrich Kosinas Modell eines Wasserkraftwerks, einfach und doch temperamentvoll geformt die Entwürfe Heinrich de Fries' für ein Messehaus in Hamburg. In der Planung Gartenhaus Garakan hat Hugo Häring eine Vereinheitlichung von vegetativer Natur und kubistischer Stringenz versucht und auch erreicht. Unbedingt bemerkenswert ist auch Ludwig Hilberseimers Schema einer Hochhausstadt. Gewiß nicht gerade im Hinblick auf die architektonische Formulierung, die in ihrer Schematisierung eine kühle Nüchternheit nicht verbergen kann, wohl aber als Vorschlag einer sauber ausgearbeiteten Stadtplanung mit einer Dreiteilung von Arbeitsstätte, Wohngelegenheiten und Verkehr. Des weitern fallen besonders die interessanten, auf dynamische Schrägungen eingestellten Entwürfe El Lissitzkjis Rednertribüne und Wolkenbügel und die Architekturphantasieen mehr konstruktiver Natur Theo van Doesburgs und C. van Eesterens auf. Die Holländer wirken mit Bauentwürfen von Dudok, J. J. P. Oud, van Ravesteijn und G. Rietveld nicht ganz repräsentativ. Die junge tschechische Architektur ist mit 11 Vertretern übersichtlich dargestellt.

Kriegserinnerungsmale Zweierlei Erscheinungssachen stehen augenblicklich im Mittelpunkt der vaterländischen Interessen der sogenannten gebildeten Schichten Deutschlands. Einmal hat ihnen das Pariser Grabmal des Unbekannten Soldaten, das

in dieser Form eine einzigartige Ehrung der Kriegsgefallenen darstellt, so imponiert, daß immer wieder Stimmen in Deutschland laut werden, die nach alter Melodie letztlich eine Übertrumpfung dieses Gedankens herbeiführen möchten. Natürlich spielt ein ausschließliches Interesse an einer Ehrung der deutschen Gefallenen eine solche Hauptrolle, daß man sich ohne Schwierigkeit über die inneren Beweggründe der verschiedenen Vorschläge klar sein wird. Wenn Adolf Behne in einem Aufsatz Künstlerische Aktivität (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 26 und folgende) schon in diesem Jahr ein »wuchtiges« Kriegerdenkmal kommen sieht und im Hinblick darauf die geistige Haltung der Deutschen in schärfster Form einer Kritik unterzieht, so muß man ihm unbedingt zustimmen. Aber auch die weniger unerfreulichen Vorschläge, selbst die ernsthaftesten, werden heute immer noch zu hitzig vorgetragen, als daß sie einen absoluten Grad an Natürlichkeit besäßen. Wenn etwa aus Sparsamkeitsgründen vorgeschlagen wird Schinkels Wache Unter den Linden in Berlin in ein Reichsehrenmal umzuwandeln, wenn neuerdings der Reichskunstwart Edwin Redslob aus praktischen und zugleich repräsentativen Erwägungen zu dem gleichen Zweck den Bau einer Rheinbrücke wünscht, so erscheint es doch richtiger, alle solche Diskussionen vorläufig zu vertagen und erst einmal den dringendsten Bedürfnissen des Tages zu genügen. Vorbildlich scheint in dieser Frage Bruno Tauts Äußerung: »Laßt also die Toten ihre Toten begraben. Wir wollen sie nicht als Tote ansehen sondern in uns ihren Geist lebendig werden und schaffen lassen.« Ein Denkmal allerdings, und zwar das Tannenbergnationaldenkmal, ist heute schon so weit gediehen, daß kürzlich in dem Architekturmuseum der Berliner Technischen Hochschule die aus einem überzählich besickten Wettbewerb preisgekrönten und in engere Wahl gezogenen Entwürfe ausgestellt werden konnten. Was immerhin an der Entscheidung eines von der Provinz Ostpreußen bestellten Preisgerichts, bestehend aus ehemaligen hohen Militärs, Spitzen der Behörden und einigen Professoren und Künstlern, nicht mißfällt, ist die Wahrnehmung, daß man sich durchaus nicht zu einem starren Denkmalsbegriff sondern zu Entwürfen bekannt hat, die für die besondere Gegebenheit am besten geeignet schienen. Selbst gegenüber einigen neuartigen

Vorschlägen hat man sich zu einer objektiven Würdigung verstanden, die diese gewiß nicht unbefangenen Preisrichter um etliche Stufen höher als etwa die Preisrichter des Ulmer Städtebauwettbewerbs stellt, die als anerkannte Fachleute sich nur zu einer fast naiven Einseitigkeit verstehen konnten. Wenn die Träger des 1. Preises, Walter und Johannes Krüger /Berlin/, mit ihrem Dolmenmotiv auch keineswegs einer Neuartigkeit um jeden Preis Raum geben, in dem Vorschlag eines geräumigen Hofes mit Ringmauer und 8 dominierenden Türmen steckt immerhin etwas architektonisch Zwingendes. Gegenüber der Horizontweite der Landschaft bei Hohenstein sind die Architekten mit einfühlungsreicher Bewußtheit auf eine Reihewirkung und nicht auf eine Wirkung durch vergebliche Auftürmung von Massen, also durch Kontrast ausgegangen. Ohne im ganzen mit diesem Entwurf und den anderen Vorschlägen vollkommen einverstanden zu sein, muß man doch anerkennen, daß die fade Rhetorik der letzten deutschen Bauepoche nicht mehr dominiert und selbst von noch mit dem Alten verbundenen Persönlichkeiten abgelehnt wird.

Tagungen Die *internationale Städtebautagung* fand in diesem Jahr im April statt, und zwar in New York. 120 Delegierte nahmen an ihr teil. Deutschland hatte 34 Vertreter entsandt, die unter der Leitung Cornelius Gurlitts die Reise über den Ozean angetreten hatten. Bei den Verhandlungen wurden abwechselnd die englische, die französische und die deutsche Sprache gebraucht, wie auch der Vorsitz abwechselnd von Amerika, England, Frankreich und Deutschland geführt wurde. Joseph Brix /Berlin/ sprach über Verkehrsprobleme, Julius Stübben /Münster/, ein Verwandter des bekannten Altmeisters der Stadtbaukunst Josef Stübben, über Grünflächen im Stadtplan, Roman Heiligenthal /Berlin/ über Verteilung von Industrie- und Wohnvierteln innerhalb der städtischen Weichbilder, John Fox /New York/ über Zonengesetze und Frank W. Williams /New York/ über die Bebauung baufreier Gelände. Als nächster Tagungsort ist Wien ausersehen worden.

Die Jahresversammlung des *Deutschen Werkbundes* wurde vom 20. bis zum 24. Juli in Bremen abgehalten. Wenn man auch der Ansicht ist, daß die heutige Zusammensetzung des Werkbundes keineswegs mehr vollkommen repräsentativ

für die kunstgewerblichen Bestrebungen der Gegenwart genannt werden kann, so verdienen doch die Vorträge Walter Riezlers über die Kunstgewerbeausstellung in Paris und Hans Kraemers über Export Beachtung.

Führer In 3., vermehrter Auflage ist Ernst Consensus' Buch *Altberlin Anno 1740* neu erschienen /Berlin, Gebrüder Paetel/. Es ist durchaus als wissenschaftliches Werk durchgeführt, gibt aber auch dem Laien ein gutes Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse des 18. Jahrhunderts. Es dient zugleich als Nachschlagewerk zur baugeschichtlichen Erforschung *Berlins* und ist mit seinen Plänen nach Stichen des Kupferstechers Johann David Schleuen des Ältern, und mit 10 Architekturprospekten nach zeitgenössischen Stichen, der Beachtung in jeder Richtung wert. E. Eger, G. Müller und J. Zeller veröffentlichten einen Führer durch Geschichte und Kunst *Rothenburgs ob der Tauber* mit einem Stadtplan und über 100 Bildern /Mergentheim, K. Ohlinger Nachfolger/. Paul Bonatz hat dem Führer, der als Einführungsschrift in den eigenartigen Charakter dieser Stadt gedacht wurde, die seit dem Mittelalter unverändert geblieben ist, ein Vorwort beigegeben, das nachdrücklich auf die Fülle von Schönheit und Anregung hinweist, die dort erhalten ist.

In der Sammlung *Orbis terrarum /Berlin, Ernst Wasmuth/* hat Kurt Hielscher einen ebenso interessanten wie schönen Band *Deutschland* herausgebracht. Die *Verschiedenartigkeit der deutschen Landstriche* dadurch zu einer großen Einheit zusammenzubringen, daß er die photographischen Aufnahmen von Stadtbildern und alten Baulichkeiten aufreichte, ist ihm hier in imponierender Form geglückt. Daß gerade die malerischen Momente hervortreten, die das bayrische Hochland, Franken, die Rheingegend, Mitteldeutschland und die nördlichen Provinzen mit dem Osten verbinden, macht den besondern Reiz des vorzüglich ausgestatteten Werkes aus. Hielscher hat für die selbe Sammlung auch eine Photographieenfolge *Die ewige Stadt, Erinnerungen an Rom*, beige-steuert. Auch hier ein Einfühlungsvermögen in die spezifischen Merkmale einer bestimmten Gegebenheit, die man bislang mit der Kamera nicht für möglich gehalten hätte. Daß Rom den Namen der einzigartigen Barockstadt verdient, hat in diesem Werk eigenartigen Ausdruck gefunden.

Zeitschriften Unter den neuen Zeitschriften ist besonders eine Erscheinung bemerkenswert, die unter dem Titel *Baukunst* und unter der Redaktion Hermann Soergels von der Bauunternehmung Bernhard Borst in München herausgegeben wird. Diese Zeitschrift hat ein durchaus hohes Niveau. Sie ist keineswegs eine bloße Reklameschrift, und sie tritt in erfrischender Weise für die architektonischen und kunstgewerblichen Bestrebungen der Gegenwart ein. Die Aufsätze sind von Originalität durchpulst und setzen sich in zielsicherer Weise mit den Zeitproblemen auseinander.

Im Verlag Maximilian Maul in Berlin erscheint eine Zeitschrift für Architektur, Raumkunst und verwandte Gebiete, *Neue Baukunst*, für die der Verleger auch als Herausgeber zeichnet. Die als Sonderhefte herausgebrachten einzelnen Exemplare können zwar ihre geschäftliche Grundlage nicht verleugnen, sind aber in einigen Sonderheften, so über Fritz Höger, über die Architekten M. Loewe und Johann Geist, über Hanns Hopp und auch über Walter Buchholz, alle gut ausgestattet und mit sachlich einführenden Aufsätzen versehen.

In Halle erscheint seit Beginn dieses Jahres *Die Baulaterne* /Halle, Wilhelm Brandt/, als Mitteilungsblatt der verschiedenen lokalen Verbände. Als Herausgeber zeichnet Johannes Hage. Neben Verwaltungsberichten usw. findet man da einige Aufsätze, so Topik der Kunst von Walter Timmling und Architektur und freie Künste von Richard Horn.

In *Wasmuths Monatsheften für Baukunst* /Berlin, Ernst Wasmuth/ schreibt der Herausgeber Werner Hegemann einen interessanten Aufsatz *Dänischer Klassizismus*, der als korrekatives Gegengewicht gegen die Auswüchse des Modernismus gedacht ist. Weniger ist zu verstehen, weshalb Hegemann den Baugedanken im Sinn der Antike bevorzugt. Dazu sind die dänischen Bauten doch meist zu flau, und das edle Gleichmaß der Verhältnisse paßt im Grunde allein nach Kopenhagen, das mehr nach Latinität strebt als Paris.

Im Anschluß hieran ist ein Aufsatz *Amerikanische Baukunst* des gleichen Verfassers im *Cicerone* /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/ beachtenswert, zumal er als Parergon zu Hegemanns neuem und noch zu besprechendem Werk *Amerikanische Architektur und Stadtbaukunst* /Berlin, Ernst Wasmuth/ anzusehen ist. Auch hier die Hervorkehrung, daß der Akademismus, wie er theore-

tisch von der Pariser Ecole des Beaux Arts gelehrt (von der jungen französischen Baukunst aber längst ad acta gelegt) wird, bei den amerikanischen Architekten McKim, Mead und White einen eigenartigen Ausdruck gefunden hätte, während Wright und Sullivan nur als in Amerika wenig beachtete Chicagoer Sezessionisten anzusprechen sind. Englische Urteile über diese besonderen akademischen Baubestrebungen in Amerika zur Bekräftigung anzuführen erscheint immerhin etwas seltsam. Wirklich schöpferisch ist jedenfalls weder der englische Traditionalismus noch der das Parvenutum niemals verleugnende Eklektizismus gewissermaßen klassischer Provenienz der Amerikaner, über deren relative Geschmackssicherheit man sich in einigen Punkten wohl verständigen könnte. Dem teilweise ironischen Polemiker Hegemann könnte man mitunter bestimmen; gegenüber dem an ein Schema gebundenen Ästheten muß man in Gegnerschaft verharren, da das Bekenntnis zu den besonderen Möglichkeiten der Gegenwart allein und wirklich Positives verspricht.

Wichtig erscheint es auf die *Soziale Bauwirtschaft* hinzuweisen, die in Berlin vom Verband Sozialer Baubetriebe herausgegeben wird. Da beschäftigt man sich ohne lange ästhetische Erörterungen mit den organisatorischen und technischen Fragen der Bauhüttenbewegung, die zugleich einen Vorstoß in die zeitgemäße industrielle Bauweise zu unternehmen beginnt. Bemerkenswert ist ein Aufsatz Alexander M. Bings *Der Zusammenbruch der britischen Baugilden*, der aus einem negativen Ergebnis die für die Zukunft notwendigen Erfahrungstatsachen zur Kenntnis bringt.

Kurze Chronik Der Kölner Ausstellung zur *Jahrtausendfeier der Rheinlande* kann, besonders was

die alte Architektur und das karolingische Kunsthandwerk anlangt, eine besondere Bedeutung zugesprochen werden. Vor allem ist eine ausgezeichnete Zusammenstellung von Modellen und Plänen inzwischen zerstörter oder nicht mehr vorhandener Bauten, auch von Bauteilen, wie einem Fenster aus Sankt Kunibert in Köln und etlichen Fialen vom Dom mit den Ersatzteilen daneben, der Erwähnung wert. Das Ganze macht durchaus den Eindruck einer innerlichen Verwachsenheit mit dem Land selbst. **◇** Der Berliner Städtebaudirektor *Karl Elkart* verläßt sein Berliner Amt, um als Stadtbaurat und Senator nach Han-

nover überzusiedeln. Wenn auch seine Bedeutung für die junge Architekten-generation umstritten ist, so ist doch kaum anzunehmen, daß durch die öffentliche Ausschreibung des Stadtbauratpostens, für den ursprünglich Elkart vorgesehen war, eine bessere Persönlichkeit gefunden werden wird. ◊ Der Konservator der Hamburger Altertümer und ehemalige Mitarbeiter Justus Brinkmanns am Hamburger Museum für Kunst und Kunstgewerbe *Richard Stettiner* wurde am 12. Mai 60 Jahre alt. Er gilt besonders als Autorität für alte Handschriften, und hat über dieses Spezialgebiet einige in Fachkreisen sehr geschätzte wissenschaftliche Werke veröffentlicht. ◊ Am 21. Mai wurde der Direktor des Landesgewerbemuseums in Stuttgart *Gustav E. Pazaurek* 60 Jahre alt. Er gilt als einer der besten Kenner von Gläsern und Keramik. Von Wichtigkeit für Kunst und Kultur ist auch seine pädagogische Arbeit. Ihm ist zum Beispiel das erfreuliche Kitschmuseum in Stuttgart zu verdanken, und seine kunsterzieherischen Schriften und Vorträge können in ihrer Art nur mit denen des verstorbenen Alfred Lichtwark verglichen werden. ◊ Am 22. Mai vollendete *Friedrich Sarre*, einer der besten Kenner der altislamischen Kunst und Leiter dieser Abteilung im Kaiser Friedrich-Museum, sein 60. Lebensjahr. Eine seiner Haupttaten von internationaler Bedeutung ist die Ausgrabung der alten mesopotamischen Hauptstadt Samarra, die er zusammen mit Guido Herzfeld in jahrelanger Arbeit durchgeführt hat.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Mythen und Geschichten Alle Arten von okkulten Kräften sind in den *Japanischen Geistergeschichten* variiert, die Lafcadio Hearn gesammelt hat (herausgegeben und übertragen von Gustav Meyrink /Berlin, Propyläenverlag/): gute und auch bis zur Gräßlichkeit böse. Meist handelt es sich um Gestorbene, die nicht ihre Ruhe finden können, und deren Liebe zu den Lebenden sie immer wieder zu ihnen kommen läßt. Aber die Lebendigen verlieren ihre Kräfte und ihre Gesundheit im Umgang mit ihnen und müssen schließlich nachsterben, wenn nicht ein Priester oder ein Geschehnis die Toten beruhigen kann. Ich kann nicht beurteilen, wie weit die Geschichten wirklich japanisch sind. Mir kommt es vor, als hätte die japanische Fabel durch die

Wiedererzählung Hearn doch ein sehr anderes Gesicht bekommen. So sah man Japan wohl vor 30 Jahren, der eigenen ästhetisierenden Richtung entsprechend; sehr feinfühlig, was Schönheit und Kultur anlangt, aber schließlich doch mit Caféhausnerven, ohne irgendein Schwergewicht in moralischer oder sozialer oder sonst irgendeiner Beziehung. Von der Kraft und der Geschlossenheit Japans, die vielleicht seither auch noch mehr in den Vordergrund getreten sein mögen, spürt man nichts in den Schilderungen Hearn. Doch ahnt man die Größe dieser Welt des Fernen Ostens, in der die Einführung des Engländers doch wohl fehlgehen mußte.

Wesentlich anderer Art sind die angeblich *deutschen* Mären und Mythen, die Gertrud Elisabeth Fauth in dem Buch *Die Leute vom Hadborn* /Berlin, Franz Schneider/ erzählt hat. Ein Zitat genügt, um die geschwollene und stammelnde Sprache des "völkischen" Buchs zu charakterisieren: »Doch Hads stand. Und schüttelte sich aus laut Hals, bis ihm das Augenwasser herabsprang.« Der Stil der Holzschnitten von Franz Wendling ist ebenbürtig. Lisbeth Stera

Rätsel und Sprichwörter

Eine bunte Sammlung von *Rätseln* aus allen Zeiten, nur ganz lose nach ihrem Gegenstand gruppiert, bringt das von Lisa Tetzner herausgegebene Deutsche Rätselbuch /Jena, Eugen Diederichs/. Alle die Rätsel, die auf einem Wortwitz beruhen, wie die Scherzfragen, oder auf einer logischen Spielerei, sind uns jetzt ja nicht sonderlich wichtig. Wie herrlich sind aber die, die von ihren Dingen allerhand nebensächliches Zeug zu erzählen wissen, das logisch ganz gleichgültig ist und dabei doch so richtig, daß man vor Überraschung nur lachen kann. Zum Beispiel: »Johann Lang sit up de Stang, wenn der Wind weht, de dick Bauch em hen und her geit.« Das ist die Birne. »Speigelblink und speigelblank, läuft die ganze Straß entlang«: die Fensterreihe. Das sind doch Auflösungen, die viel direkter und zwingender einschnappen als eine logische es je kann. Es gibt aber auch Volksrätsel, die in ihrem Gehalt schon viel komplizierter sind und in ihrer Form doch so sinnlich bleiben: »Ole, Ole, he sit bei mi upn Stohle. He winkte mi, ik wehrte mi, he winkte mi so söte, mi vergüngen Ogen und Föte.« Das ist der Schlaf. Und dann noch: »Noch nackter als nackt, so nackt, daß es knackte«: das Gerippe.

Die *Sprichwörter*sammlung Deutsche Sprichwörter, ausgewählt und eingeleitet von Walther G. Oschilewski /Jena, Eugen Diederichs/, macht viel weniger Freude als das Rätselbuch. Es kommt mir vor, als wenn Sprichwörter ihren Sinn nur so lange haben als sie selbst noch im Entstehen sind. So lange sind sie komisch, und auch nur so lange treffen sie den Nagel auf den Kopf. Ist das vorbei, dann rangieren sie nicht viel anders als gesammelte Aphorismen, die schließlich doch ermüden, auch wenn sie noch so geistreich sind, und die man auch im Gespräch nur gern hört, wenn sie gesagt werden, als seien sie im Augenblick entstanden.

Lisbeth Stern

Kinderbücher Eine Reihe sehr schöner neuer Kinderbücher bringen *Scholz' Künstlerbilderbücher* /Mainz, Josef Scholz/. Unter anderen zum Beispiel, von Richard Klement für Jungen erzählt, die Geschichte der Lokomotive von ihren ersten Anfängen bis zu ihrem heutigen imposanten Typus. Die ersten Modelle, die für uns jetzt ein ein bisschen komisches und altfränkisches Gesicht haben, sind auf den Buntbildern Josef Danilowatz' sehr schön herausgekommen, gemütlich und beinahe romantisch. Aber vor den neuen Typen, deren Strenge und Größe wir noch so ganz neu fühlen, versagt die etwas lose und malerische Zeichenart gänzlich. Überhaupt ist die besondere Kraft und Strenge, die in einer Maschine liegt, mit unseren bisherigen Kunstmethoden nicht zu fassen, und der Konstruktivismus hat schon seine Gründe. Eine Photographie könnte vielleicht den Geist einer Lokomotive wie T 20 besser wiedergeben als diese freundlichen Bilder es tun. Überhaupt ist der Scholzverlag in seinen Illustrationen nicht ganz so gut wie in der Auswahl der Geschichten. Die Bilder sind meist in dem Münchener Stil: derber Strich mit starken Farben und in der Volkstümlichkeit etwas posiert, ohne wirkliche innere Einfachheit; ich glaube, die Kinder sind über diesen Illustrationsstil, der seinerzeit wohl einen großen Fortschritt bedeutete, hinaus. Aber die Auswahl der Geschichten ist dafür ganz besonders gut. Das Märchen vom Daumerling ist heute noch so schlagkräftig, daß es frisch entstehen könnte, wenn es noch nicht da wäre, mit immer neuen Nuancen. Auch illustriert ist es wohl am besten getroffen. Zu den Balladen, dem Doktor Eisenbart und der Schwäbischen Kunde, hätten die Buch-

staben wohl leserlicher sein können. Schon ein Großer hat seine liebe Mühe mit gotischen Lettern, und ich glaube kaum, daß sie als eigentliche Lesebuchstaben noch einmal ins Leben gerufen werden können. Eines der orientalischen Märchen ist von Franz von Bayros illustriert, der seinerzeit als ein Nachfolger Beardsleys einen Namen hatte; heute erscheint die Art seiner Feinsinnigkeit recht schwächlich und affektiert.

Der Apossverlag in Hannover bringt ein neues Kinderbuch: *Die Scheuche*, typographisch gestaltet von Kurt Schwitters, Käthe Steinitz und Theo van Doesburg. Die Buchstaben sind wieder herrlich. Bei den lustigsten Variationen in Stellung, Dicke und Größe bleiben sie doch immer absolut klar. Aber es wundert mich doch, daß der Verlag bei diesen reichen Möglichkeiten nichts Besseres, nichts wirklich eindeutig Zwingendes erreichte. Es wäre schade, wenn seine Ideen etwas von Prinzipienpielerei bekämen. Um sie für Kinder wirklich fruchtbar zu machen, wird man doch viel mehr an Inhalt geben müssen. Natürlich wird der Zusammenhang zwischen den Buchstaben und dem Erzählten dann nicht in dem Umfang durchgeführt werden können, er wird nur für das Wichtigste bleiben müssen. Aber es liegt durchaus kein Nachteil in dem Aufgeben eines solchen Prinzips. Es hat schon seine Pflicht getan, wenn es unser Gesichtsfeld erweiterte.

Was der Beilage zum Vorwärts, dem *Kinderfreund*, fehlt, ist schwer zu sagen. Denn die Blätter sind mit ganz außerordentlicher Liebe gemacht. Die Erzählungen sind durchaus nicht plump in der Tendenz, sie sind warm und einfach, im netten Sinn unterrichtend, auch unter Mitarbeit von Kindern. Und doch fehlt den Blättern etwas, besonders den Bildern. Alles, was man in ihnen von Lebensregeln spürt, ist wirklich gut. Aber das ist nicht da, was immer darunter laufen muß, um den Regeln ihr Leben zu geben: der Schwung, der Mut es zum Beispiel einmal ganz anders zu machen als es die Regeln wollen, ja unter Umständen auch über sie lachen zu können. Die Schriftchen haben etwas von der Ängstlichkeit des Bürgertums, besonders die Bilder, die dieses Manko nicht mit irgendetwas Gedanklichem kaschieren können. Und dieses Manko müssen die Kinder vielleicht zu allererst durchfühlen. Denn die Liebe, die die Kinder durchweg für Frechheiten haben, muß, glaube ich, damit eng zusammenhängen.

Lisbeth Stern